

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz

38. Sitzung
22. August 2019

Beginn: 10.37 Uhr
Schluss: 16.51 Uhr
Vorsitz: Oliver Friederici (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2020 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021 – HG 20/21) Hier: Einzelplan 07 sowie Einzelplan 27 Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Umwelt, Verkehr und Klimaschutz –	0269 UmVerk Haupt(f)
– Vorabüberweisung –	
– Erste Lesung –	

Vorsitzender Oliver Friederici verweist darauf, dass als Tischvorlage eine Synopse mit den eingereichten Fragen der Fraktionen verteilt worden sei, anhand derer er die Beratung durchführen werde. Dadurch könne auf die Verlesung der einzelnen Fragen verzichtet werden. Er erinnere daran, dass in der 35. Sitzung die Regularien für die Haushaltsberatungen festgelegt worden seien. Dazu gehöre, dass nach der Einbringung des Haushalts durch die Senatorin die Generalaussprache der Fraktionen folge.

Daniel Buchholz (SPD) schlägt vor, die Generalaussprache solle im Rahmen der zweiten Lesung erfolgen, weil dann alle Fraktionen auch ihre Änderungsanträge begründen könnten.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Vorsitzender Oliver Friederici weist darauf hin, dass Kapitel und Titel, zu denen es keinen Redebedarf gebe bzw. die abschließend in der Sitzung beantwortet würden, als erledigt gälten und in der zweiten Lesung nicht mehr aufgerufen würden.

Daniel Buchholz (SPD) schlägt vor, dass alle in der Synopse aufgeführten Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werden sollten, auch wenn die eingereichten Frage dazu beantwortet sei.

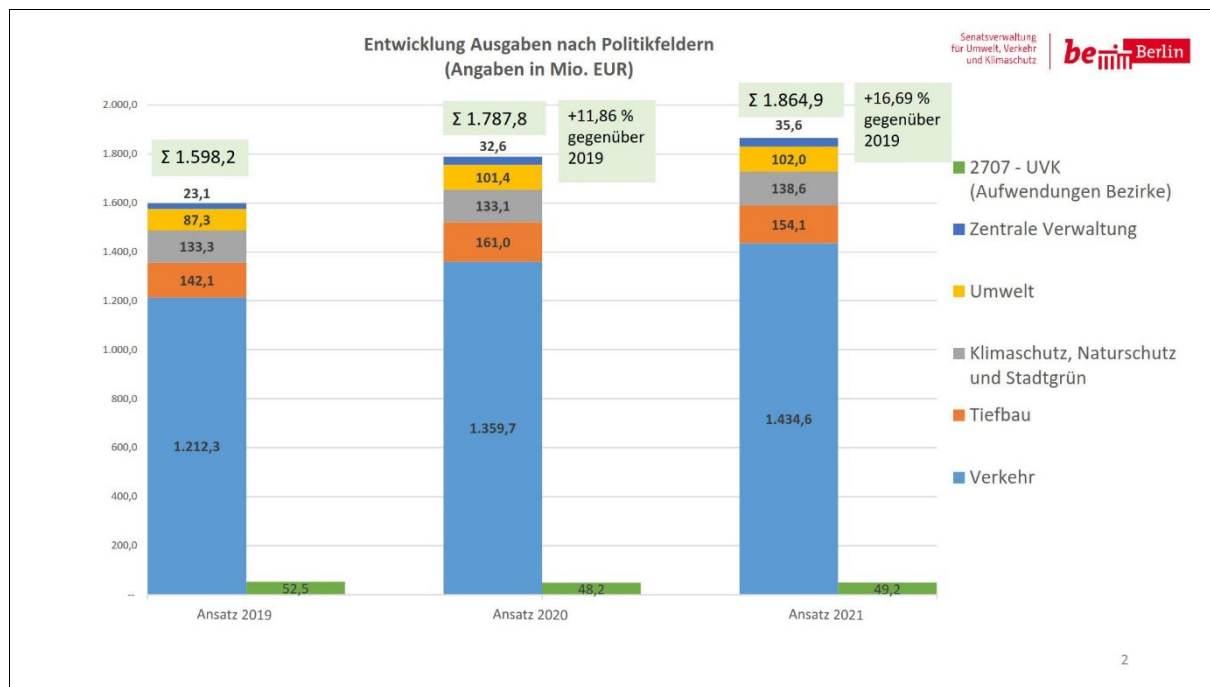
Auf Vorschlag des **Vorsitzenden Oliver Friederici** beschließt der **Ausschuss** entsprechend, sowie darüber hinaus, dass gleiches auch für die Titel gelten solle, die während der Sitzung noch neu aufgerufen würden. Seitens der Senatsverwaltung sei zugesagt, dass die erbetenen Berichte mittels Sammelvorlage bis zum 9. September dem Hauptausschussbüro zugeleitet würden.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) trägt vor, mit dem Haushaltsentwurf lege der Senat eine Antwort auf die künftigen Herausforderungen vor. Es handele sich um den zweiten Doppelhaushalt in Folge, in den erhebliche Investitionsmittel eingestellt seien. Berlin solle lebenswerter werden, wozu gehöre, dass Klimaneutralität angestrebt, das Grün erhalten und ausgebaut werde und Mobilität sicher, bequem, bezahlbar und barrierefrei sein solle. Um dies zu erreichen, bedürfe es eines langen Atems. Es müsse einen Personalaufbau geben, die Verwaltung müsse besser ausgestattet und neue Strukturen müssten aufgebaut werden. In dieser Aufbauphase befinde man sich derzeit.

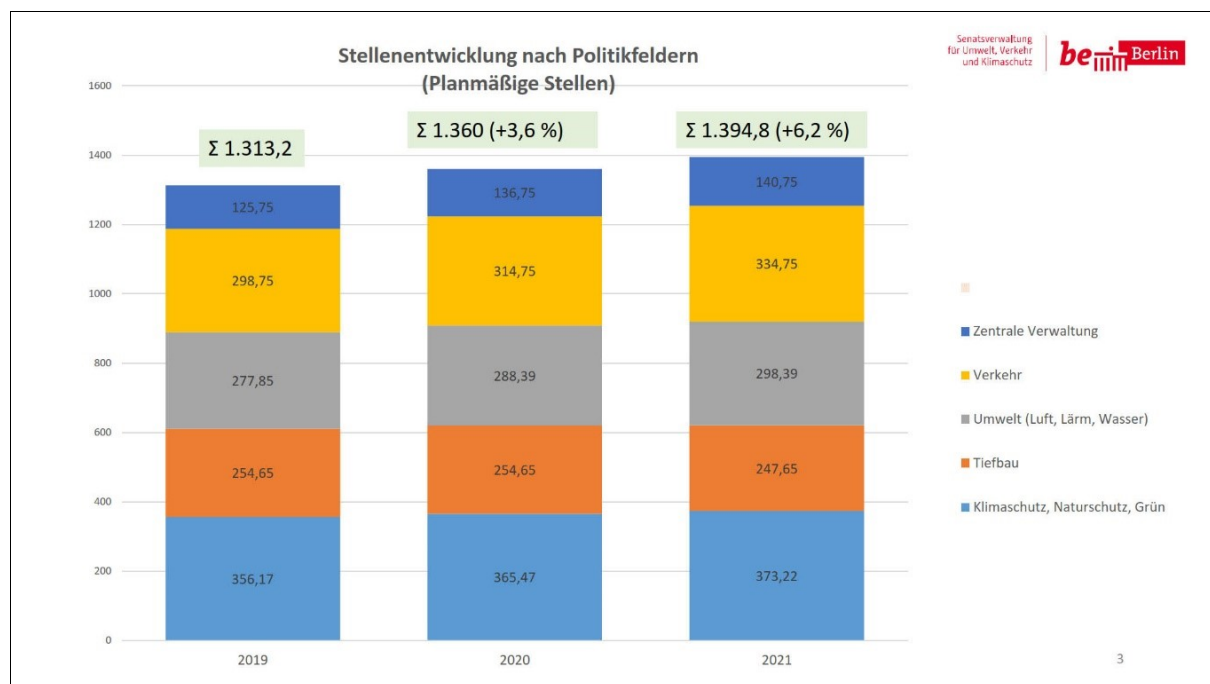
Es würden die Innen- wie die Außenbezirke in den Blick genommen. Ziel sei es, Daseinsvorsorge auf hohem Niveau zu garantieren. Dies sei gerade für Menschen mit geringerem Einkommen wichtig, denn sie seien auf einen guten öffentlichen Personennahverkehr – ÖPNV – und eine gute Radinfrastruktur angewiesen. Die Menschen, die an den Ausfallstraßen wohnen, seien auf eine hohe Luftqualität und geringe Lärmbelastung angewiesen. Deshalb sei der Haushaltsentwurf nicht nur ökologisch, sondern auch sozial.

Klimaschutz sei derzeit weltweit das beherrschende Thema. In ihrer Verwaltung sei es ein Querschnittsthema, es schlage sich damit nicht in nur einem Referat nieder. Der größte Faktor sei dabei die Verkehrswende. Die Umwelt sei durch den Klimawandel massiv belastet. Deshalb müssten die Anpassungsmaßnahmen deutlich aufgestockt werden. Im Zusammenhang mit der Reduzierung der Treibhausgase sei der Kohleausstieg das wichtigste Instrument, was sich auch im Haushaltsentwurf niederschlage.

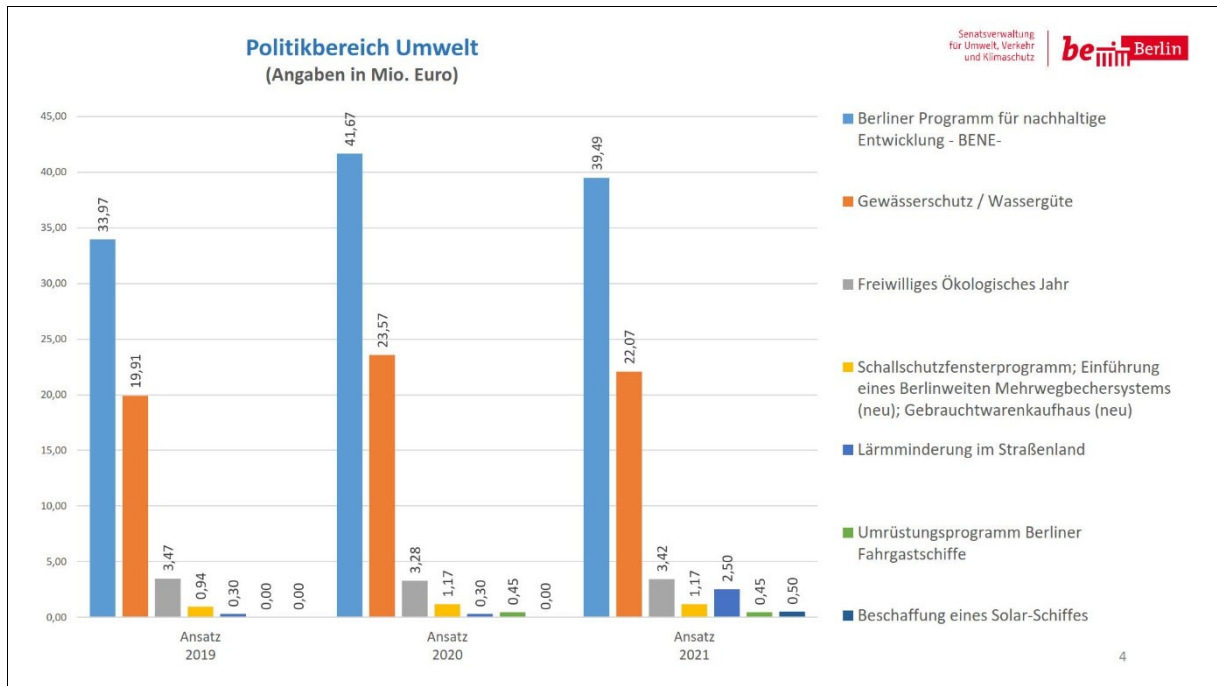
Inhaltlich gehe es aber nicht nur um Veränderungen, sondern auch um Bewahrung. Die Instandhaltungsmittel würden bis 2021 um zwei Drittel erhöht. Die Infrastruktur solle gestärkt werden, wofür allerdings sehr viel nachgeholt werden müsse.



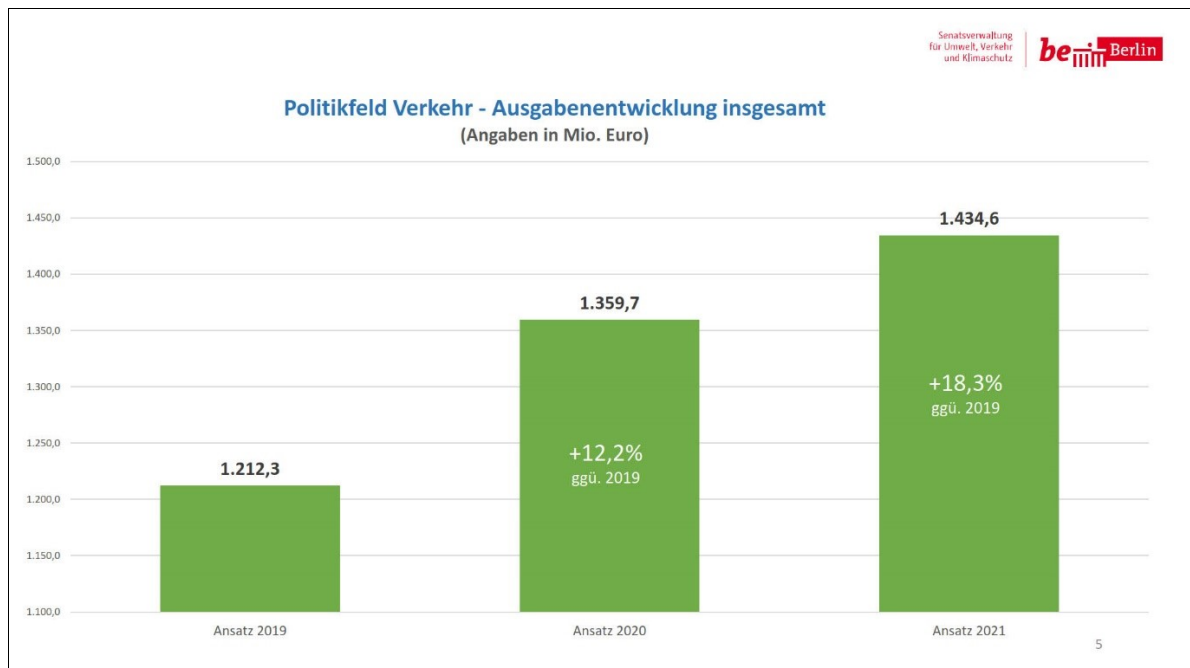
Das Gesamtvolumen ihres Einzelplans betrage rund 1,8 Milliarden Euro, was gegenüber dem Jahr 2019 einer Steigerung von rund 12 Prozent im Jahr 2020 und 17 Prozent im Jahr 2021 entspreche. Der größte Aufwuchs finde beim ÖPNV statt. Auch in den Bereichen Tiefbau und Umwelt seien die Aufwüchse deutlich.



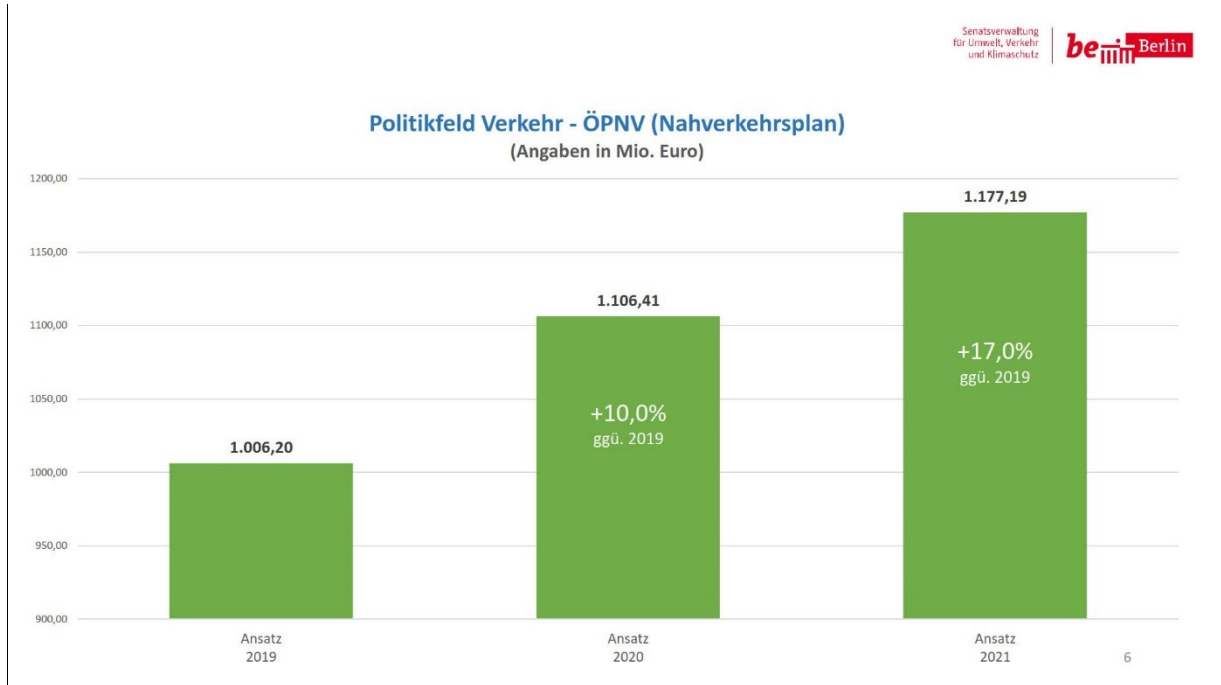
Der Doppelhaushalt sehe 80 neue Stellen vor, davon 47 im Jahr 2020. Damit würde das Stellenvolumen auf 1 395 anwachsen.



Aufwüchse gebe es in allen Politikfeldern. Exemplarisch wolle sie einige Leuchtturmprojekte nennen: die Umrüstung der Fahrgastschiffe zur Verbesserung der Luftqualität, die Anschaffung eines Solarschiffes sowie die Einrichtung eines Gebrauchtwarenkaufhauses. Deutlich mehr Geld werde für Lärminderungsmaßnahmen bereitgestellt, wozu auch der Schallschutz gehöre.

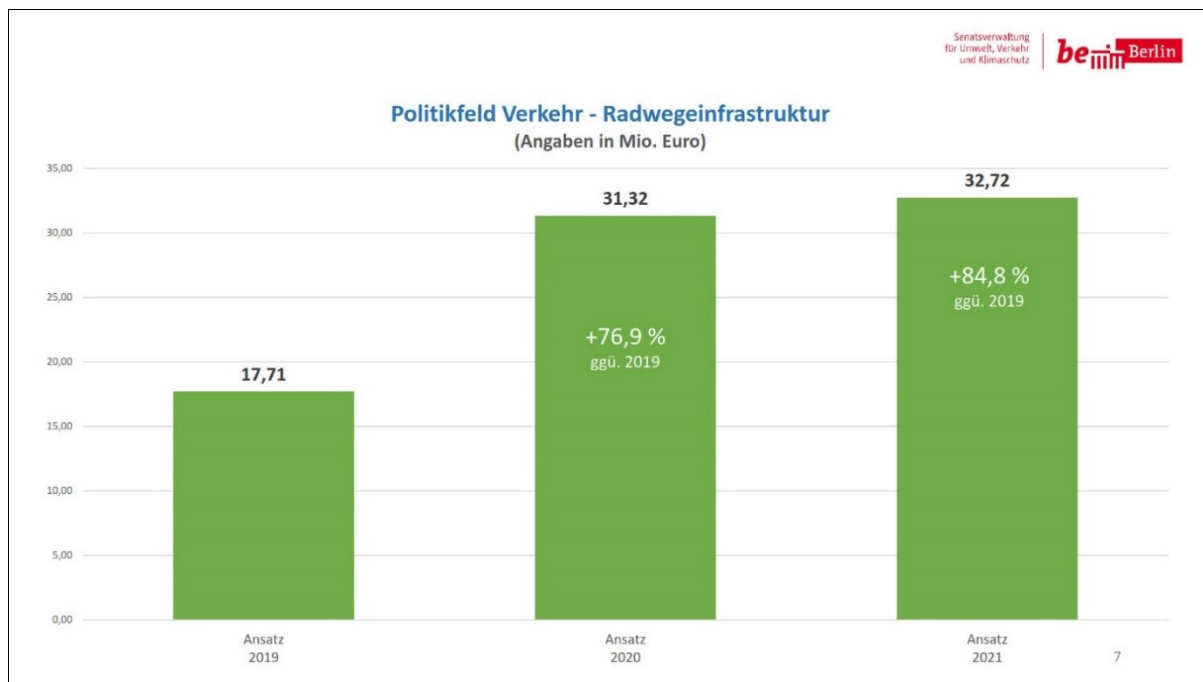


Bei den Ausgaben gebe es die größten Steigerungen im Verkehrsbereich. Im Jahr 2020 stiegen die Ansätze um 12 Prozent gegenüber dem Jahr 2019, im Jahr 2021 um 18 Prozent. Dies sei den massiven Investitionen in den ÖPNV sowie den Radverkehr geschuldet.

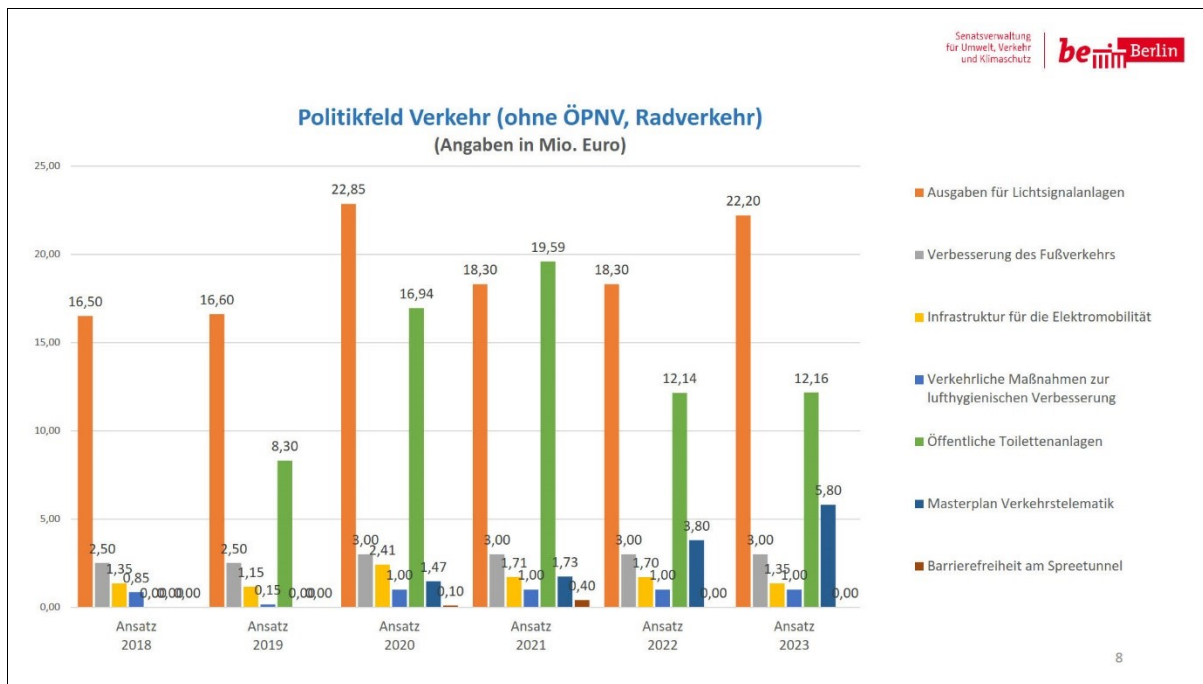


Im ÖPNV gingen die Steigerungsraten darauf zurück, dass der Kauf von bis zu 800 neuen S-Bahnwagons geplant sei. Zudem sei in umfangreichem Maße der Kauf von U-Bahnwagen geplant, was allerdings derzeit per Gerichtsurteil gestoppt sei. Noch sei unklar, wann diese Kaufabsicht umgesetzt werden könne. Auch die Zahl der Trams solle gesteigert werden.

Im Nahverkehrsplan seien für die BVG im Jahr 2020 400 Millionen Euro sowie im Jahr 2021 mehr als 500 Millionen Euro vorgesehen. Für die S-Bahn sollten im Jahr rund 270 Millionen Euro aufgewendet werden, für den Regionalverkehr 64 Millionen Euro.



Mittlerweile sei die Struktur geschaffen worden, um die Radwegeinfrastruktur deutlich schneller verwirklichen zu können. Deshalb werde für 2020 mit einem Aufwuchs von 77 Prozent sowie 85 Prozent im Jahr 2021 gerechnet. Es solle in neue, geschützte Radwege, Fahrradparken und die Sanierung der maroden Fahrradinfrastruktur investiert werden. Darüber hinaus solle die InfraVelo GmbH mit mehr Personal ausgestattet werden.

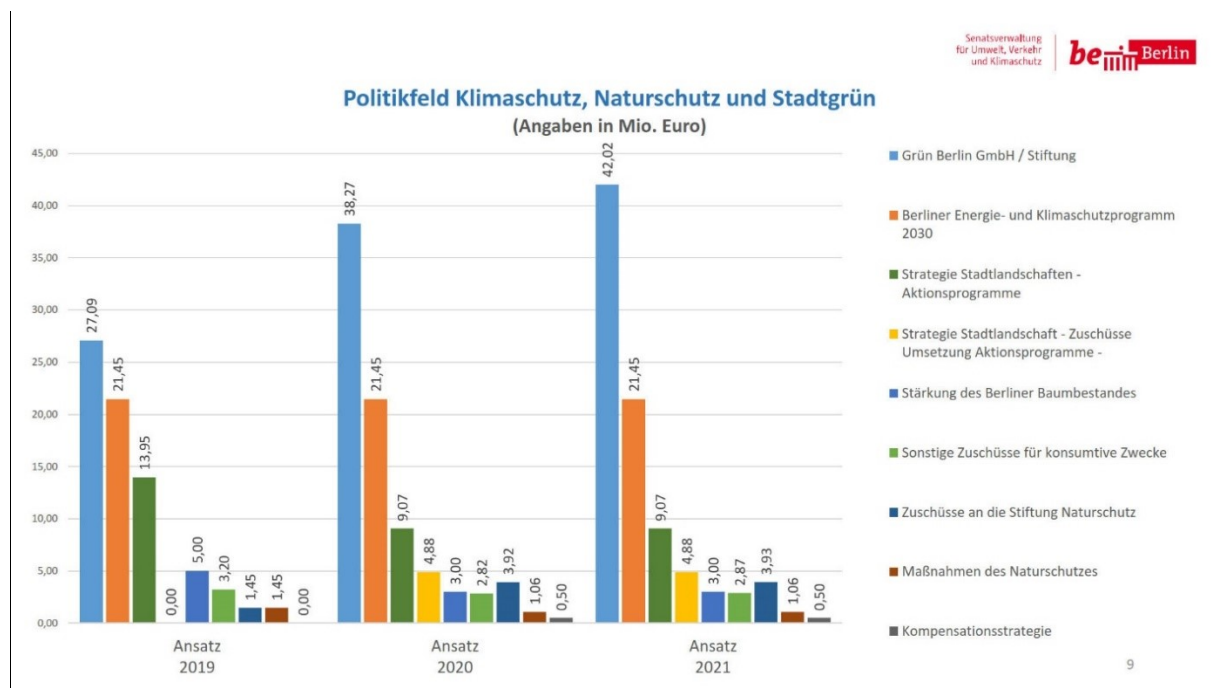


Im Politikfeld Verkehr solle deutlich mehr Geld in Maßnahmen des Fußverkehrs, Lichtzeichenanlagen und Ladeinfrastruktur investiert werden. Zu Letztgenanntem habe es in den ver-

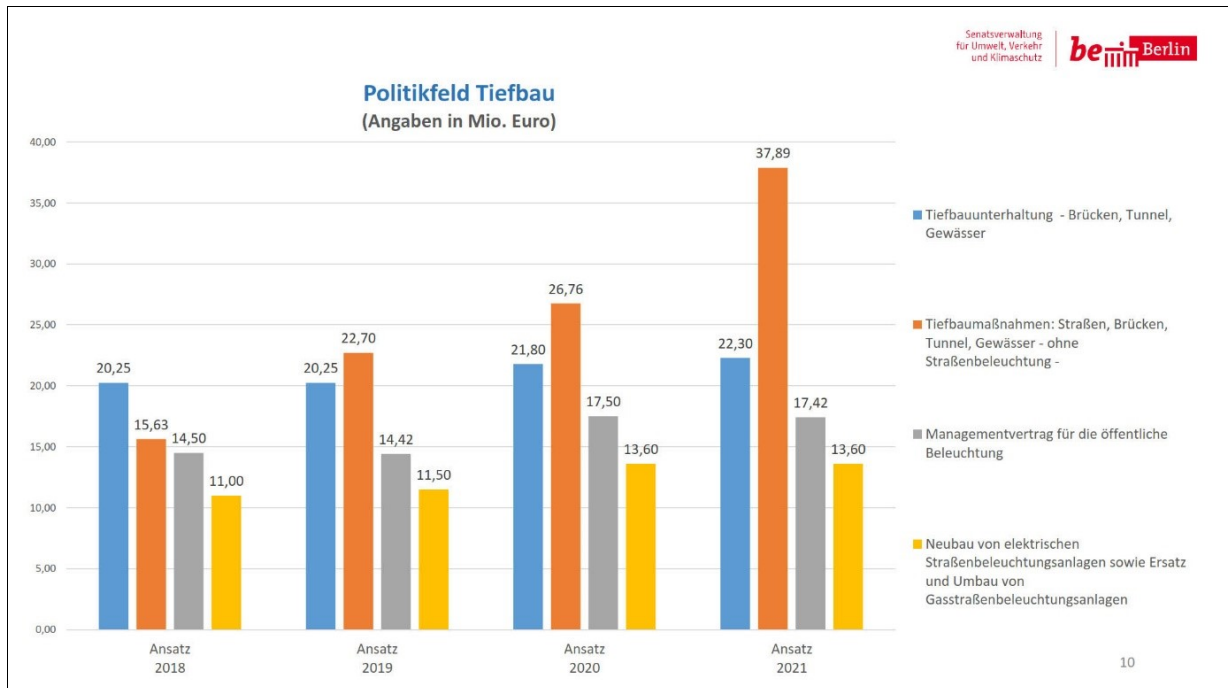
gangenen Monaten leider eher einen Stillstand zu verzeichnen gegeben, weil erst noch Fragen des Eichrechtes hätten geklärt werden müssen. Dies sei mittlerweile geschehen. Darüber hinaus habe es gerichtliche Auseinandersetzungen mit Innogy gegeben. Auch diese seien nunmehr beendet. Erfreulicherweise habe das Berliner Modell verteidigt werden können.

Die öffentlichen Toiletteninfrastruktur werde massiv aus- und neu aufgebaut. Ziel sei es, anstelle von 250 bis 2021 366 öffentliche Toiletten in der Stadt aufzustellen.

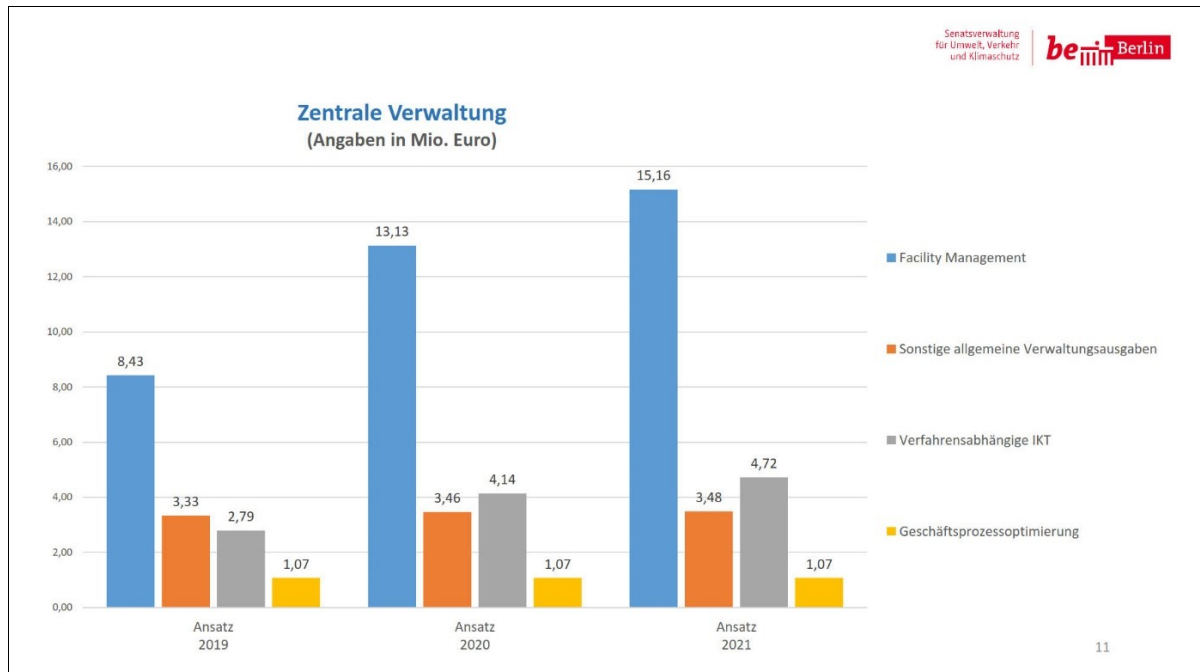
Ein Leuchtturmprojekt sei die Barrierefreiheit des Spreetunnels. Dabei handele es sich um ein großes Anliegen der Behindertenverbände. Das Projekt sei mit Schwierigkeiten verbunden. Die Senatsverwaltung habe sich für eine Fähre entschieden. Derzeit sehe es so aus, dass an beiden Seiten Anlagepunkte gefunden worden seien. Als nächstes müsse geguckt werden, wann die Fähre verkehren solle.



Beim Themenfeld Klimaschutz engagiere sich die SenUVK stark in der Parkpflege. Investiert werden solle in den Spreepark sowie in den Platz der Luftbrücke.



Im Politikfeld Tiefbau sollten deutlich mehr Mittel für Brücken und Tunnel aufgewendet werden. Angesichts der Vielzahl maroder Brücken sei die Verwaltung umstrukturiert worden. Dort bilde sich jetzt ab, dass der Brückenbau eine der Prioritäten sei. Der Investitionsstau werde systematisch abgebaut.



Sie danke ihrer Verwaltung für die im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung geleistete Arbeit. – Sie bitte darum, dass heute möglichst viele Fragen mündlich beantwortet werden dürften.

Vorsitzender Oliver Friederici schließt sich dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SenUVK an. – Er werde nun die Beratung anhand der Synopse durchführen.

Übergreifend Veranstaltungen und Publikationen

Frage Nr. 1, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erläuterungen zu geplanten Publikationen, Veranstaltungen und Internetpräsenz in den jeweiligen Kostenansätzen.

Außerdem konkret zu 0700/53101:

Zu Pkt. 4 Mobilitätskampagne (neu): Bitte um nähere Erläuterung zur Mobilitätskampagne. Was ist für 990.000 €/pro Jahr geplant? Bitte detailliert berichten zu den derzeit geplanten Kampagnenelementen mit Kostenschätzungen. Gibt es schon eine Aufgabenstellung zur Ausschreibung der Kampagne? Wie soll veröffentlicht/dokumentiert werden? Bitte um Begründung der Höhe des Ansatzes.

Außerdem konkret zu 0730/54053:

Ansatz soll von 170.000 (19) auf je 120.000 € sinken. Bitte berichten, warum Ansatz deutlich sinkt, auch wenn eine große Konferenz weniger ansteht? Wie steht dies im Zusammenhang mit dem Schwerpunkt Förderung Radverkehr der Koa? Inwieweit

findet der Fußverkehr eine Berücksichtigung? Welcher Mehrwert ergibt sich durch die geplanten Veranstaltungen?

Zu 1. 35.000 Euro für 3 Sitzungen FahrRat im Jahr? Bitte um Erläuterung der Kosten.

Zu 3.: Wann tagte das Verkehrssicherheitsforum in den vergangenen beiden Haushaltsjahren? Mit welchem Ergebnis und wo sind die Ergebnisse zu finden?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 1 per Bericht beantwortet werde und das Thema zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Frage Nr. 2, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In Drs. 18/17506 wurden für mehrere Titel in den Bereichen Verkehr sowie Naturschutz und Stadtgrün Umsteuerungsbedarfe erkannt und Umsteuerungen initiiert. Welche Ergebnisse konnten hier erzielt werden und wie schlagen sich diese in der Haushaltsplanung für 2020/21 nieder? Bitte einzeln ausführen.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 2 ein Bericht erstellt werde und das Thema zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Frage Nr. 3, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte stellen Sie kapitelübergreifend dar, wie die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz im vorliegenden Einzelplan die UN-Behindertenrechtskonvention und die 10 Behindertenpolitischen Leitlinien des Landes Berlin zur nachhaltigen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in ihrem Verantwortungsbereich umsetzen will, welche Maßnahmen dafür in 20/21 eingeplant sind und wie diese etatisiert sind?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 3 ein Bericht erstellt werde und das Thema zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Frage Nr. 4, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Zusammenstellung aller Haushaltstitel und Maßnahmen, die zur Fortsetzung und Umsetzung der 0-Müll-Strategie im DHH verankert sind.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 4 ein Bericht erstellt werde und das Thema zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Frage Nr. 5, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Zusammenstellung aller Haushaltstitel und Maßnahmen, die zur Fortsetzung und Umsetzung der WRRL im DHH verankert sind sowie Darstellung des Standes der Umsetzung laufender Projekte. Wird mit dem aktuellen Fahrplan die Vorgabe zur Umsetzung der WRRL längstens bis 2027 erreicht?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 5 ein Bericht erstellt werde und das Thema zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Frage Nr. 6, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zur Anwendung und Ausschöpfung von Förderprogrammen der EU und des Bundes (ESF, BENE, EFRE) und Fortsetzungsstrategie nach 2020 – Zusammenfassung der Titel.

Sybille Schultz-Hüskes (SenUVK) erläutert, bei SenUVK würden EFRE-Mittel ausschließlich für das Berliner Programm für nachhaltige Entwicklung – BENE – eingesetzt. ESF- und Bundesmittel würden zur Finanzierung des Freiwilligen Ökologischen Jahres – FÖJ – genutzt. Für das FÖJ stünden in der aktuellen Förderperiode rund 9,5 Millionen Euro zur Verfügung, davon seien mit Ablauf des aktuellen Projektjahres 6,1 Millionen Euro verausgabt worden. Dies liege etwas unter dem höchstmöglichen Interventionsatz von 50 Prozent, was daran liege, dass sowohl die Platzzahlen als auch das Taschengeld erhöht worden seien. Dies bedeute, dass zwar die Kosten gestiegen seien, nicht aber das ESF-Kontingent. Das FÖJ könne bis Ende des Haushaltsjahres 2021 mit ESF-Mitteln kofinanziert werden. Derzeit sei geplant, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, bis Ende 2023 ESF-Mittel einzusetzen. Es sei ein Antrag auf Erhöhung des ESF-Kontingents gestellt worden; dieser befinde sich in der Bearbeitung. Momentan sehe es so aus, dass andere ESF-Mittel frei würden und dadurch mehr Mittel für das FÖJ zur Verfügung stehen könnten. Für die neue EU-Förderperiode mit Beginn 2021 solle das FÖJ wieder als Instrument angemeldet werden. Allerdings würden sich die für das Land Berlin insgesamt zur Verfügung stehenden ESF-Mittel reduzieren, weshalb es nicht gesichert sei, dass SenUVK Mittel für das FÖJ erhalten werde.

Die EFRE-Mittel für das Programm BENE würden gut ausgeschöpft, weshalb die Mittel in diesem Jahr um 40 Millionen Euro aufgestockt worden seien. Dies sei dadurch möglich geworden, dass der von der Investitionsbank Berlin aufgelegte KMU-Fonds zur Finanzierung von Projekten im Bereich Klimaschutz nicht abgerufen worden sei. Deshalb seien diese EFRE-Mittel für das Programm BENE zur Verfügung gestellt worden, sodass das Volumen nunmehr bei 274 Millionen Euro liege, wovon 50 Prozent EFRE-Mittel seien. Derzeit seien 41 Projekte mit Gesamtausgaben von rund 247 Millionen Euro bewilligt, was einem Ausschöpfungsgrad von rund 90 Prozent entspreche. Die bewilligten Projekte erfüllten die qualitativen Ziele für den Klimaschutz – Minderung von Treibhausgasemissionen sowie die Schaffung neuer bzw. sanierter Freiflächen. Bislang sei der Auszahlungsstand etwas niedrig gewesen, was an den großen investiven Vorhaben mit einem gewissen Vorlauf gelegen habe. Mittlerweile würden mehr Mittel ausgezahlt.

Auch für EFRE solle in der neuen Förderperiode 2021 bis 2027 ein Programm angemeldet werden. Der Entwurf für die neue EFRE-Verordnung sehe vor, dass Klima- und Umweltschutz ein wesentlicher Bestandteil der Förderung sein sollten. Derzeit plane SenUVK ein Programm BENE 2.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass die Frage beantwortet, das Thema aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Frage Nr. 7, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zu Regenwassermanagement im Trenn- und Mischsystem und Berücksichtigung der Aufgaben aus den Klimawandelfolgen, insbesondere für die öffentlichen Gewässer (Regenrückhaltebecken und Notüberläufe) im EP 07. Bitte die verschiedenen Titel auflisten und wesentliche Maßnahmen benennen.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 7 ein Bericht erstellt werde.

Frage Nr. 8, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Zusammenstellung aller Haushaltstitel und Maßnahmen zum Kleingartenwesen auf landeseigenen und privaten Flächen.

Klaus Wichert (SenUVK) legt dar, dass im Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün – in Titel 52602 – Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen – 20 Euro je Mitglied und Sitzung des Kleingartenbeirats veranschlagt seien. Weiter werde aus Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben – für landeseigene Flächen die Verkehrssicherungspflicht für Großbaumbestände sowie die Beratung zur Gartenfachgestaltung, die die Kleingartenverbände übernehmen, finanziert. Zu Titel 89341 – Zuschüsse für Investitionen des Kleingartenwesens – gebe es eine gesonderte Frage unter der lfd. Nr. 169.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass die Frage lfd. Nr. 8 beantwortet, das Thema aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Frage Nr. 9, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zu Planungen von Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen, Anmietungen und Neuanschaffungen (Titel 51403, 51802, 81179 bei allen Kapiteln im EP 07)

Wie wird gewährleistet, dass die Flotte mit alternativen Antrieben erneuert wird, sofern dies möglich ist?

Welche Busse werden angemietet?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 9 ein Bericht erstellt werde und das Thema zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Frage Nr. 10, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Aufstellung aller für Baumpflege und Baumschutz relevanten Haushaltstitel sowie Angaben zur Entwicklung des Berliner Baumbestandes, Maßnahmen zur Baumpflege, Neuanpflanzungen und die Entwicklung der gesamten Ausgaben für den Berliner Baumbestand (ohne Wald).

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 10 ein Bericht erstellt werde und das Thema zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Frage Nr. 11, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Übersicht aller Haushaltstitel und Maßnahmen zum Thema Klimawandel-
folgenanpassung

Klaus Wichert (SenUVK) weist darauf hin, dass es sich um eine dezentral wahrzunehmende Aufgabe handele. – Konkret seien unter MG 01 – Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK 2030) – Mittel ausgewiesen, die der Klimaanpassung, der Wasserhaushaltsmodellierung, der Erhöhung der Resilienz von Straßenbäumen gälten. Es gebe ein Förderprogramm zum Thema Klimaanpassung. Zudem werde die Erstellung von Konzepten zu Klimaanpassung/Klimaschutz in Unternehmen der gemeinnützigen Einrichtungen gefördert. Außerdem gebe es ein Förderprogramm zur Unterstützung von Konzepten zur Anpassung an den Klimawandel. Darüber hinaus gebe es in Titel 52118 – Ausgaben für das Berliner Stadtgrün zur Bewältigung von Klimaereignissen – einen Platzhalter in Höhe von 1 000 Euro, um bei Eintritt eines Schadenereignisses reagieren zu können.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 11 beantwortet, das Thema aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Übergreifend

Titel 52703 – Dienstreisen

Frage Nr. 12, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Bitte um kapitelübergreifenden Bericht zu allen Titeln zu Dienstreisen (52703).
Bitte genauer berichten, wie sich die Ausgaben in der Vergangenheit entwickelt haben, welcher Anteil der Reisen auf das Flugzeug entfällt, wie viele Flugreisen unternommen wurden und warum eine Steigerung jeweiliger Titelansätze trotz der Klimaziele Berlins als notwendig gesehen wird.
Wie hoch sind die Kompensationszahlungen und wofür wurden sie konkret verwendet?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 12 ein Bericht erstellt und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Frage Nr. 13, FDP-Fraktion

Wir bitten um Auflistung aller Kampagnen (z. B. Öffentlichkeitsarbeit, Informationskampagnen, aufsuchende und zielgruppenspezifische aufsuchende Beratung, niedrigschwellige Beratungsangebote, Unterstützung bei der Beantragung von Fördermitteln, zielgruppenspezifische Informationen und Beratungsleistungen, usf.), die von der Senatsverwaltung UmVerk finanziert werden, unter Nennung der jeweiligen Kosten und des angestrebten Ziels.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 13 ein Bericht erstellt und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

**Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz –
Politisch-Administrativer Bereich und Service –**

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Frage Nr. 14, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erläuterung zum Zuwachs bei nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Frank Krips (SenUVK) berichtet, im Jahr 2019 habe der Ansatz bei 193 000 Euro gelegen, der für 2020 liege bei 275 000 Euro. Im Jahr 2017 sei erst im April des Jahres ein Personalrat installiert worden, weshalb nur Dreiviertel der Personalkosten in den Haushalt eingestellt worden seien. Diese Zahl sei leider fortgeschrieben worden, weshalb der Ansatz von vornherein zu niedrig gewesen sei. Bei der jetzt eingestellten Summe handele es sich um die Ist-Kosten für drei freigestellte Personalratsmitglieder, eine Frauenvertreterin sowie den Vertrauensmann der Schwerbehinderten.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 14 beantwortet sei, der Titel aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen

Frage Nr.15 , Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Steigerung der Ansätze: Beteiligung Personalräte?, Kriterien für Prämien, an wie viele Personen gezahlt?

Frank Krips (SenUVK) erläutert, es seien die Ist-Kosten aus dem Jahr 2018 fortgeschrieben worden, die bei rund 232 000 Euro für Leistungsanerkennung gelegen hätten. Der Ansatz im Jahr 2019 sei von vornherein zu niedrig gewesen. Es seien 95 leistungsorientierte Bezahlun-

gen bewilligt worden, wovon 32 an Beamte sowie 94 an Tarifbeschäftigte gingen. Einschließlich Teamprämien seien 126 Personen mit Prämien und Leistungszulagen versorgt worden.

Auf die Frage von **Tino Schopf** (SPD), nach welchen Kriterien die Prämien vergeben würden, antwortet **Frank Krips** (SenUVK), dass die Kriterien in einer Dienstvereinbarung festgelegt worden seien. Diese habe die Verwaltung mit den Beschäftigtenvertretungen abgeschlossen. Die Anerkennung von Leistungsprämien gehe in die Mitbestimmung der Personalräte.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 15 beantwortet sei, der Titel aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52610 – Gutachten

Frage Nr. 16, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Vorgesehen sind für 2020 und 21 100.000 bzw. 103.000 Euro nach 80.000 in 2019, u.a. für die Beauftragung von Gutachten zum Radverkehr durch die Koordinierungsstelle Radverkehr und arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung der Dienstkräfte.

Welche Gutachten sind vorgesehen, welche wurden 2018 bzw. 2019 beauftragt? Wieso mischen sich in diesem Titel Radverkehr und Arbeitsrecht, was genau ist der Zusammenhang?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 16 ein Bericht erstellt und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Frage Nr. 17a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Frage Nr. 17b, Fraktion der CDU

anhalt

Frage Nr. 17c, FDP-Fraktion

Bitte eine Erläuterung zur neuen Mobilitätskampagne (Nr.4) – welche Ziele sollen mit welchem Ansatz verfolgt werden?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 17c ein Bericht erstellt und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 53316 – Veranstaltungen, Projekt demografischer Wandel, Stadtforum

Frage Nr. 18, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54001 – Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform

Frage Nr. 19, AfD-Fraktion

Was genau soll hier finanziert werden? Wie sind +50.000,- p.a. zu rechtfertigen?

Frank Krips (SenUVK) erläutert, neben Titel 54001 seien auch die Ansätze der Titel 52501 – Aus- und Fortbildung – sowie Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) – verstärkt worden. Nachdem der „Zukunftspakt Verwaltung“ geschlossen worden sei, müssten Anstrengungen unternommen werden, diesen umzusetzen. In Titel 54001 schlugen sich die Veränderungsprozesse der Gesamtorganisation nieder. Da sich die SenUVK zu einem familienfreundlichen Arbeitgeber entwickeln solle, müssten die Führungskräfte geschult, Klausurtagungen, Seminare und Mitarbeiterbefragungen durchgeführt werden. Wenn die Mitarbeiter dauerhaft an die Verwaltung gebunden werden sollten, seien Investitionen notwendig. Es werde nicht ausreichen, die äußeren Bedingungen zu verändern, es müsse auch die intrinsische Motivation geweckt werden. Es gebe in der SenUVK derzeit eine große Fluktuation. Um Mitarbeiter langfristig zu binden, wäre es gut, ein gemeinsames Leitbild zu entwickeln, wofür es externer Unterstützung bedürfe.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 19 beantwortet sei, der Titel aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 20a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Darstellung und Erläuterung der Einzelmaßnahmen und der jeweiligen Ansätze. Wofür wurden die Mittel 2018 und 2019 ausgegeben?

Frage Nr. 20b, FDP-Fraktion

Wie verteilen sich die Ausgaben auf die einzelnen Maßnahmen? Wieso wird die Presseauswertung durch beauftragte Externe und nicht durch die Senatsverwaltung selbst vorgenommen?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Fragen lfd. Nrn. 20a und 20b schriftlich beantwortet würden und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54053 – Veranstaltungen

Frage Nr. 21, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

MG 32

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln

Frage Nr. 22a, AfD-Fraktion

Was genau soll hier finanziert werden? Wie sind +535.000,- p.a. zu rechtfertigen?

Stefan Reepschläger (SenUVK) verweist auf das E-Government-Gesetz, das die Umsetzung von Geschäftsprozessen in digitaler Form vorsehe. Die Höhe des Ansatzes in Titel 51135 ergebe sich unmittelbar aus dem Haushaltsaufstellungsroundschreiben der Senatsfinanzverwaltung. Damit würden den einzelnen Verwaltungen anhand verschiedener Parameter unterschiedlich hohe Pauschalen vorgegeben. Mit Einzelmaßnahmen könne er den Ansatz derzeit noch nicht unterlegen.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 22a beantwortet sei, der Titel aber gleichwohl zur zweiten Sitzung zurückgestellt werde.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Frage Nr. 22b, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Frage Nr. 22c, Fraktion der CDU

Eine detailliertere Aufstellung / Aufsplittern der einzelnen Positionen (Seite 28) wird erbeten

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass die Frage lfd. Nr. 22c schriftlich beantwortet werde.

Titel 81240 – Investitionen für die verfahrensabhängige IKT-Technik

Frage Nr. 22d, FDP-Fraktion

Wir bitten um einen Bericht zum Brückeninformationssystem. Unter anderem: welche Funktionalitäten umfasst dieses, in welchen Schritten und mit welchem Zeitplan soll eine Fortentwicklung erfolgen? Wie und in welcher Häufigkeit werden die Zustandsdaten der Brücken erfasst?

Lutz Adam (SenUVK) legt dar, die Abteilung Tiefbau verfüge über das Brückeninformationssystem SIB Bauwerke. Darin seien alle Daten der Brückenbauwerke hinsichtlich Abmessung, Konstruktion sowie Bauwerkszustand erfasst. Alle drei Jahre werde eine Brückenprüfung nach DIN 1076 durchgeführt, die in eine Note zwischen 1 und 4 münde. Wenn Brücken als kritisch angesehen würden, würden auch Zwischenbauwerksprüfungen durchgeführt mit einem Rhythmus von einem halben bis zu einem Jahr.

Sowohl der Rechnungshof als auch die Senatsverwaltung selbst hätten festgestellt, dass für eine noch bessere Erhaltungsstrategie weitere Daten erfasst werden müssten. Deshalb werde die Einführung des Erhaltungsmanagementsystem Ingenieurbauwerke – EMSI – geplant. Darin sollten wesentlich mehr Datensätze erfasst werden. Dazu gehörten Aspekte wie die Belastung, die Verkehrsbelastung, Nutzung durch den ÖPNV, darunter hängende Leitungen sowie Lebenszykluskosten von einzelnen Brückenteilen – beispielsweise Lagern. Zunächst sei geplant gewesen, EMS Straßen und Ingenieurbauwerke gemeinsam aufzubauen. Ingenieurbauwerke seien jedoch so komplex, dass bislang kein Partner gefunden worden sei, der diese Leistung auf der Grundlage des von SenUVK entwickelten Lastenheftes anbiete. Man gehe nunmehr in die dritte Ausschreibung und hoffe, dass ein Anbieter aus der Schweiz in der Lage sein werde, das System anzubieten.

Henner Schmidt (FDP) fragt, innerhalb welchen Zeitraums die zusätzlichen Daten aufgenommen werden sollten.

Daniel Buchholz (SPD) wirft die Frage auf, ob das neue System auch auf Autobahnbrücken angewandt werden solle oder ob es für diese spezielle Anforderungen gebe.

Lutz Adam (SenUVK) antwortet, dass einzelne Daten über mehrere Jahre neu in das System eingepflegt werden müssten. Diverse Daten seien in der Senatsverwaltung bereits vorhanden, weshalb es eine Verknüpfung mit den vorhandenem Datensystem geben müsse. Beispielsweise seien Daten verfügbar, wie viel Verkehrsbelastung auf jeder Straße vorhanden sei. Der Senatsverwaltung strebe ein Open-Source-System an, um nicht jahrzehntelang an einen Anbieter gebunden zu sein.

Autobahnbrücken würden in dem System nicht erfasst, weil es sich um ein System des Landes Berlin handle. Der Bund habe ein Bauwerksmanagementsystem – BMS – geplant, das seit zehn Jahren in der Entwicklung sei. Mittlerweile seien die Arbeiten eingestellt worden; das Projekt sei gescheitert. – Die Berliner Betreuung der Auftragsverwaltung der Bundesautobahnen sei endlich.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 22d beantwortet sei, der Titel aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 81259 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT

Frage Nr. 22e, Fraktion der CDU

In welchem Aufgabenbereich werden die anzuschaffenden Geräte eingesetzt?

Stefan Reepschläger (SenUVK) legt dar, es handele sich jeweils um Ersatzbeschaffungen. Die Plotter gingen zum größten Teil in die Abteilung Tiefbau, ein weiterer Plotter komme zur Verkehrslenkung. Die CAD-Arbeitsplätze befänden sich in allen möglichen Bereichen – Naturschutz, Verkehr, Tiefbau. Die Geräte würden überall dort eingesetzt, wo geplant werde; Standard-PCs seien nicht leistungsfähig genug. Schallausbreitungsberechnungen würden in der Abteilung I erledigt. Bei VISUM handele es sich um eine spezielle Verkehrsplanungsoftware, für die leistungsfähige Rechner benötigt würden, die in der Verkehrsabteilung stünden. Weitere leistungsfähigere PCs würden für Planungsarbeiten im Bereich Naturschutz und Grünflächen benötigt.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 22e beantwortet sei, der Titel aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

**Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz –
Umweltpolitik, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz -**

Übergreifend

Frage Nr. 23, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie ist der Stand zum Aufbau des Reparaturnetzwerkes?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 23 schriftlich beantwortet werde und das Thema zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

MG 02 Freiwilliges Ökologisches Jahr

**Titel 27295 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2014-2020)**

Frage Nr. 24, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Warum sinken die Einnahmen 2021 um 96 T€ ab? Welche Anstrengungen unternimmt das Land die EU-Förderung für das FÖJ zu erhöhen? Wie ist die Perspektive für die EFRE-Periode ab 2021?

Sybille Schultz-Hüskes (SenUVK) erläutert, es handele sich um den Einnahmetitel für das Freiwillige Ökologische Jahr – FÖJ –. Die Strukturfondsmittel würden verausgabt, aber zunächst mit Landesmitteln vorgeschossen. SenUVK bekomme die Mittel von SenWiEnBe erstattet, wenn diese ihrerseits Mittel von der EU-Kommission erhalten habe. In dem Titel werde das Kontingent der ESF-Mittel rechnerisch auf die Haushaltsjahre aufgeteilt. Die Erstattung erfolge jedoch nicht unbedingt in den rechnerischen Tranchen, sondern richte sich nach der Abrechnung gegenüber der EU-Kommission. Die Absenkung im Jahr 2021 hänge damit zusammen, dass dann das Kontingent der ESF-Mittel für SenUVK erschöpft sei. Die Senatsverwaltung bemühe sich, für die kommende Förderperiode wieder ESF-Mittel zu akquirieren.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 24 beantwortet sei, der Titel aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

MG 03 Berliner Programm für nachhaltige Entwicklung (BENE)
Titel 27296 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2014-2020)
Titel 34696 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für Investitionen
(Förderperiode 2014-2020)

Frage Nr. 25, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu den Titeln 27296 und 34696: Warum ist das Ist 2018 bei 0 und das Ist 2019 bislang (Juli 2019) ebenfalls bei 0?

Sybille Schultz-Hüskes (SenUVK) teilt mit, dass es sich um die korrespondierenden Einnahmetitel für EFRE handele, die nach dem gleichen System bewirtschaftet würden, wie soeben dargestellt: Die Mittel würden vorgeschossen und würden nachträglich erstattet. Bisher seien keine EFRE-Mittel durch SenWiEnBe oder die EU-Kommission erstattet worden. Es seien zwar Zahlungsanträge gestellt, die aber von der EU-Kommission noch nicht bedient worden seien. Deshalb liege das Ist bei null.

Dr. Michael Efler (LINKE) fragt, ob die dargestellte Systematik auch für das Programm BENE gelte.

Sybille Schultz-Hüskes (SenUVK) bestätigt, dass BENE mit EFRE-Mitteln finanziert werde.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 25 beantwortet sei, die Titel aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Titel 52112 – Maßnahmen zur Lärminderung im Straßenland

Frage Nr. 26a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Welche Maßnahmen aus dem LAP 2013-18 sind abgearbeitet/nicht abgearbeitet? Warum ist das Ist 2018 und das bisherige Ist 2019 bei 0 Euro? Was wurde gemacht und was ist geplant? Welche Maßnahmen sind 2020/21 geplant, die VEs nach sich ziehen? Wie stark kann die Anzahl der Lärmbetroffenen mit den geplanten Maßnahmen reduziert werden? Reicht der Aufwuchs zur Verstärkung der zur Verfügung stehenden Mittel? Welcher Anteil an den Mitteln des KInvFG wurde bisher für Maßnahmen zur Lärminderung im Straßenland verwendet? Bitte um Benennung umgesetzter Maßnahmen mit lärmarmem Asphalt in 2017, 18 und 19, sowie Auflistung geplanter Maßnahmen, jeweiliger Kosten und Umsetzungszeiträume. Ist Ansatz ausreichend bei zunehmender Bautätigkeit und Verkehrsaufkommen? An welcher Stelle sind Mittel für die Lärminderung von Lärmbelastungen vorgesehen, die sich nicht auf Verkehrslärm zurückführen lassen?

Frage Nr. 26b, Fraktion der CDU

Ein detaillierter Bericht zu den geplanten Maßnahmen wird erbeten.

Frage Nr. 26c, AfD-Fraktion

Was verbirgt sich genau dahinter? Woraus resultieren die 2.500.000,- in 2021?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Fragen lfd. Nrn. 26a bis 26c schriftlich beantwortet würden und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

Frage Nr. 27a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht:

Siehe Drs. 18/0700 vom 11.12.17: hier ist als Nr. 3 für diesen Titel festgelegt worden:

„Neufestsetzung der Lärmschutzbereiche am Flughafen Tegel“ In 2018 Erhöhung um 30.000 Euro und in 2019 um 5.000 Euro auf jeweils 30.000 Euro in 2018 und 2019 (verbindliche Erläuterung).“

Eine entsprechende Nr. 3 oder andere Hinweise zum Thema erscheinen im Entwurf 2020/21 nicht mehr. Bitte berichten zur entsprechenden Mittelverwendung und dem Status Neufestsetzung Lärmschutzbereiche? Sind weitere Haushaltsmittel vorgesehen oder vorzusehen, wenn ja, in diesem Titel oder gibt es eine vorteilhaftere Stelle im Haushalt?

Frage Nr. 27b, Fraktion der CDU

Aus welchen Gründen sind die Untersuchungen erforderlich und was ist der konkrete Inhalt der Untersuchungen?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Fragen lfd. Nrn. 27a und 27b schriftlich beantwortet würden und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 28a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht zu folgenden Positionen:

Zu 2. SKU-Bilanz:

Wann wird die Bilanz für 2018 veröffentlicht? Werden die Inhalte erweitert wie avisiert, u.a. mit Bilanzen für die 10 größten Berliner Abfallbehandlungsanlagen, Aufschlüsselung der Klimagasbilanz für Haus- und Geschäftsmüll für die unterschiedlichen Verwertungswege, Darstellung der nicht überlassungspflichtigen Abfallarten wie Sperrmüll aus Gewerbe und Krankenhausabfälle? Welche Mehrkosten entstehen lt. Verwaltung durch diese Erweiterung der Bilanz? Welche sonstigen Aufwendungen sind notwendig?

Zu 3. jährliche Aktualisierung und Fortschreibung der Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt – VwVBU:

Welche Fortschreibungen und Aktualisierungen sind in 2018 und 19 erfolgt/vorgesehen? Ist die Summe ausreichend oder haben sich neue Tätigkeitsfelder gezeigt?

Zu 5. Asbestprogramm:

Bitte vorgesehenes Arbeitsprogramm erläutern und Unterschiede im Ansatz zwischen den beiden Haushaltsjahren.

Zu 8. Einzelfalluntersuchung zu emissionsmindernden Maßnahmen im Straßenverkehr:

Welche Untersuchungen zu welchen Maßnahmen sind vorgesehen? Wie erklären sich die starken Schwankungen im Ansatz, bitte Erhöhung im Detail begründen? Welche Untersuchungen sind in 18/19 durchgeführt worden mit welchen Ergebnissen?

Zu 9. Einzelfalluntersuchung zu emissionsmindernden Maßnahmen für Luftschadstoffquellen außer Straßenverkehr:

Welche Einzelfalluntersuchungen sind vorgesehen? Welche sind in 2018/19 durchgeführt worden mit welchen Ergebnissen? Bitte um Bericht zur Mittelverwendung der in Kap. 0710 Titel 54010 Mittel i. H. v. 300.000 € vorgesehenen Mittel für „Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung der Luftverschmutzung durch Schiffsabgase“. Sind diese vollständig ausgegeben worden? Werden weitere vorbereitenden Mittel benötigt oder ist die mit den Zuschüssen an private Unterneh-

men in Titel 8920 (neu) nun in der Umsetzung?

Zu 10. fachplanerische Wirkuntersuchungen und verkehrliche Folgeuntersuchungen von Maßnahmen des Lärmaktionsplans Berlin 2018-2023:

Bitte berichten, wodurch Erhöhung sich ergibt und welche Wirkuntersuchungen mit welchem Ergebnis 2018/19 erfolgt sind sowie welche geplant sind.

Zu 12. Fortschreibung des Lärmaktionsplans 2023-2028:

Welche Dienstleistungen sind das im Vorfeld zu LAP 2023-2028?

Zu 13. Evaluierung des Berliner Schallschutzfensterprogramms:

Welche Ergebnisse liegen aus den Vorjahren vor (Schallschutzfensterprogramm)? Bitte berichten, was genau Gegenstand der Evaluierung ist. Bisher ging es in dieser Position um Antragsprüfung und Vorbereitung der Zuwendungsbescheide durch externen Dienstleister?

Zu 17. Fortschreibung des Emissionskatasters für Luftschadstoffe:

Bitte berichten: warum sind jährliche Ansätze vorgesehen, nachdem der Bericht zum Haushaltsentwurf Sept. 2017 darauf hinwies, dass eine Aktualisierung nicht regelmäßig, also nicht jährlich erfolgt und folglich auch nicht jährlich Kosten anfallen?

Zu 18. Erstellung von veröffentlichungsfähigen Informationen über die Luftreinhaltung:

Worauf genau begründet sich die Steigerung des Ansatzes, welche Veröffentlichungen sind in 18 und 19 erfolgt, welche sind hier geplant?

Zu 20. Strategien für eine Flottenerneuerung mit Fahrzeugen mit alternativen Antriebsarten und -kraftstoffen in Berlin:

Warum steigt die Summe nicht trotz Bestrebungen BEK u Energiewendegesetz? Bericht 09-2017 zu Haushaltsentwurf wies darauf hin, dass hier nur gezielte, kleine Informationskampagnen auf die Flottenerneuerung in der Privatwirtschaft geplant sind und eine große Werbekampagne nicht verhältnismäßig sei? Warum nicht in Anbetracht der Dringlichkeit der Verkehrswende im Rahmen der Klimaziele?

Zu 22. Strategie und Umsetzung Zero Waste:

Warum die Absenkung bei Strategie und Umsetzung 0-Müll von 600.000 € auf jährlich 100.000 €, obwohl bei der Organisation der Umsetzung noch viel zu tun ist? Wie erklärt sich die Reduzierung für diese 2017 neu eingeführte Maßnahme im Detail? Bitte um Bericht für Mittelverwendung 2018 und 19. Wurden die Mittel vollständig ausgegeben, wenn nein, warum nicht? Welche Gründe führen zur Verlagerung von Teilansätzen in Titel 68569 (siehe auch dort)? Welche Maßnahmen sind geplant in diesem Titel?

Zu 23. Mehrwegbechersystem:

Bitte berichten: Mittelverwendung 2018 und 19? Wurden die Mittel vollständig ausgegeben, wenn nein, warum nicht? Welche Gründe führen zur Verlagerung von Teilansätzen in Titel 68569 (siehe auch dort)? Welche Maßnahmen sind geplant in diesem Titel?

Zu 24. Verstärkte Abfallberatung und zentrale Kampagne:

Bitte zur Mittelverwendung 18/19 berichten und den geplanten Maßnahmen für die kommenden Jahre.

Zu 26. Modellprojekte zur Hardwarenachrüstung von Dieselmotoren und innovativen Antriebskonzepten zur Reduzierung von Luftschadstoffemissionen (neu):

Bitte berichten: in wie weit steht diese Position im Zusammenhang mit der 2017 in den Entwurf neu eingefügten Nr. 25 (In 2018 und 2019 jeweils 300.000 Euro für „Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung der Luftverschmutzung durch Schiffsabgase“ (verbindliche Erläuterung))?

Welche Modellprojekte sind hier konkret vorgesehen, welche Maßnahmen sind 2018 u 19 aus dieser Position umgesetzt wurden und wofür wurden die Mittel im Detail ausgegeben?

Frage Nr. 28b, Fraktion der CDU

Eine detailliertere Aufstellung / Aufsplittern der einzelnen Positionen wird erbeten, ebenso detaillierte Erläuterungen der einzelnen Positionen

Frage Nr. 28c, FDP-Fraktion

Bitte die Unterpunkte 13, 18, 20, 22 und 26 genauer erläutern.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Fragen lfd. Nrn. 28a bis 28c schriftlich beantwortet wurden und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54105 – Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschonung

Frage Nr. 29, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht:

Bitte um Bericht, welche Dienstleistungsaufträge hier erwartet werden bzw. in der Vergangenheit durchgeführt wurden mit welchem Ergebnis. Konnte der Ansatz zuletzt wieder ausgeschöpft werden, nachdem im Bericht zum HH-Plan-Entwurf 09-2017 auf personelle Engpässe verwiesen wurde. Ist der Mittelansatz ausreichend in Anbetracht des Koa-Zieles zu Nachhaltigkeit und vom Wirtschaftswachstum abgekoppelten Ressourcenverbrauch?

Was hat sich da 2018-19 getan und welche Strategie ist für die Fortsetzung der Arbeit an den SDGs geplant?

Wie wird in 2020/21 eine Verausgabung sichergestellt?

Sybille Schultz-Hüskes (SenUVK) berichtet, im Bereich Nachhaltigkeit bestünden die personellen Engpässe fort. Das Verfahren zur Stellenbesetzung sei angestoßen, sodass in absehbarer Zeit hoffentlich mit einer Stellenbesetzung zu rechnen sei. Deshalb seien die Aktivitäten im Bereich Nachhaltigkeit noch nicht so weit fortgeschritten, wie gewünscht. Dennoch habe

die Beteiligung an Bund-Länder-Gremien im Bereich Nachhaltigkeit sichergestellt werden können. Außerdem seien erste Schritte hinsichtlich der Erstellung der Umsetzungsroadmap unternommen worden. Derzeit laufe die Ausschreibung für eine Machbarkeitsstudie zur Ressourcenschonung für Berlin. Darin sollten die aktuellen Aktivitäten und Potenziale des Landes Berlin im Bereich Ressourcenschonung ermittelt werden. Sinnvoll wäre es, im kommenden Jahr darauf aufsetzende Umsetzungsmaßnahmen einzuleiten. Eine Untersuchung zur Umsetzung der SDG in den Strategien der SenUVK sei in Vorbereitung.

Angestoßen worden sei die Betrachtung der Nachhaltigkeit von Förderprogrammen. Das Haus befasse sich auch mit der Strukturfondsförderung und habe angeregt, dass sich diese – bzw. generell die Förderung im Land Berlin – an Nachhaltigkeitskriterien ausrichten sollte. Allerdings fehle es an Tools, um dies umzusetzen. In der Vergangenheit hätten Überlegungen zu Kennziffersystemen und Ähnlichem stattgefunden, allerdings hätten sich diese Modelle als nicht wirklich praktikabel herausgestellt, weil mit dem Kriterium „Nachhaltigkeit“ keine weitere Hürde bei der Förderung aufgebaut werden solle. Deshalb werde derzeit untersucht, wie Förderung an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden könne, ohne sie zu behindern. Man befinde sich in engem Austausch mit der Wirtschaftsverwaltung und prüfe, ob ggf. Studien erforderlich seien.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 29 beantwortet sei, der Titel aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 63101 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an den Bund

Frage Nr. 30, Fraktion der CDU

Inwieweit sind die anderen Bundesländer davon betroffen? Detaillierte Erläuterungen der einzelnen Positionen werden erbeten.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 30 ein Bericht erstellt und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Frage Nr. 31, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Pkt. 9 – Welche Maßnahmen sind geplant, die von Berlin mit 18 % mitfinanziert werden müssen? Wer ist Projektträger und welche Zeitscheine gibt es bis zur Lärm-minderung an Schienenwegen – Außenring?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 31 ein Bericht erstellt und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Frage Nr. 32a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht:

Bitte um Bericht zur Null-Müll-Strategie und der Einbindung von Projektträgern.

Bitte berichten, warum verlagerter Mittelansatz für Zero Waste (vgl. Haushaltstitel 54010) so wesentlich niedriger angesetzt wird für 2020/21? Wie verträgt sich dies mit Ziel Zero Waste?

Wie werden die Mittel zum Aufbau des Berlinweiten Mehrwegbechersystems und für den Aufbau eines Gebrauchtgüterkaufhauses verwendet? Wer erhält die Zuschüsse zu 2. und 3. bzw. wie erfolgt die Vergabe und sind damit alle Planungen bei der 0-Müll-Strategie abgedeckt?

Welche Mittel sind nötig um einen dem Eine-Welt-Haus ähnlichen Ort für Zero Waste (inkl. Bildungsangebote für die Berliner Öffentlichkeit) zu schaffen?

Außerdem:

Zu 1.: Warum wurden die Mittel des Schallschutzfensterprogramms so wenig ausgeschöpft nachdem es in den Vorjahren deutlich zu wenig Mittel gab und aufgrund der vielen Anträge ein frühzeitiger Antragsstopp erfolgen musste? Bitte berichten, worauf sich die Reduzierung Schallschutzfensterprogramm im Detail begründet, nachdem zuletzt im Rahmen HH-Planentwurf 2017 berichtet wurde, dass die Mittel durch größere, von den Wohnungsbaugesellschaften in Anspruch genommene Fördervolumina stiegen und die Mittel ausgeschöpft wurden. Bitte berichten, wie sich der Mittelabfluss 2018/19 gestaltete, wie viele Anträge nicht erfüllt werden konnten wg. möglicher Ausschöpfung der Mittel. Insbesondere bitte darauf eingehen, ob und in welchem Umfang Fördermittel auch für die entsprechende Aufarbeitung Berliner Holz-Doppelkistenfenster in Anspruch genommen wurden oder ob es bei entsprechender Antragsstellung besonders viele Ablehnungen gab und ggf. warum – mit Bezug auf die wichtige Ressourcenersparnis durch aufgearbeitete Holzfenster.

Zu 2.: Bitte berichten, welche Mittelverwendung im Detail hier für Mehrwegbechersystem erwartet wird.

Zu 3.: Bitte um Bericht zum Konzept (Umsetzung und Betreiber).

Frage Nr. 32b, AfD-Fraktion

Genaue Darstellung insb. zu Unterpunkt 2 und 3.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zur Beantwortung der Frage lfd. Nr. 32a und b ein Bericht erstellt und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 89201 – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen

Frage Nr. 33a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht:

Bitte um Erläuterung zu den geplanten Maßnahmen.

Bitte um Bericht zu geplanter Mittelverwendung insbesondere Schätzung, wie viele Fahrgastschiffe bei angesetzter Summe jährlich umgerüstet werden können.

Liegen dazu Vergaberegeln vor und was ist mit der Summe erreichbar?

Frage Nr. 33b, AfD-Fraktion

Bericht. Was wird gefördert in welchen Größenordnungen im Einzelnen und für wie viele Schiffe soll das Geld reichen?

Frage Nr. 33c, FDP-Fraktion

Welche Ergebnisse erbrachte der Pilotversuch? Wie werden Teilnehmer am Umrüstprogramm ausgewählt? Wie viele Umrüstungen können schätzungsweise gefördert werden? Wie hoch ist der Förderanteil an den Gesamtkosten der Umrüstungen?

Dr. Annette Rautenberg-Wulff (SenUVK) ruft in Erinnerung, das Abgeordnetenhaus habe beschlossen, die Emissionen und Auswirkungen des Schiffsverkehrs auf das Klima, insbesondere der Fahrgastschiffe, sollten reduziert werden. Hintergrund seien die hohe Belastung mit Schiffsabgasen im Uferbereich, die zu vielen Beschwerden aus der Bevölkerung geführt hätten. Aufgrund der meist alten Motoren der Schiffe seien die Stickoxidemissionen sehr hoch. Vor einigen Jahren sei ein Programm zur Nachrüstung mit Partikelfiltern aufgelegt worden, das allerdings nicht nachgefragt worden sei.

In den Jahren 2018 und 2019 sei ein Modellprojekt zur Nachrüstung mit Partikelfiltern und mit Entstickungssystemen gestartet worden. Im Winterhalbjahr seien drei Schiffe mit Mitteln aus dem Landeshaushalt nachgerüstet worden. Ein Reeder habe aus Eigeninitiative zwei Schiffe nachgerüstet. Die Nachrüstung sei sehr viel teurer gewesen als anfangs vermutet, was u. a. daran liege, dass sich in Schiffen aus Sicherheitsgründen zwei Motoren befänden, damit das Schiff immer navigationsfähig sei; zudem gebe es häufig auch noch einen Stromgenerator. Deshalb habe die Nachrüstung pro Schiff rund 100 000 Euro gekostet. Aus dem Titel würden zudem Messungen finanziert, die im Herbst stattfinden und überprüfen sollten, wie gut die Abgassysteme funktionierten. Diese hätten nicht sofort durchgeführt werden können, weil sich die Partikelfilter einlaufen müssten, um den höchsten Wirkungsgrad zu entfalten. Es bilde sich ein sogenannter Filterkuchen. Dies bedeute, dass die hängenbleibenden Partikel dazu führten, dass weitere Partikel besser abgeschieden werden könnten. Zudem sei ein Gutachten darüber eingeholt worden, wie hoch die Luftbelastung an verschiedenen Anlegepunkten sei und ob dort möglicherweise Grenzwerte überschritten würden. In der Regel liege die Luftbelastung aufgrund der guten Durchlüftung an den Grenzstellen unter den Grenzwerten. Allerdings gebe es im Bereich der Museumsinsel ein oder zwei kritische Bereiche. Der Bericht liege im Entwurf vor und werde in Kürze veröffentlicht werden.

Beim kommenden Förderprogramm handele es sich nicht mehr um ein Modellprojekt. Die entsprechende Förderrichtlinie sei im Entwurf erstellt und solle spätestens Ende des Jahres vorliegen. Es seien Förderquoten von 40 bis 60 Prozent vorgesehen, die von der Größe des Unternehmens abhingen. Die Einschränkung sei aufgrund von EU-Recht notwendig; eine höhere Förderung müsse von der EU-Kommission notifiziert werden, was sehr viel Zeit koste. Mit der genannten Förderquote könnten 15 bis 23 Schiffe nachgerüstet werden, wenn man weiterhin von rund 100 000 Euro pro Schiff ausgehe, wobei es in Berlin insgesamt rund 150 Fahrgastschiffe gebe. Ziel der Senatsverwaltung sei es, diejenigen Reeder anzusprechen, die über Schiffe mit besonders hohen Fahrleistungen und großen Motoren verfügten, damit die Minderung der Emissionen besonders groß werde.

Das Abgeordnetenhaus habe auch eine Umstellung auf Elektroantrieb gefordert. Ein rein elektrischer Antrieb sei technisch schwer umsetzbar und wäre zudem mit 600 000 Euro pro Schiff sehr teuer. Besser wäre ein Plug-in-Hybrid, weil dann die Batterien sehr viel kleiner sein könnten. Dieses Modell werde gerade technisch geprüft, es werde eine entsprechende Kooperation mit einem Reeder aufgebaut, das Modell befinde sich noch im Versuchsstadium.

Marion Platta (LINKE) geht davon aus, dass der Ausschuss die Förderrichtlinie erhalten werde. Sei beabsichtigt, den Reedern vorzuschreiben, welche Strecken sie mit den umgerüsteten Schiffen nutzen sollten?

Daniel Buchholz (SPD) möchte wissen, wie weit die Überlegungen zum Thema Elektroanleger hinsichtlich des Humboldthafens gediehen seien.

Henner Schmidt (FDP) fragt, ob die Hybridumrüstung irgendwann innerhalb des Förderprogramms möglich sein werde. Wie würden die Teilnehmer an dem Förderprogramm ausgewählt? Gebe es Priorisierungskriterien oder werde nach dem Windhundprinzip entschieden?

Dr. Annette Rautenberg-Wulff (SenUVK) glaubt, dass es schwierig wäre, Auflagen hinsichtlich der Strecken zu verhängen, weil die Reeder überhaupt erst einmal für das Programm gewonnen werden müssten, weil sie selbst einen hohen Anteil zahlen müssten. Derzeit sei beabsichtigt, das Programm vor allem für Schiffe im Linienverkehr zu verwenden. Es könne geprüft werden, ob in die Richtlinien aufgenommen werde, dass ein bestimmter Anteil des Verkehrs im innerstädtischen Bereich zurückgelegt werde.

Bei dem Plug-in-Hybrid-Betrieb werde angestrebt, dass die Touren am Tag mit der Batterie gefahren und diese nachts aufgeladen werde. Der Diesel-Hybrid solle sicherstellen, dass das Schiff zum Hafen zurückkomme. Sie gehe davon aus, dass die Reedereien an den Anlegepunkten für einen Stromanschluss sorgten. Er gebe auch derzeit schon Stromanschlüsse an den Liegestellen. Derzeit gehe sie nicht davon aus, dass es viele Bewerbungen für dieses Programm geben werde, zumal erst noch geschaut werden müsse, wie die Kosten überhaupt verteilt würden, um eine hohe Emissionsminderung bei den dieselbetriebenen Schiffen zu erreichen. – Zum Humboldthafen könne sie leider keine Auskunft erteilen.

Zur Auswahl der Schiffe: Für das Pilotprojekt seien alle Reedereien eingeladen worden. Anschließend seien in Absprache mit diesen sowie den Herstellern von Nachrüstungen passende Kombinationen herausgesucht worden, um verschiedene Technologien und Einzugsbereiche zu testen. Bei der Förderrichtlinie laufe es im Prinzip nach dem Windhundprinzip: Wer zuerst

einen Antrag stelle, der werde auch zuerst beschieden. Wenn die Mittel aufgebraucht seien, könne man über Aufstockungen nachdenken, aber grundsätzlich könne ein Förderprogramm auch ausgeschöpft sein.

Daniel Buchholz (SPD) äußert, es befremde ihn, dass bei der Förderzusage das Windhundprinzip gelten solle. Dies bedeutete ja, wenn der erste Antragsteller eine Förderung für zehn Schiffe beantrage und diese bewilligt bekäme, gingen alle anderen Antragsteller leer aus. – Zum Humboldthafen merke er an, dass seines Wissens ein privater Anbieter reine Elektro-schiffe in den Verkehr bringen wolle. Allerdings komme er mit seinem Elektroanleger nicht zum Zuge, weil er von den Platzhirschen behindert werde.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) geht davon aus, die letzte Frage habe sich nicht konkret auf den Haushaltsentwurf bezogen, sondern darauf, inwieweit sich Elektromobilität in der Schifffahrt in Berlin grundsätzlich etablieren könne. Das Land Berlin verfüge über keine Anlegestellen, vielmehr seien diese im Privatbesitz von Reedereien. Es werde überlegt, ob im Rahmen der im Abstand einiger Jahre immer wieder zu erteilenden Genehmigungen auch Aspekte der Luftreinhaltung berücksichtigt werden sollten.

Seines Wissens werde derzeit zwischen den beteiligten Verwaltungen die Frage diskutiert, ob im Humboldthafen überhaupt Schiffsverkehr stattfinden könne. Er schlage vor, außerhalb der Haushaltsberatungen den aktuellen Sachstand zu diesem Thema vorzutragen.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Fragen damit beantwortet seien, der Titel aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

MG 02 Freiwilliges Ökologisches Jahr

**Titel 27295 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2014-2020)**

Titel 54018 – Sachmittel für die Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres

Titel 68456 – Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres

**Titel 68495 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln
(Förderperiode 2014-2020)**

Frage Nr. 34a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Maßnahmengruppe mit allen verbundenen Titeln anhalten. Bitte um Bericht
Bitte um Bericht zu Mittelansatz und -verwendung. Wie erklärt sich der starke Anstieg der Kosten pro Teilnehmermonat ggü. 2017 (Bericht zum HH-Entwurf 09-2017 neben dem erhöhten Taschengeld von jetzt 480 Euro monatlich? Welche Mittel wären hier und in allen korrespondierenden Titeln notwendig, um die Zahl der FÖJ-Plätze von 360 auf 400 zu erhöhen. Wie hoch ist Anzahl der Bewerber*innen pro Platz für die Projektjahre 2017/18 und 18/19? Mit welcher Entwicklung wird gerechnet? Warum ist ein sinkender Ansatz für die Zuschüsse (Titel 68456) vorgesehen, von 1,932 Mio 2019 auf 1,726 Mio in 2020 und dann wieder 1,908 Mio in 2021?

Bericht zu Bedingungen zum FÖJ und der Möglichkeit der Erhöhung des „Taschengeldes“ für ÖPNV-Nutzung
Außerdem zu 0710/68456:
Warum wurden die Mittel bisher nicht voll ausgeschöpft und wie wird dies künftig sichergestellt? Wurden alle Stellen besetzt?

Titel 54018 – Sachmittel für die Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres

Frage Nr. 34b, Fraktion der CDU

Es wird um eine detailliert Darstellung der erforderlichen Sachmittel für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 gebeten, insbesondere im Vergleich mit den Haushaltsjahren 2018 und 2019.

Titel 68456 – Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres

Frage Nr. 34c, Fraktion der CDU

Es wird um eine detaillierte Darstellung der ESF-Mittel und der Kosten für das Land Berlin erbeten. Aus welchen Gründen erfolgt eine Reduzierung des Ansatzes für 2020 im Vergleich zu den Vorjahren, auch hier wird eine detaillierte Darstellung erbeten. Wie hat sich die Anzahl der Teilnehmer am Freiwilligen Ökologische Jahr in seit dem Jahr 2016 entwickelt und welche Kosten sind dabei vom Land Berlin, von Trägern und aus Fördertöpfen insgesamt aufgewandt worden.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Fragen lfd. Nrn. 34a bis c per Bericht beantwortet und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

MG 03 Berliner Programm für nachhaltige Entwicklung -BENE-

**Titel 42896 – Entgelte der Tarifbeschäftigten aus EFRE-Mitteln
(Förderperiode 2014-2020)**

Titel 54602 – Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU

**Titel 54696 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln
(Förderperiode 2014-2020)**

Titel 88304 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)

Titel 89219 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)

Frage Nr. 35a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um schriftlichen Bericht zu bereits geförderten Projekten und zu geplanten Maßnahmen sowie geplanten Kosten und Projektlaufzeiten. Wie verteilen sich die bisherigen Bewilligungen und die Planungen auf die Förderschwerpunkte? Ist die Ausschöpfung der Fördermittel gemäß n+3-Regelung und des Etappenziels gewährleistet?

Außerdem zu 0710/88304 und 0710/89219:

Warum werden diese Ansätze erhöht? Wie ist die Mittelverausgabung personell unterlegt?

Bitte um Übersicht und Kurzdarstellung der geförderten und neu zu fördernden Projekte.

Titel 54696 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)

Frage Nr. 35b, AfD-Fraktion

Wie lassen sich diese Verwaltungsausgaben aufteilen? Wie stellt sich der Mitteleinsatz für 2019 dar und wie wird der sinkende Ansatz für 2020/2021 begründet?

Titel 88304 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)

Frage Nr. 35c, Fraktion der CDU

Welche Maßnahmen wurden mit welchen Beträgen im Rahmen des Programmes bisher gefördert? In welchem Umfang und wofür liegen bisher noch nicht vollständig abgewickelte Anträge vor? Bitte um Erläuterung konkrete Erläuterung der Zuwächse im Vergleich zu den Haushaltsjahren 2018 und 2019

Frage Nr. 35d, AfD-Fraktion

Welche individuellen Maßnahmen werden zur Senkung von CO2-Emissionen gezielt gefördert? Wie hoch ist der jeweilige Ansatz der geförderten Maßnahmen?

Frage Nr. 35e, FDP-Fraktion

Welche konkreten Projekte werden gefördert? Wie verteilen sich die Mittel auf die jeweiligen Projekte?

Titel 89219 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)

Frage Nr. 35f, Fraktion der CDU

Welche Maßnahmen wurden mit welchen Beträgen im Rahmen des Programmes bisher gefördert?

Frage Nr. 35g, AfD-Fraktion

Welche sind die zehn größten Unternehmen, die im Rahmen dieses Programms bezuschusst werden? Welche Auswahlkriterien müssen die Unternehmen erfüllen, um bezuschusst zu werden?

Frage Nr. 35h, FDP-Fraktion

Welche konkreten Projekte werden gefördert? Wie verteilen sich die Mittel auf die jeweiligen Projekte? Wie ist der hohe Rest 2018 zu erklären und welche Schlüsse werden daraus für den künftigen Mittelabfluss gezogen?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Fragen lfd. Nrn. 35a bis h schriftlich beantwortet und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

**Kapitel 0720 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
- Integrativer Umweltschutz –**

Titel 09901 – Abwasserabgabe

Frage Nr. 36a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Wofür kamen die Einnahmen in den vergangenen HH-Jahren im Rahmen der Zweckbindung zum Einsatz? Gab es Besonderheiten in der Mittelverwendung? Ist aufgrund der Wachsenden Stadt mit Erhöhung der Einnahmen zu rechnen?

Zu Punkt 2: Mit welchen Auswirkungen rechnet die Senatsverwaltung durch die Arbeit der Regenwasseragentur bei der Qualität und Menge der Einleitungen von Niederschlagswasser in ein Gewässer?

Warum Kostensteigerung von 2018 zu 2020/2021?

Frage Nr. 36b, Fraktion der CDU

Besteht hinsichtlich der Einnahmen ein langfristiger Finanzierungshorizont? Welche Prognosen bestehen mittelfristig hinsichtlich der Menge der Abwassereinleitung und der sich daraus ergebenden Einnahmen?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Fragen lfd. Nrn. 36a und b schriftlich beantwortet würden und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 11147 – Grundwasserentnahmeentgelt

Frage Nr. 37a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Bericht zur Einnahmeentwicklung 2018/19 vor dem Hintergrund wachsende Stadt, Neubauvorhaben und erhöhter Wasserverbrauch durch Hitzesommer.

Frage Nr. 37b, FDP-Fraktion

Auch wenn die Einnahmen aus dem Grundwasserentnahmeentgelt nicht zweckgebunden sind, so wurden diese bisher für wasserwirtschaftliche Zwecke ausgegeben. Welche Ausgabentitel können in diesem Sinne in einen Zusammenhang mit dem Grundwasserentnahmeentgelt gebracht werden?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Fragen lfd. Nrn. 37a und b schriftlich beantwortet würden und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 11149 – Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Umweltschutz

Frage Nr. 38, FDP-Fraktion

Nachfrage zu c) Weshalb geht der Senat davon aus, dass weniger Baugrundauskünfte erteilt werden?

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) vermutet, Hintergrund der Frage sei der Umstand, dass der Ansatz des Titels zurückgehe. Die Ursache liege darin, dass bis zum Jahr 2016 Anfragen zu aktuellen Grundwasserständen manuell durch die Arbeitsgruppe Landesgeologie bearbeitet worden und gebührenpflichtig gewesen seien. Seitdem seien die für den Baugrund erforderlichen Daten im Umweltatlas hinterlegt. Dies ermögliche es, dass die Baugrundauskünfte online erstellt werden könnten und zudem keine Gebühren mehr gezahlt werden müssten. Diese Entwicklung werde nunmehr auch im Haushaltsplan abgebildet.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass die Frage lfd. Nr. 38 damit erledigt sei, der Titel aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

Frage Nr. 39, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 39 schriftlich beantwortet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52104 – Unterhaltung des Grundwasser- und Oberflächenwassermessnetzes

Frage Nr. 40, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 41a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Details zu den Punkten 1., 4., 9., 10., 12., 13..

Außerdem:

Zu 3. Dienstleistungen für das Luftgütemessnetz BLUME

Verschiedene Erhöhungsgründe werden auf S. 72 genannt, aber wir bitten um Detailbericht zur Mittelverwendung in 2018 bzw. 19 und geplante Änderung in 20 bzw. 21. Inwieweit sind Ansätze für RUBIS ausreichend für erweiterte Messung mit Passivsammlung im Rahmen LRH Plan und Urteil EuGH oder sind Erweiterungen des Sammlungen an anderem Ort im HH aufgenommen?

Zu 4. Dienstleistungen für die Wasserbehörde:

Berichtet wurde zuletzt, dass vermehrt Werksstudenten eingesetzt werden wg. Fachkräftemangel, hierfür Mittelverwendung. Ist dies weiter der Grund? Oder warum der Anstieg?

Zu 9. Umsetzung von EG-Richtlinien; Erarbeiten von Grundlagen

- für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und

- der Hochwassermanagementrichtlinie:

Wie begründet sich der Mittelanstieg?

Zu 10. Sulfatmanagement im Spreegebiet zur Sicherung der Trinkwasserversorgung Berlins:

Wie im vorigen Haushaltsberichtsantrag bitte berichten, wofür diese eingesetzt wurden und werden. Warum ist kein Mittelanstieg vorgesehen trotz zunehmender Problematik?

Wie hat sich die Sulfatbelastung in der Müggelspree in den letzten 4 Jahren entwickelt? (bitte um monatliche Angaben) Welche Auswirkungen hatte der trockene Sommer auf die Sulfatbelastung? Welche Maßnahmen wurden im Rahmen dieses Titels umgesetzt und sind geplant?

13. Verstetigung und Ausweitung von Pilotprojekten zum lokalen

Grundwassermanagement:

Bitte um Bericht zu den jeweiligen Pilotprojekten und der jeweiligen Mittelverwendung in 2018 und 2019 sowie Stand der Umsetzung. Welche Pilotprojekte wurden zum lokalen Grundwassermanagement durchgeführt? Welche Maßnahmen sind geplant?

- Bitte ergänzend berichten, warum die ehem. Nr. 16: „Maßnahmen zur Information über die Luftgüte“(verbindliche Erläuterung)“ nicht mehr erscheint. U.a. sollte mit den hier vorgesehenen Mitteln die Information der Bevölkerung zur Luftqualität über das Berliner Fenster ab QI 2018 erfolgen.

- Sind ausreichend Mittel zur Untersuchung einer ökologisch nachhaltigen Nutzung des Spreeufers für alle Berlinerinnen und Berliner vorgesehen - z. B. durch Pilotprojekte?

Frage Nr. 41b, Fraktion der CDU

Ein detaillierter Bericht zu den einzelnen zu erbringenden Dienstleistungen wird erbeten

Frage Nr. 41c, FDP-Fraktion

Welche Pilotprojekte zum Grundwassermanagement (Nr. 13.) werden verstetigt und warum? Wieso wird in Nr. 12 die Grundwassersteuerungsverordnung noch erwähnt, obwohl diese aufgehoben wurde?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Fragen lfd. Nrn. 41a bis c per Bericht beantwortet würden und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54031 – Beseitigung von Bodenverunreinigungen

Frage Nr. 42, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 63107 – Ersatz von Ausgaben an den Bund

Frage Nr. 43, AfD-Fraktion

Bericht, welche Maßnahmen sind dies konkret? Welche Grundstücke? Aktueller Stand?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 43 per Bericht beantwortet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Frage Nr. 44a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Frage Nr. 44b, Fraktion der CDU

Ein detaillierter Bericht zu den Maßnahmen wird erbeten. Aus welchen Gründen sind die jeweiligen Ausgaben erforderlich? Welche konkreten Ausgaben fallen für die Regenwasseragentur an?

Frage Nr. 44c, FDP-Fraktion

Zu Nr. 7: Wir bitten um einen Bericht zur Regenwasseragentur. Wie viele Stellen werden dort finanziert? Wie teilen sich die Mittel jeweils auf Personal- und Sachausgaben auf? Werden der Regenwasseragentur Ziele durch die Senatsverwaltung vorgegeben? Wie erfolgt eine Kontrolle der Zielerreichung?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Fragen lfd. Nr. 44b und c schriftlich beantwortet würden und der Titel zudem zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 67138 – Kostenersatz für Gewässerschutzanlagen

Frage Nr. 45a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu 1. Wie ist der Gewässer- und Grundwasserzustand im Bereich des Wasserwerks Johannisthal? Wann ist die Altlastensanierung abgeschlossen?

Frage Nr. 45b, FDP-Fraktion

Bitte die Altlastensanierung in Bereich des Wasserwerks Johannisthal genauer erläutern. Wie lange wird diese noch betrieben?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenUVK) trägt vor, in der Sache handle es sich um einen hoch kontaminierten ehemaligen Industriestandort. Die Sanierungen dort liefen bereits seit einigen Jahrzehnten. Eigentlich befinde man sich in der Endphase, bedingt durch die Ungenauigkeiten bei solch einer Altlastensanierung könne aber nicht gesagt werden, wann die Sanierung abgeschlossen sein werde. Die technischen Sanierungsanlagen würden entsprechend der Schadstoffkonzentration immer wieder angepasst und immer weiter verringert. Das Ganze gehe irgendwann in ein Monitoring über.

Henner Schmidt (FDP) bittet darum, dass eine Grafik vorgelegt werde, wie weit die Sanierung gediehen sei.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zu den Fragen lfd. Nrn. 45a und b ein schriftlicher Bericht erbeten und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 67189 – Kostenersatz an Länder für das Wasserspeichersystem LOHSA II

Frage Nr. 46, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Bericht zum Fortgang des Baus des Mehrjahresspeichersystems Lohsa II einschließlich dem Speicher Bärwalde sowie zur bisherigen und zukünftigen Kostenaufteilung mit Bund und Ländern. Welchen Einfluss haben die trockenen, heißen Sommer 2018 und 2019 auf die Planung hinsichtlich des Wasserspeicherbedarfs für

Berlin bzw. den Zufluss der Spree? Wann ist mit der Fertigstellung des Speichersystems zu rechnen? Bitte um Bericht zur Mittelverwendung in den Vorjahren?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenUVK) geht davon aus, dass die Kostenaufteilung mittels Bericht dargelegt werden müsse, weil sie kompliziert sei. Sie beruhe auf einer Verwaltungsvereinbarung. Der Bund zahle insgesamt 75 Prozent. 25 Prozent teilten sich Sachsen und Brandenburg. Berlin wiederum habe eine Vereinbarung mit Brandenburg und zahle Anteile des brandenburgischen Anteils. Die Berliner Beteiligung richte sich nach der jeweiligen Bauart.

Der Speicher habe eigentlich 2022/23 in den Regelbetrieb übergehen sollen, was sich aufgrund technischer Probleme – vor allem Böschungsabrutschungen – verzögert habe. Bei dem Gebiet handele es sich um eine umgelagerte Kippe, mithin gebe es keinen befestigten Bereich. Deshalb handele es sich um eine sehr komplexe Aufgabe. Der Speicher werde vermutlich 2025 in den Regelbetrieb gehen. Die Speicher seien auf Niedrigwassersituationen berechnet worden. Es seien umfangreiche Untersuchungen durchgeführt worden, die zur Berechnung der Befüllung sowie der Fülllamelle herangezogen worden seien. Allerdings seien sehr trockene Sommer in Folge nicht berücksichtigt worden, weshalb derzeit noch Abstimmungen mit Sachsen und Brandenburg stattfänden, um ggf. nachzumodellieren. Der Speicher dürfe auch nicht als Solitär betrachtet werden, er sei nur ein Instrument einer sehr umfangreichen und komplexen Wassermengensteuerung im Bereich der Lausitz. Im letzten Jahr sei man gut ausgekommen, obwohl Lohsa noch nicht im Regelbetrieb sei.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 46 beantwortet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 81179 – Fahrzeuge

Frage Nr. 47, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

Frage Nr. 48, FDP-Fraktion

Bitte die Ermittlung der Anzahl der Luftschadstoffanalysatoren erläutern (2020 Nr.6, 2021 Nr. 8).

Dr. Heike Kaupp (SenUVK) vermutet, dass im Zusammenhang mit dem Berliner Luftgütemessnetz zuerst an Container gedacht werde. Darüber hinaus gebe es aber noch viel mehr. Dazu gehörten eine Messnetzzentrale, in der die Daten zusammenliefen, validiert, verarbeitet und ausgearbeitet würden, ein Prüf- und Kalibrierlabor, das Herzstück für die Qualität der automatischen Messungen, sowie ein analytisch-chemisches Labor, weil die meisten nass-chemischen Analysen von der Senatsverwaltung selbst durchgeführt würden. Für all dies würden komplexe Einrichtungen und Geräte benötigt, sodass aus Titel 81279 für all dies Neu-

und Ersatzbeschaffungen finanziert würden. Dies spiegele sich im Haushaltsentwurf in den bei diesem Titel aufgeführten Positionen 6 bis 11 wider.

Die Ansätze in den letzten Jahren hätten für den technischen Routinebetrieb immer zwischen 230 000 Euro und 240 000 Euro gelegen.

Hinter dem Begriff „Luftschadstoffanalysatoren“ verbürgen sich automatische Messgeräte, die kontinuierlich arbeiteten und mit denen anorganische Gase – Stickoxide, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid und Ozon – gemessen würden. In den Containern und im Kalibrierlabor befänden sich gut 60 Luftschadstoffanalysatoren. Die Geräte hätten eine Lebensdauer von rund zehn Jahren, sodass rechnerisch sechs pro Jahr ersetzt werden müssten. Derzeit sei man bei vier bis fünf. Mehr werde auch nicht angesetzt. Die konkreten Beschaffungen hingen davon ab, ob alle Posten realisierbar seien oder ob aufgrund eines vorzeitigen Ausfalls in einem Jahr einmal mehr beschafft werden müsse.

Henner Schmidt (FDP) fragt nach, ob er es richtig verstanden habe, dass es sich sowohl um Geräte aus den Containern als auch solchen aus dem Labor handle und es sich bei dem Ansatz um reinen Ersatzbedarf handle.

Georg Kössler (GRÜNE) möchte wissen, um wie viele Airpointer es sich handle und was mit diesen konkret geplant sei.

Dr. Heike Kaupp (SenUVK) führt aus, es gebe nicht nur Messgeräte in den Containern. Vielmehr gebe es das Prüf- und Kalibrierlabor, damit diese vernünftig arbeiten könnten. Die Geräte je nach Gruppe würden dort einmal im Jahr komplett durchgesehen, geprüft und neu kalibriert. Während des Jahres würden Transferstandards hergestellt, im Labor gemessen und mit Druckgasflaschen vor Ort verbracht. Dies bedeute, dass im Prüf- und Kalibrierlabor die gleichen Geräte benötigt würden wie in den Containern. Als Routinebetrieb müsse zunächst einmal Ersatz beschafft werden. Mitunter würden aber auch neue Messungen aufgenommen, wofür Neubeschaffungen getätigt werden müssten. Insofern würden aus dem Titel sowohl Ersatz- als auch Neubeschaffungen finanziert.

Die Senatsverwaltung habe zwei sehr spannende Jahre hinsichtlich der Anforderungen an Luftgütemessungen sowie das Verteidigen der Standorte hinter sich. SenUVK habe die Notwendigkeit gesehen, in stark belasteten Straßen punktuell zu messen. Mit Passivsammlern könne man sehr gut Jahresmittelwerte bestimmen. Mit dem Hersteller der Airpointer habe es lange Gespräche gegeben und es habe sich nach einem sinnvollen Konzept angehört, da die Standorte häufig gewechselt werden könnten und die Geräte mit den Referenzmethoden arbeiteten. Deshalb habe man sich im vergangenen Jahr ein Probegerät zur Verfügung stellen lassen. Das Konzept habe sich leider nicht bewährt, weil es für den technischen Betrieb eine Zumutung sei, da die Geräte weit mehr als 50 kg wögen. Um diese an Straßenlaternen in rund 3 Metern Höhe montieren zu können, bedürfe es schweren Gerätes. Die Geräte müssten zudem alle zwei Wochen angefahren und gewartet werden. Außerdem sei die Zusage, die Geräte könnten mit Referenzverfahren betrieben werden, nicht belastbar gewesen. Dies bedeute wiederum, dass zusätzliche Gerätetypen hätten ins Netz genommen werden müssen, was für Wartung und Qualitätssicherung einen hohen zusätzlichen Aufwand bedeutet hätte. Auch die Datenübertragung habe nicht so funktioniert, wie man es sich vorgestellt habe.

Deshalb diskutiere man intern sehr intensiv, wie es weitergehen solle. Es sollten jetzt Minicontainer installiert werden. Diese seien versetzbar, gleichwohl sei nicht geplant, die Standorte zu wechseln. Die ursprünglich für Airpointer vorgesehenen Mittel sollten für Mikrostationen verwandt werden.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 48 damit beantwortet sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässergütemaßnahmen im Bestand der Straßenregenentwässerung

Frage Nr. 49, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht
Warum sinkt der Ansatz 2021?

Bitte zur Mittelverwendung 2018 u 19 berichten und zu den geplanten Maßnahmen für 20 und 21. Dabei bitte zum Stand der anstehenden Großprojekte berichten, insbesondere darauf eingehen ob bei einzelnen Umbauten bzw. Kanal/Stauraumbauten Einrichtungen der Abwasserwärmenutzung mitgedacht und -gebaut werden konnten und wenn nicht, warum nicht, bzw. ab wann das möglich ist. Ist die im Bericht zum HH-Entwurf 2017 (Berichtsanhänge) erwähnte Vereinbarung mit den BWB hinsichtlich des diskontinuierlichen Kostenbedarfs geschlossen und wenn ja, welchen Inhalts?

Wieviel wird in Trennsystem eingesetzt? Welche Maßnahmen werden durchgeführt? Wann können auch Maßnahmen außerhalb des Mischsystems durchgeführt werden?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 49 schriftlich beantwortet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Kapitel 0721 – Fischereiamt

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 50, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beinhaltet der Titel Gelder für den Fang der sogenannten „Futterfische“ und wenn ja, in welcher Höhe? Wenn nein, unter welchen Titel werden die Gelder für den Fang verwaltet?

Jens Puchmüller (SenUVK) berichtet, in den Jahren 2020 und 2021 seien jeweils 65 000 Euro für den Fang sogenannter Futterfische vorgesehen.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 50 beantwortet sei, der Titel aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 81179 – Fahrzeuge

Frage Nr. 51, AfD-Fraktion

Warum E-Fahrzeuge? Reine Beschaffungskosten, oder inkl. Zugehöriger Ladeinfrastruktur? Folgekosten? Bericht

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) berichtet, der Senat habe die Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt erlassen, die vorsehe, dass das Land Berlin bei der Beschaffung konsequent auf emissionsarme Fahrzeuge – Hybrid und Elektro – umstelle. Auch das Fischereiamt fühle sich an diese Verwaltungsvorschrift gebunden.

Die benötigte Ladeinfrastruktur werde auch aus dem Haushalt finanziert, allerdings aus Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen –. Weitere Folgekosten würden nicht erwartet.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 51 damit beantwortet sei, der Titel aber gleichwohl zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

[Unterbrechung der Sitzung von 12.26 bis 12.57 Uhr]

Kapitel 0730 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Verkehr -

Übergreifend Fußverkehr

Frage Nr. 52, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen sind in 20/21 geplant, um die Ziele des Abschnitts zum Fußverkehr im Mobilitätsgesetz umzusetzen? Wie ist der Zeitplan? Wie viele Personalstellen sind innerhalb von SenUVK und in den Bezirken mit der Planung des Fußverkehrs betraut und wie sind Aufgabenprofile und Einstufungen dieser Personalstellen?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) führt aus, der Fußverkehr sei ein Grundfeiler der Verkehrswende in Berlin und ein wichtiger Teil des Umweltverbundes. Berlin setze mit dem geplanten Abschnitt Fußverkehr im Mobilitätsgesetz deutschlandweit Standards für die Förderung des umweltfreundlichen und gesunden Fußverkehrs. Der Gesetzentwurf stecke in den letzten Zügen der Abstimmung und Mitzeichnung und enthalte eine Vielzahl von Maßnahmen, die die Sicherheit, aber auch den Komfort des Fußverkehrs und die Barrierefreiheit, vor allem an Baustellen, verbesserten. Die VLB werde sich noch in diesem Jahr mit den relevanten Vertreterinnen und Vertretern von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen treffen, um Anforderungen, aber auch mögliche Hürden zu besprechen und Arbeitshilfen umzusetzen. Es solle ein Fußverkehrsplan festgelegt werden, der konkrete Ziele, Vorgaben und Maßnahmen für die nächsten Jahre umfasse. Des Weiteren sollten zehn Projekte zur Fußverkehrsförderung in Ergänzung laufender Programme eingeführt werden. Dies solle schon ein Jahr nach Inkrafttreten stattfinden. Bis Mai 2020 werde man die Ausführungsvorschriften für Geh- und Radwege überarbeiten. Man brauche einheitliche Kriterien für die Erstellung von Fußverkehrsnetzen mit den Bezirken und prüfe den Überarbeitungsbedarf der Vorgaben zur Steuerung von LSA, was auch im nächsten Jahr passieren solle.

Darüber hinaus gehe es um Maßnahmen zur Freihaltung von Gehwegen, Stichwort E-Scooter und andere Dinge, wo SenUVK in Abstimmung mit der Polizei sei, um die Gehwege als Gehwege zu erhalten. Die laufenden Programme würden fortgeführt: Bordsteinabsenkungsprogramm, Fußgängerüberwegprogramm, um das Queren zu erleichtern. Die Leitsysteme für Blinde sollten unter Einbindung des VBB weiterentwickelt werden, Stichwort „m4guide“. Das schulische Mobilitätsmanagement solle zusammen mit der Bildungsverwaltung gestärkt werden. Es gehe zunächst um ein Konzept, das wahrscheinlich auch Beauftragte und Gremien für die Schulen vorsehe. Dies werde man demnächst mit dem Gesetzentwurf vorstellen.

SenUVK habe im Moment fünf bis sechs Stellen: eine Vollzeitstelle E14 allgemein zu Fußverkehrsstrategie und Förderprogrammen, eine Teilzeitstelle E14, 75 Prozent, für Grundsatzangelegenheiten des Fußverkehrs und Leitung der AG Förderung des Fußverkehrs, zwei Vollzeitstellen E14 mit unterschiedlichen Zeitkontingenten zu verschiedenen Aufgaben, eine Teilzeitstelle E14, 70 Prozent anteilig Fußverkehr, und eine Gruppenleitung, die sich mit Grundsatzangelegenheiten der Straßenplanung befasse, wo auch Fußverkehrsanteile enthalten seien. Geplant sei, eine weitere Gruppenleitung speziell für den Fußverkehr und eine E14-Stelle zur Umsetzung des Fußverkehrsteils im Mobilitätsgesetz auszuschreiben. Über die Personalstellen in den Bezirken, die sich mit Fußverkehr befassen, habe SenUVK keine Übersicht.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Themenkomplex zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Radverkehr

Frage Nr. 53, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um vollständige Übersicht aller für den Radverkehr im Einzelplan 07 veranschlagten Mittel. Welche Maßnahmen sind geplant, um die im Haushalt 2020/2021 veranschlagten Investitionsmittel für den Radverkehr tatsächlich umzusetzen? (incl. SIWANA) Bitte um Darstellung der konkret geplanten Investitionen in den Radverkehr mit Zeitraum und veranschlagtem Betrag für die Titel des Einzelplans 07 sowie SIWANA.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet und der Themenkomplex zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Mobilitätskonzept

Frage Nr. 54, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Auf welchem Stand ist die Entwicklung des Gesamtkonzepts Mobilität für Menschen mit Behinderungen? Inwieweit wurden im Einzelplan 07 Maßnahmen für die Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Mobilitätssicherung von Menschen mit Behinderungen verankert? Wie viele Personalstellen sind innerhalb von SenUVK mit der Umsetzung betraut und an welcher Stelle wurde Personal zur Umsetzung eingestellt oder soll eingestellt werden (bitte um Darstellung der Personalstellen mit Aufgabenprofil und Eingruppierung). Bitte stellen Sie die einzelnen Maßnahmen vor. Wie ist die Zusammenarbeit von SenUVK und SenIAS gesichert? In welchem Zusammenhang stehen Sonderfahrdienst, Inklusionstaxi, VBB-Begleitservice, Mobilitätshilfedienste und barrierefreier ÖPNV miteinander?

Hartmut Reupke (SenUVK) schildert, es gehe um das Mobilitätskonzept für Menschen mit Behinderungen, für das es unterschiedliche Zuständigkeiten gebe. SenUVK habe über das Mobilitätsgesetz und den Nahverkehrsplan den Rahmen geschaffen und in den Haushaltsanmeldungen den barrierefreien Ausbau des ÖPNV eingeplant. Themen wie Sonderfahrdienste, Begleitsdienste, Inklusionstaxi, Mobilitätshilfsdienste fielen jedoch nicht in den Verantwortungsbereich der SenUVK. Es bestehe weiterer Abstimmungsbedarf mit SenIAS. Das Gesamtkonzept solle im Rahmen der nächsten zwei Jahre erstellt werden. SenUVK habe zur Bearbeitung des Themas eine Stelle vorgesehen, es handele sich aber um ein Querschnittsthema, das bei allen Planungen von den jeweiligen Bearbeitern mit bedacht werde.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Themenkomplex zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Barrierefreiheit

Frage Nr. 55, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Darstellung der Maßnahmen zur Barrierefreiheit sowie der geplanten Mittel für Investitionen und Unterhaltung.

Welche Maßnahmen sind insbesondere in 20/21 geplant und etatisiert, um die Barrierefreiheit im Straßenverkehr bzw. im öffentlichen Personennahverkehr zu erhöhen?

Bitte um Vorstellung der einzelnen Maßnahmen.

Wird das Land Berlin die Vorgabe von § 8 Abs. 3 Satz 3 Personenbeförderungsgesetz, für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs bis zum 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen, einhalten können? Welche Strategien und Planungen existieren bei der Senatsverwaltung für den Fall, dass die Vorgabe von § 8 Abs. 3 Satz 3 PBefG nicht eingehalten werden kann und bis wann wird nach Einschätzung der Senatsverwaltung eine vollständige Barrierefreiheit im Berliner ÖPNV hergestellt sein? Welche Verzögerungen gibt es bei der Herstellung vollständiger Barrierefreiheit im ÖPNV und wie werden diese begründet?

Welche Maßnahmen sind in 20/21 geplant und etatisiert, um die Verkehrssicherheit von älteren Menschen bzw. Menschen mit Behinderungen zu erhöhen, insbesondere im Umfeld von Pflege- und Senior*inneneinrichtungen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen bzw. Orten und Einrichtungen, die auch und gerade von älteren Menschen sowie Menschen mit Behinderungen aufgesucht bzw. genutzt werden. Bitte stellen Sie die einzelnen Maßnahmen vor.

Welche Mittel und Maßnahmen sind für den behindertengerechten Ausbau von Kreuzungen für 20/21 eingeplant? Wie ist der Zeitplan zur Umsetzung des behindertengerechten Ausbaus?

Inwiefern wird das Inklusionstaxi im neuen Taxitarif abgebildet? Gibt es nach Einschätzung der Senatsverwaltung durch den erhöhten Taxitarif Anreize für die Anschaffung eines Inklusionstaxis?

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet und der Themenkomplex zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

i2030

Frage Nr. 56, FDP-Fraktion

Wir bitten um eine Gesamtdarstellung aller Projekte zu i2030 (Regionalbahn, S-Bahn). Insbesondere bitten wir um die Erläuterung, welche dieser Projekte bzw. Teilprojekte in den beiden Jahren des Doppelhaushalts umgesetzt oder über Planungen und Machbarkeitsstudien vorbereitet werden sollen und wie sich die veranschlagten Mittel darauf verteilen

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Themenkomplex zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 11153 – Gebühren nach Bundesrecht

Frage Nr. 57, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Frage Nr. 58, Fraktion der CDU

Woraus resultiert die Differenz zwischen den Ansätzen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 im Vergleich zum Ist 2018?

Hartmut Reupke (SenUVK) berichtet, durch die Abnahme des Qualitätsmanagements und die Zertifizierung habe man 2018 außergewöhnlich hohe Gebühren vom Flughafen einnehmen können. In den Folgejahren finde dies in dieser Form nicht mehr statt. Die Ansätze 2020/21 schrieben letztendlich fort, was in den Jahren davor der Fall gewesen sei.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 11155 – Gebühren für die Sondernutzung öffentlicher Straßen

Frage Nr. 59a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um detaillierten Bericht zur Einnahmelage in 2019 bzw. den angenommenen Einnahmen in 2019 u 2020. Worauf stützen sich die Einnahmeerwartungen und warum sind sie 2020 niedriger als 2021? Bitte um Aufschlüsselung der Einnahmen nach einzelnen Einnahmeposten bzw. Werbelosen.

Erhalten die Bezirke Ersatz für entfallenden Einnahmen?

Außerdem bitte angesetzte Mittelverwendung darstellen, insbesondere dahingehend ob Mitteleinnahmen für verbesserte Versorgung mit zusätzlichen Toilettenanlagen ausreichend sein werden. Wie ist das Verhältnis zwischen den Werbeeinnahmen und den Ausgaben für die öffentlichen Toiletten

Welche Maßnahmen sind in 20/21 geplant, um das Toilettenkonzept umzusetzen?

Inwieweit ist ein Ausbau der barrierefreien öffentlichen Toiletten in 20/21 geplant und etatisiert?

Frage Nr. 59b, FDP-Fraktion

Wir bitten um eine Aufstellung aller Einnahmen bei Senat und Bezirken für die Werbeflächen, die früher im Zusammenhang mit dem Toilettenbetrieb vergeben wurden und eine Gegenüberstellung mit den Ausgaben für die öffentlichen Toilettenanlagen während der prognostizierten Laufzeit. Gibt es weitere Ausgaben für die öffentlichen Toilettenanlagen außerhalb von Kapitel 730 Titel 54083?

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 12207 – Nutzungsentgelte für die Überlassung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB)

in Verbindung mit

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben

Titel 54077 – Steuern, Abgaben

Titel 72005 – Umbau und Kapazitätserweiterung des zentralen Omnibusbahnhof (ZOB)

Frage Nr. 60, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Bericht zur Entwicklung des ZOB (Umbau und Verkehrsaufkommen).

Warum vermindert sich die in 2018/19 reduzierte Miete erneut?

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet werde und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Titel 23110 – Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz

in Verbindung mit

Titel 54081 – Leistungen des S-Bahnverkehrs

Frage Nr. 61, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie erklärt sich der Differenzbetrag im Ansatz 2020/2021 Seite 102 54081 mit Seite 113?

André Darmochwal (SenUVK) erläutert, der Fachbereich habe jeweils einen etwas höheren Betrag angemeldet. Im Zuge der hausinternen Abstimmungen sei ein kleiner Teil dem Budget zwei zugeordnet und dann gekürzt worden. 2020 seien dies 4 000 Euro und 2021 5 000 Euro. In der Anmeldung für den Titel 54081 sei dies korrekt berücksichtigt worden. In der Erläuterung zum Titel 23110 sei dies leider nicht nachgeführt worden. Insofern handele es sich um ein redaktionelles Thema. Der Betrag für den S-Bahnverkehr müsste um 4 000 Euro 2020 und 5 000 Euro 2021 reduziert und der Betrag für den innerstädtischen ÖPNV in Titel 54045 – Leistungen des innerstädtischen ÖPNV – um jeweils diese Beträge erhöht werden.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke

Titel 27290 – Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke

Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke

Titel 42890 – Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen

Titel 54604 – Sächliche Ausgaben für zukunftsorientierte Entwicklungsmaßnahmen

Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen

Titel 68390 – Zuschüsse an private Unternehmen aus zweckgebundenen Einnahmen

Frage Nr. 62, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Um was für „zukunftsorientierte Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen handelt es sich hierbei? Bitte um Bericht.

Michael Beer (SenUVK) schildert, der Titel 23190 werde im Wesentlichen aus drei Programmen gespeist: dem Programm des BMVI „Saubere Luft“, das Digitalisierungsprozesse berücksichtige, dem Programm des BMVI zum Thema autonomes Fahren und dem EU-Programm zu euroregionalen Projekten, das über das BMVI abgewickelt werde. Inhaltlich gehe es darum, die Digitalisierung in den verschiedenen Bereichen voranzutreiben und im Rahmen von intelligenten Verkehrssystemen zusätzliche Aufbauten zu realisieren.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Titel 23211 – Ersatz von Ausgaben durch die Länder

Stefan Ziller (GRÜNE) beantragt, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 33103 – Zuweisungen aus dem Mineralölsteueraufkommen

Frage Nr.63a , Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Um welche konkreten Maßnahmen handelt es sich bei den Kompensationszahlungen? Warum geringerer Ansatz in 2020 im Vgl. zu 2019?

Frage Nr. 63b, FDP-Fraktion

Wie genau berechnen sich die bisherigen und zukünftigen Zuweisungen? Wie entstehen die Schwankungen, auch zwischen 2020 und 2021?

Wären die Zuweisungen von der Einführung einer aktuell debattierten CO₂-Steuer betroffen?

Hartmut Reupke (SenUVK) berichtet, dass gemäß Entflechtungsgesetz die Zuschüsse des Bundes zum 31. Dezember 2019 deutlich gekürzt würden. Aus diesen Mitteln würden im We-

sentlichen Maßnahmen für den U-Bahnbau und den Straßenbahnausbau geplant. Es wären auch andere Maßnahmen möglich, aber die geringen Mittel verteilen sich bereits vollständig auf U-Bahn- und Straßenbahnmaßnahmen. – Die CO₂-Steuer sei noch nicht enthalten, weil es noch keine Einführung gebe.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 33190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionen

Harald Moritz (GRÜNE) beantragt, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 35903 – Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO

Frage Nr. 64a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es werden detaillierte Erklärungen erbeten.

Frage Nr. 64b, FDP-Fraktion

Bitte um eine Übersicht zum Stand der Rücklage einschließlich aller im Doppelhaushalt geplanten Zu- und Abflüsse.

Welche Fahrzeuge sollen mit der Entnahme konkret erworben und ertüchtigt werden?

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52108 – Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs

in Verbindung mit

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

**Titel 68228 – Zuschüsse zur Koordinierung, Vorbereitung und Umsetzung von
Radverkehrsprojekten**

Titel 68229 – Zuschuss an die VELO GmbH

**Titel 89116 – Zuschüsse an die VELO GmbH zur Durchführung von investiven
Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radwegeinfrastruktur**

Frage Nr. 65a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, einschließlich der deckungsfähigen Titel (52609, 68228, 68229, 72016 und 89116), Bitte um Bericht

Welche (Einzel-) Maßnahmen sind genau geplant? Bitte zur Mittelverwendung in 2018 und 19 berichten, welche Maßnahmen wurden 2018/2019 aus diesem Titel finanziert? Welche Maßnahmen sind umgesetzt worden, sind die Mittel vollständig

eingesetzt worden?

Bitte um Liste der vorgesehenen Maßnahmen und der jeweiligen Kostenansätze.

in Verbindung mit

Titel 52108 – Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs

Frage Nr. 65b, Fraktion der CDU

Es wird eine detaillierte Planung der durchzuführenden Maßnahmen erbeten. Woraus ergibt sich der Zuwachs im Vergleich zu den Vorjahren, insbesondere in Anbetracht der nicht ausgeschöpften Mittel des letzten Doppelhaushaltes?

Frage Nr. 65c, FDP-Fraktion

Inwieweit besteht bereits eine Aufstellung der aus diesem Titel zu finanzierenden Maßnahmen bzw. wann wird diese vorliegen? Wie wird eine faire Verteilung auf die einzelnen Bezirke sichergestellt?

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Titel 52115 – Unterhaltungsmaßnahmen zur barrierefreien Gestaltung von Bushaltestellen

Frage Nr. 66a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Warum sind von dem Ansatz 2018 0 Euro abgeflossen?

Ansatz ausreichend? (650 T.); Für wie viele Haltestellen reicht die eingeplante Summe? Bitte um Erläuterung zum Sachstand barrierefreier Umbau. Bitte um Darstellung der aktuellen und 2020 und 2021 geplanten Maßnahmen.

Keine Änderung des Ansatzes (650.000) trotz Ziel der Barrierefreiheit bis 1.1.22

Lassen sich die für diese Legislaturperiode gesteckten Ziele damit vollumfänglich abbilden?

Wie und Wann beabsichtigt SenUVK die Maßnahmen des Nahverkehrsplans zusammen mit den Bezirken umzusetzen?

Frage Nr. 66b, AfD-Fraktion

Welche Maßnahmen sind dies? Wie viele Haltestellen? Bericht

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52121 – Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

Frage Nr. 67, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht:

Steigerung von 2 auf 3 Mio € jährlich ab 2018 (Drs. 18/0700 S. 25), neu sind weiter 3 Mio vorgesehen, in den Vorjahren standen lt. Bericht 09/2017 zu Berichtsanträgen Haushaltsentwurf 2018/19 zu wenige Mittel zur Verfügung, um die bereits abgestimmten Maßnahmen für Querungshilfen umzusetzen.

Bitte berichten, ob der Ansatz in 2019 auskömmlich war, die 100 im angesprochenen Bericht erwähnten Maßnahmen vollständig umgesetzt wurden und inwieweit die Mittel für 2020 und 21 auskömmlich sein werden, um die für diese Legislaturperiode gesteckten Ziele damit vollumfänglich abzubilden?

Bitte um Maßnahmenliste; bzw. für wie viele Maßnahmen reicht die eingeplante Summe?

Bitte um Bericht für die Planung und Umsetzung der Querungshilfen? (Vorgehen)

Welche speziellen Maßnahmen sind zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bestimmter Zielgruppen (z. B. Senior*innen, Menschen mit Behinderung) geplant?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52122 – Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs

Frage Nr. 68, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Welche konkreten Maßnahmen sind hier vorgesehen? Welche wurden in 18 u 19 umgesetzt und wurden die Mittel vollständig ausgeschöpft? Warum ist keine weitere Erhöhung der Mittel zur Umsetzung Mobilitätsgesetz vorgesehen? In Bericht 09/2017 zu Berichtsanträgen Haushaltsentwurf 2018 u 19 wird auf die begrenzten fachlichen Ressourcen bei SenUVK und den Bezirken verwiesen. Sind diese inzwischen ausreichend, um die Bordsteinabsenkungen etc. umzusetzen? Lassen sich die für diese Legislaturperiode gesteckten Ziele damit vollumfänglich abbilden?

Wie viele Bordsteinabsenkungsmaßnahmen wurden in den Jahren 2018 / 2019 aus den Mitteln realisiert? Wie ist das Programm Bordsteinabsenkung durch Bezirke genutzt worden (bitte nach Bezirken aufschlüsseln)?

Bitte um konkrete Darstellung des aktuellen Stands der 10 Modellprojekte und der weiteren Umsetzungsplanung

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52132 – Unterhaltung der Brunnenanlagen

Frage Nr. 69, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Um welche konkreten Brunnen handelt es sich? Ausgaben werden ab 2020 bei Kapitel 2707, Titel 52132 nachgewiesen. Grund für den neuen Titel?

Antonia Deinert (SenUVK) berichtet, es gehe vor allem um die Brunnen in den Bezirken, in denen die bisherigen bezirklichen Brunnenverträge ausgelaufen seien und die sich nunmehr der Rahmenvereinbarung von SenUVK und BWB mit Abschluss einer entsprechenden Einzelvereinbarung angeschlossen hätten. Es handele sich insgesamt um sieben Bezirke: Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow, Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Treptow-Köpenick und Tempelhof-Schöneberg. Insgesamt seien jetzt über 150 Brunnen von den BWB übernommen worden: in Charlottenburg-Wilmersdorf 27, in Friedrichshain-Kreuzberg 53, in Pankow 16, in Spandau 4, in Steglitz-Zehlendorf 10, in Treptow-Köpenick 18 und in Tempelhof-Schöneberg 23. In den Folgejahren liefen weitere bezirkliche Verträge aus, sodass SenUVK davon ausgehe, dass 2020 der Bezirk Lichtenberg mit 17 Brunnen und der Bezirk Pankow 2021 mit restlichen Brunnen hinzukomme. Die Mittel seien für das Kapitel 0730 beantragt worden, da zum damaligen Zeitpunkt noch nicht klar gewesen sei, wie das Finanzierungsverfahren aussehe. Zwischenzeitlich habe man die Entscheidung der SenFin erhalten. Da die Brunnen in die Zuständigkeit der Bezirke fielen, würden die Mittel im Wege der Auftragswirtschaft zur Verfügung gestellt und im Kapitel 2707 veranschlagt.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52135 – Straßenregenentwässerung

Frage Nr. 70, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es werden detaillierte Erklärungen erbeten.

Außerdem: Welche Bedeutung hat die Gullyreinigung für die Qualität der Abwässer im Trennsystem?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

Frage Nr. 71, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht:

Bitte um Bericht, welche Untersuchungen zu welchen Strecken in welchen Bezirken geplant sind, insbes. zu Radschnellverbindungen.

Sind auch Untersuchungen zum Fußverkehr geplant?

Vorsitzender Oliver Friederici teilt mit, dass hierzu schriftlich berichtet werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen

Harald Moritz (GRÜNE) beantragt, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 53121 – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen

Frage Nr. 72, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Beteiligungsverfahren sind vorgesehen. Bitte einzeln auflisten

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) schildert, Bürgerbeteiligung sei ein wichtiges Instrument, um die Akzeptanz von Planungen zu erhöhen und die Expertise der Bürgerinnen und Bürger vor Ort einzubinden. Der Senat habe die Bürgerbeteiligung an Planungen verstärkt und führe sie, z. B. bei Straßenbahnneubaustrecken, möglichst frühzeitig durch. Grundsätzlich würden aus dem Titel Beteiligungsverfahren in den Bereichen Straßen- und Schienenbau, Bürgerwerkstätten und die Veröffentlichung von Maßnahmen nach dem PBefG und BerlStrG finanziert. Dies bedeute gemäß § 25 VwVfG frühzeitige Beteiligung und informelle Beteiligung bei Planungsverfahren. Es gehe um Beteiligungsverfahren für die Tramverbindungen Entwicklungsgebiet Blankenburger Süden, Verlängerung ab U-Bahnhof Turmstraße, Warschauer Straße–Hermannplatz, Tangentialstrecke Pankow–Heinersdorf–Weißensee, S-Bahnhof Jungfernheide–Urban Tech Republic, Potsdamer Platz–Rathaus Steglitz u. v. m. Die Veröffentlichungspflichten der Anhörungs- bzw. Planfeststellungsbehörde ergäben sich aufgrund gesetzlicher Vorgaben und seien von den Antragstellungen bzw. der Bearbeitung der Vorhabenträger abhängig.

In den nächsten zwölf Monaten könnten noch Beteiligungsverfahren mit Veröffentlichungspflichten für die Dammsanierung der U6 inklusive Ersatzneubau der Seidelbrücke, die Straßenbahnneubaustrecke am Ostkreuz, die Straßenbahn Adlershof II, die Verkehrslösung Schöneeweide und vier Bahnprojekte, Berlin–Frankfurt/Oder Abschnitt Bahnhof Köpenick, Karow–Hohen Neuendorf, Neubau des zweiten Zugangs Eichborndamm sowie Zugang zum S-Bahnhof Prenzlauer Allee, anstehen. Bei Straßenbauvorhaben sei SenStadtWohn für die Bekanntmachung der Anhörungsbehörde verantwortlich.

Daneben würden weitere Veranstaltungen und Beteiligungsformate finanziert, die im Kontext von Straßenraumumgestaltungen, Infrastrukturvorhaben und Wohnungsbau stünden, z. B. die Verkehrserschließung Blankenburg, ggf. bald die Verkehrserschließung Pankower Tor und die Machbarkeitsvariantenuntersuchung Berliner Allee. Die genaue Festlegung erfolge gemäß den Projektfortschritten der jeweiligen Jahresplanung.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 73a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Bericht

Außerdem:

Für welche Dienstleistungen sind die Verpflichtungsermächtigungen geplant?

Bitte um Darlegung, welche Dienstleistungen neu sind und bei fortgeführten Dienstleistungen um Angabe der Ausgaben 2018 und des Ansatzes 2019.

Sind bisher keine Dienstleistungen für den Fußverkehr veranschlagt?

Zu 2. (Förderung des Wirtschaftsverkehrs): Warum ist bei den Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftsverkehrs keine signifikante Steigerung zu verzeichnen?

Zu 5. (Parken): Wofür wurde der gleichlautende Ansatz im HP 18/19 verwendet? Wo findet sich die „Strategie Parken“?

Zu 7. (Tempo 30): Mit welcher Zielsetzung soll die Tempo 30-Konzeption weiterentwickelt werden? Welche Konzeptualisierung ist für Tempo 30 vorgesehen?

Zu 9. (Maßnahmen für Radverkehrsförderung): Wie setzt sich der Ansatz für 2020 genau zusammen? Welche Untersuchungen fanden in 2018 und 2019 mit welchen jeweiligen Ausgaben statt? Welche sind für 2020 und 2021 geplant? Ist der Ansatz mit 100.000 bzw. 103.000 Euro auskömmlich?

Zu 12: Bitte um Zusendung des Masterplans Verkehrstelematik. Um welche Unterstützung wofür geht es konkret?

Zu 15.: Für welche konkreten Sonderauswertungen und Aufbereitung von Kennwerten sind die Ansätze vorgesehen? Wodurch unterscheiden sich Ziffer 15 und 19 in ihrer Öffentlichkeitsarbeit?

Zu 18: Welche Großveranstaltungen sind hiervon geplant?

Zu 19 (Radverkehr): Bitte um Darstellung, welche konkreten Maßnahmen mit jeweils welchem Kostenaufwand geplant sind? Wodurch erklärt sich der höhere Ansatz 2020/21 zum niedrigeren Ansatz 2018/19?

Frage Nr. 73b, AfD-Fraktion

Zu den Maßnahme 2, 5, 7, 9, 12, 14, 19, 20, 21, 22 mehr Details!!!

Frage Nr. 73c, FDP-Fraktion

Bitte um genauere Erläuterung zu den Nummern 3, 5, 7, 16.

Vorsitzender Oliver Friederici teilt mit, dass hierzu schriftlich berichtet werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54045 – Leistungen des innerstädtischen ÖPNV

Frage Nr. 74a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Bericht, welche zusätzlichen Verkehrsleistungen vorgesehen sind, insbesondere mit Blick auf die Neubauvorhaben in den Außenbezirken, Bsp.: Spandauer Wasserstadt und Insel Gartenfeld.

Sind die Tarifierhöhungen der letzten Tarifrunde bereits enthalten?

Bitte um Auflistung der einzelnen Komponenten der Veranschlagung (LOI, Nahverkehrsplan, BuT, ...).

Warum ist der Ansatz 2021 um rund 150.000.000 Euro höher als 2020?

Frage Nr. 74b, Fraktion der CDU

Eine detaillierte Darstellung der Planung und Strategie (kurz-, mittel- und langfristig) wird erbeten. Welche konkreten Inhalte – insbesondere solche mit möglichen fiskalen Auswirkungen – haben die Ergebnisse der Vertragsverhandlungen mit der BVG zum Verkehrsvertrag 2020-2035.

Frage Nr. 74c, FDP-Fraktion

Welcher Anteil an dem Mittelaufwuchs wird für zusätzliche Verkehrsleistungen gezahlt?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54053 – Veranstaltungen

Frage Nr. 75a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Frage Nr. 75b, AfD-Fraktion

Unterpunkt 1 – Wieso 35.000,- für 3 Sitzungen? Bericht

Frage Nr. 75c, FDP-Fraktion

Bitte zu Nr. 1 die Höhe der geplanten Ausgaben erläutern

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54056 – Leistungen für die Verkehrsinformationszentrale Berlin

Frage Nr. 76a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sachstand zur Neuausrichtung der VIZ. Welche künftigen erweiterten Aufgaben hat die VIZ und wieviel Personalstellen sind damit verbunden?? Anzahl der Beschäftigten heute und künftig?

Frage Nr. 76b, Fraktion der CDU

Eine Darstellung der beabsichtigten Neuorganisation der VIZ wird erbeten, insbesondere im Hinblick auf die daraus entstehenden zusätzlichen Kosten

Michael Beer (SenUVK) legt dar, die VIZ werde zurzeit von einem privaten Dienstleister betrieben. Der Vertrag laufe Ende nächsten Jahres aus. SenUVK müsse eine Reihe von Veränderungen vornehmen, weil der Prozess der Verkehrstechnik dynamisch sei. Für die Zukunft seien langfristige Verträge nicht mehr zielführend. An einem neuen Modell werde gefeilt, die entsprechenden Ausschreibungen würden vorbereitet. Die VIZ werde im Kern von fünf Kollegen in der Verkehrsredaktion gesteuert. Beim Dienstleister gebe es eine Reihe weiterer Mitarbeiter. Ob man dies künftig mit eigenen Kollegen mache oder komplett als Dienstleistung vergebe, werde sich in den nächsten Wochen und Monaten klären.

Oliver Friederici (CDU) erkundigt sich nach dem zeitlichen Rahmen und dem Abschluss der Planungs- und Umsetzungsphase.

Michael Beer (SenUVK) antwortet, man müsse rechtzeitig vor Ende des kommenden Jahres einen neuen Anbieter haben. Insofern arbeite man mit Hochdruck daran und wolle dies kurzfristig umsetzen. Die Ausschreibungen würden kurzfristig auf den Markt kommen.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54059 – Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität

Frage Nr. 77a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Bericht und Darstellung der neuen Unteransätze sowie des jeweiligen Ist 2018 der Einzelmaßnahmen des letzten Haushaltsplans sowie der Planung 2019. Was ist künftig geplant? Ist die Errichtung der E-Ladeinfrastruktur langfristig durch öffentliche Mittel vorgesehen?

Was wurde in den letzten 2 Jahren erreicht?

Sachstand Ausbau Ladeinfrastruktur

Bericht zu den laufenden Nr. 1, 5, 6, 8, 9

Außerdem:

Zu 1 (Betreibervertrag). Wurde der Vertrag von 2015 um zwei Jahre verlängert? Warum sind die Kosten 2020 so hoch? Welche Erweiterung des Vertrages und welche Leistungen wurden vereinbart? Womit erklärt sich der geringere Ansatz 2021?

Zu 7. Um welche Art von Folgekosten handelt es sich?

Zu 8. (Verlagerung PKW-Pendler): Um was für Maßnahmen soll es sich handeln? Warum weniger als 2018/2019? Welche Maßnahmen wurden 2018/2019 umgesetzt?

Zu 9. (Infrastruktur E-Steuer): Welche Maßnahmen wurden diesbezüglich 2018/2019 umgesetzt? Welche Maßnahmen sind geplant?

Frage Nr. 77b, AfD-Fraktion

Unterpunkt 1, Woraus resultiert der starke Anstieg?

Pkt. 6, Details? Pkt. 8, Details? Pkt. 9 Details?

Frage Nr. 77c, FDP-Fraktion

Zu Nr. 1, 7 und 8: Bitte die Projekte genauer erläutern: Ziele, Herleitung der Budget-Ansätze, aktueller Projektstand, Laufzeit, Projektpartner.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54061 – Maßnahmen zur Förderung des Mobilitätsmanagements

Frage Nr. 78, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum waren Ausgaben 2018 und bis Juni 2019 gleich 0 Euro?

Hartmut Reupke (SenUVK) führt aus, man habe letztes Jahr einen Wohn- und Mobilitätskostenrechner in Betrieb genommen, wo jeder überlegen könne, was der Wohnort für Mobilitätskosten bedeute. Für die Pflege und Wartung fielen erst seit 2019 Kosten an, es müsse auch Weiterentwicklung betrieben werden, was im Ansatz für 2020/21 enthalten sei.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54071 – Leistungen zur vermessungstechnischen Erfassung des Berliner Straßennetzes

Frage Nr. 79a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es werden detaillierte Erklärungen erbeten.

Frage Nr. 79b, AfD-Fraktion

Aktueller Arbeitsstand? Aktueller Stand Erhaltungsmanagementsystem?

Michael Beer (SenUVK) schildert, die vermessungstechnische Erfassung des Berliner Straßennetzes sei die Voraussetzung dafür, Digitalisierungsprozesse in der Stadt aufzusetzen. Deshalb habe man den Straßenraum bereits 2014/15 digital erfassen lassen. Diese Daten seien über die Internetseite abrufbar und für jedermann öffentlich zugänglich. Sie sollten 2020 durch eine neue Befahrung aktualisiert werden. Im Abstand von fünf Jahren müsse eine Neu-erfassung erfolgen. Man habe ein Erhaltungsmanagementsystem aufgebaut, das im Moment mit den Bezirken abgestimmt werde und in einer Testphase laufe. Die Zustandsdaten seien die Grundlage für ein klassisches Erhaltungsmanagement. Weitere Ausschreibungen liefen, um dies zu finalisieren.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54072 – Leistungen zur Zustandsermittlung von Verkehrsflächen

Frage Nr. 80a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Inwieweit sind die Mittel 2020/21 ausreichend?

Wie erfolgt die Zusammenarbeit mit den Bezirken bei der Zustandserfassung der Wohn- und Anliegerstraßen zum Aufbau eines Erhaltungsmanagementsystems?

Frage Nr. 80b, AfD-Fraktion

Aktueller Arbeitsstand? Aktueller Stand Erhaltungsmanagementsystem?

Frage Nr. 80c, FDP-Fraktion

Wir bitten um einen Gesamtbericht zum Erhaltungsmanagement (u.a. Stand der Ist-Aufnahme geplante weitere Ausbauschritte, Zeitplan). In welchen weiteren Titeln sind Maßnahmen in Zusammenhang mit dem Erhaltungsmanagement veranschlagt? Wann liegt eine komplette aktuelle Übersicht über den Erhaltungszustand der Verkehrsflächen vor?

Michael Beer (SenUVK) teilt mit, dass er die wesentlichen Punkte zum Erhaltungsmanagementsystem bereits vorgetragen habe.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54080 – Leistungen des Regionalbahnverkehrs

Frage Nr. 81a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Bericht, warum trotz wachsender Stadt vergleichsweise geringe Anstiege der Ansätze vorgesehen sind?

Frage Nr. 81b, Fraktion der CDU

Ein detaillierter Bericht zur Ausgabensituation wird erbeten. Welche Prognosen, insbesondere bei der Fahrgastentwicklung liegen den Ansätzen zugrunde?

André Darmochwal (SenUVK) erläutert, Regionalverkehre hätten in der Regel lang laufende Verträge über 10 bis 15 Jahre. Nachfragegerechtes Nachsteuern des Bestellumfangs sei nur zum Vertragswechsel möglich. Zusätzlich werde ein Nachsteuern auch durch die Auslastung der neuralgischen Streckeninfrastrukturen, z. B. der Stadtbahn, die Zahl der verfügbaren Fahrzeuge und die Bahnsteiglänge in Brandenburg begrenzt. Mit der Vergabe des Netzes Elbe-Spree im Januar 2018 sei der Bestellumfang um 5 Mio. Zugkilometer erhöht worden, was im Haushalt noch nicht erkennbar sei, da die Betriebsaufnahme erst im Dezember 2022 stattfinden werde. Die Haushaltsbelastung 2022 werde gegenüber 2021 voraussichtlich um 27 Prozent steigen.

Man habe neun Verkehrsverträge im Regionalverkehr, die 2022 direkte Kosten für den Betrieb in Höhe von 57,5 Mio. Euro erzeugen würden. 2021 seien es 58,6 Mio. Euro. Hinzu kämen in beiden Jahren 3,3 Mio. Euro für Mehrleistungen, die man jetzt schon bestellt habe. Vertragscontrolling und Einnahmeaufteilung seien in jedem Jahr etwa 5,8 Mio. Euro. Infrastrukturnutzungsentgelte in Höhe von 55 und 56 Mio. Euro müssten gezahlt werden. Die Haushaltsbelastung mindernd kämen Fahrgelderlöse hinzu: 57 Mio. Euro 2020 und 59 Mio.

Euro 2021. Die Betriebskosten der Verträge würden in der Regel liniengenau durch Multiplikation der geplanten Betriebsleistungen mit vereinbarten Vertragspreisen ermittelt und dann anhand einer vertraglich vereinbarten Preisgleitklausel fortgeschrieben. Die Infrastrukturkosten würden auf Basis des veröffentlichten Trassen- und Stationspreissystems prognostiziert und gemäß ERegG mit 1,8 Prozent pro Jahr fortgeschrieben. Die Abschätzung der Erlöse beruhe auf den Prognosen der Verkehrsunternehmen und Schätzungen der Erlösansprüche auf Grundlage der VBB-Daten. Im Basisszenario werde für die Tarifiergiebigkeit eine jährliche Steigerung von 1,6 Prozent zugrunde gelegt.

Oliver Friederici (CDU) bittet um einen schriftlichen Bericht.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 54081 – Leistungen des S-Bahnverkehrs

Frage Nr. 82a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Bericht, warum trotz wachsender Stadt der Ansatz sinkt und dann vergleichsweise geringe Anstiege vorgesehen sind? Um welche Verpflichtungsermächtigungen handelt es sich?

Welcher Anstieg des Leistungsvolumens auf welchen Linien ist geplant?

Frage Nr. 82b, Fraktion der CDU

Ein detaillierter Bericht zur Ausgabensituation wird erbeten. Welche Bedarfe – insbesondere bezüglich Fahrgastentwicklung und Personalbedarf – liegen den Ansätzen zugrunde?

Frage Nr. 82c, FDP-Fraktion

Wir bitten um einen aktuellen Bericht mit einer Trennung der Ausgaben für Verkehrsleistung und Fahrzeugbeschaffung bei der S-Bahn.

André Darmochwal (SenUVK) berichtet, die Anmeldung 2020/21 beruhe auf einem anderen Prognosestand als im Haushalt 2018/19. Zum Zeitpunkt der Anmeldung für 2021 seien die Verkehrsverträge für die beiden Interimsvergaben abgeschlossen und das Kostenniveau bekannt gewesen, sodass die Kostenermittlung ziemlich exakt sei. 2018/19 hätten die Vertragskonditionen geschätzt werden müssen. Die Erlösschätzung habe sich ebenfalls weiterentwickelt. Die Fahrgastzahl sei höher als ursprünglich angenommen. Beide Effekte führten zu einer signifikanten Reduzierung der Ansätze. In den Folgejahren ab 2020 gebe es wieder einen Anstieg. Die VE 2020 über 1,59 Mrd. Euro diene der Absicherung der Vertragsabschlüsse für die Wettbewerbsverträge mit Altfahrzeugen in den Teilnetzen Stadtbahn und Nord-Süd. Es habe sie bereits im Haushalt 2018/19 gegeben. Sie sei noch einmal aufgenommen worden, um eine mögliche Verschiebung der Vertragsabschlüsse abzusichern. Die VE 2021 über knapp 5,8 Mrd. Euro diene der Sicherung der Vertragsabschlüsse für die geplanten Wettbe-

werksverträge mit Neufahrzeugen in den Teilnetzen Stadtbahn und Nord-Süd, die zwischen 2026 und 2045 zum Tragen kämen. Bei Neufahrzeugen sei das Volumen deutlich höher. Der Aufgabenträger bestelle bei der S-Bahn folgende Angebotsverbesserung: ab Dezember 2019 die Einführung von Hauptverkehrsverstärkern auf der S3, ab Oktober 2020 mit Inbetriebnahme des BER die Verlängerung der S9 und S 45.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass mehrere Fraktionen einen schriftlichen Bericht wünschten.

Henner Schmidt (FDP) bittet um Darstellung der Zahlen, ggf. in Tabellenform.

Titel 54083 – Leistungen für die öffentlichen Toilettenanlagen

Frage Nr. 83, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Bericht zum Ansatz für den Soforterwerb und den Investitionen in der Anschaffungsphase sowie zur stufenweisen Erhöhung der Versorgung mit Toilettenanlagen und den Verpflichtungserklärungen für die Folgejahre. Welche Fördermittel werden erwartet? Wird die erweiterte Versorgung verbindlich umgesetzt und in welchen Jahres-Schritten?

Welcher Anteil der Ansätze ist für den Betrieb und welcher für die Anschaffung der Toilettenanlagen vorgesehen? Wie hoch ist die gesamte Investitionssumme zur Anschaffung der Toilettenanlagen und in welchen Jahresscheiben werden diese für jeweils wie viele Toilettenanlagen werden diese fällig?

Welche Toiletten werden in welcher Summe über GRW-Mittel finanziert?

Welcher Versorgungsstand ist bislang im Haushaltsansatz für welches Jahr veranschlagt?

Warum wurde die Option für eine verbesserte Versorgungsstufe noch nicht in Anspruch genommen?

Danny Freymark (CDU) bittet, im Bericht ebenfalls darzustellen, welche Probleme und Hindernisse im Hinblick auf die Anschlüsse der einzelnen Toilettenanlagen bestünden und ob es einen genauen Zeitplan gebe.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54220 – Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr

Frage Nr. 84a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Für welche konkreten Maßnahmen wurden 2018 und 2019 welche Beträge verwendet?

Welche konkreten Maßnahmen mit welchen Kostenansätzen sind 2020 und 2021 geplant?

Bitte für die Jahre 2018 bis 2022 verausgabte bzw. geplante Kosten nach den einzelnen Verkehrsträgern (Regionalverkehr, S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn) aufgliedern.

Bitte um Bericht, warum sinkende Mittel eingestellt werden sowie zur Mittelverwendung in 18 und 19, insbesondere hinsichtlich Wiederaufbau Siemensbahn, S-Bahn(-Express) Nauen, Stammbahn, Straßenbahn Spandau (Entwicklungsband West)?

Welche Untersuchungen/Vorbereitungen laufen aktuell bzw. sind geplant, insbesondere hinsichtlich der aufgelisteten Vorhaben? Welche Schritte sind hier als nächste geplant? Wo sind ansonsten im Haushaltsentwurf Mittel für die vorbereitenden Maßnahmen Wiederaufbau Siemensbahn eingestellt?

Bitte um einen Sachstand zu dem jeweiligen Planungsstand der im Nahverkehrsplan vorgesehenen Straßenbahnneubaustrecken.

Frage Nr. 84b, Fraktion der CDU

Eine konkrete Darstellung der geplanten Maßnahmen wird erbeten.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass hierzu schriftlich berichtet werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54223 – Vorbereitungskosten für den Straßenbau

Frage Nr. 85a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche konkreten Entwicklungsgebiete sind gemeint? Woraus ergibt sich der geringere Ansatz in 2021 im Vergleich zu 2020?

Sind in diesem Titel auch Kosten für Machbarkeitsstudien zum Rückbau von überdimensionierten Projekten der autogerechten Stadt enthalten?

Bitte um Erläuterung des aktuellen Standes der Verkehrsplanung am Ende der BAB 100 in Treptow.

Wie können die Planungen zur TVO beschleunigt werden?

Bitte um Begründung des niedrigen IST in 2018 und 1.Halbj. 2019.

Frage Nr. 85b, FDP-Fraktion

Sind hier auch die Mittel für die Machbarkeitsstudie zur Überdeckung der A100 veranschlagt? Falls nicht, wo dann? Wie ist dabei die Abgrenzung zu den Ausgaben in EP 12, Kapitel 1220, Titel 54007 definiert? („Wiederaufnahme Bebauungsplanverfahren im Bereich Messe Nord und Autobahndreieck“)

Michael Beer (SenUVK) teilt mit, dass die Mittel für die Machbarkeitsstudie zur Überdeckung der A100 nicht in diesem Titel, sondern im Kapitel 0740 Titel 54027 veranschlagt seien. Er verweise auf Frage Nr. 132a.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, in dem schriftlichen Bericht zu Frage 85a auch auf folgende Frage einzugehen: Beinhaltet die Verkehrsplanung für den Abschluss der A100 am 16. Bauabschnitt ein Verkehrskonzept für die umliegenden Bereiche?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zu 85a schriftlich berichtet werde, der Bericht zu 85b gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54604 – Sächliche Ausgaben für zukunftsorientierte Entwicklungsmaßnahmen

Frage Nr. 86a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte einzelne Ansätze begründen.

Welche Maßnahmen wurden in 2018/2019 umgesetzt? Was ist 2020/2021 konkret geplant?

Frage Nr. 86b, Fraktion der CDU

Zurückstellen

Hartmut Reupke (SenUVK) schildert, es gehe um Ausgaben, die das Land Berlin für die Teilnahme an einem EU-Projekt beisteuern müsse, mit dem die Schienenwegsverbindungen nach Polen und ins Baltikum und die Verbindung nach Amsterdam verbessert werden sollten. Man habe keine konkreten Investitionskosten gehabt, sondern gemeinsam mit den Partnern Veranstaltungen durchgeführt, um die Beteiligten vom Bund, aus den Ländern, aus Polen und den Niederlanden zusammenzubringen und gemeinsam über Konzepte der Verbesserung und Anforderungen für den Ausbau der Schieneninfrastruktur nachzudenken. Die Elektrifizierung der Bahnstrecken zwischen Deutschland und Polen sei ein Ergebnis dieser Diskussion. Verbesserungen beim Güterverkehr seien ebenfalls ein Thema.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 66201 – Schuldendienst für Darlehen für den Schienenverkehr

Frage Nr. 87, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten.

Der **Ausschuss** stellt den Titel zur zweiten Lesung zurück.

Titel 68213 – Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten

Frage Nr. 88a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum werden hier nicht Sozial- und Jobticket aufgeführt?

Frage Nr. 88b, FDP-Fraktion

Titel bitte anhalten

André Darmochwal (SenUVK) antwortet, das Sozialticket sei keine verkehrliche, sondern eine sozialpolitische Aufgabenstellung. Er verweise auf Kapitel 1330 Titel 68213. Das Firmenticket werde zum 1. September als Arbeitgeberzuschussmodell eingeführt, das für das Land nicht mit Zuschüssen verbunden sei. Der Arbeitgeberzuschuss und die Mehrerlöse aufgrund von mehr Verkäufen würden die Rabattierung kompensieren. Das Risiko von Mindererlösen trügen die Verkehrsunternehmen. Deshalb sei hier kein Ansatz enthalten.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68228 – Zuschüsse zur Koordinierung, Vorbereitung und Umsetzung von Radverkehrsprojekten

Frage Nr. 89a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Bericht zum Wirtschaftsplan, Stellenbesetzung, Mittelverwendung und konkret geplanten Projekten der InfraVelo. Welche konkreten Projekte werden in 2020/2021 umgesetzt?

Wie ist die Gehaltsstruktur der InfraVelo GmbH im Vergleich zu vergleichbaren Stellen des Landes Berlin und der Bezirke?

Warum so weitreichende Verpflichtungsermächtigungen?

Welche bezirklichen Projekte wurden und werden übernommen?

Frage Nr. 89b, Fraktion der CDU

Es wird ein detaillierter Bericht zu den geplanten Projekten erbeten

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68229 – Zuschuss an die VELO GmbH

Frage Nr. 90a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten.

Bitte aufteilen in Sach- und Personalmittel.

Frage Nr. 90b, Fraktion der CDU

Zurückstellen

Frage Nr. 90c, FDP-Fraktion

Wir bitten um einen Bericht zur Velo GmbH, insbesondere zu bewilligten und besetzten Stellen und bisher durchgeführten Projekten. Außerdem wünschen wir für die vergangenen Jahre seit Gründung eine jährliche Übersicht jeweils zu den Kosten des Geschäftsbetriebs der GmbH, den investierten Mitteln und den Mitteln für vergebene externe Dienstleistungen.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68235 – Zuschuss an die Deutsche Bahn AG aus Finanzierungsvereinbarungen für Neubauvorhaben

Frage Nr. 91, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Projektliste, Erläuterung und Übersicht der geplanten Neuzugänge an S-Bahnstationen mit Stand, sowie Liste von vorgesehenen Planungsmaßnahmen in 2020 und 21 sowie Bericht zur Mittelverwendung in 2018 u 19. Wie gliedern sich der Gesamtansatz und die VE auf die einzelnen Planungsvorhaben auf? (Bitte auch Projekte von i2030 bitte einzeln darstellen.) Welche Zuschüsse wurden in 2018 und 2019 auf Grundlage welcher Finanzierungsvereinbarungen geleistet?

Für welche konkreten Neubauvorhaben und i2030-Maßnahmen sowie Bahnhofsverschönerungen, (Zugänge/Aufgänge) werden die Planungskosten finanziert? Konkreter Zeit- und Kostenplan erwünscht.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68353 – Maßnahmen zur Förderung eines öffentlichen Leihfahrradsystems

Frage Nr. 92a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Bericht, wie lange Betreiber noch den Zuschuss zur Deckung der Betriebskosten erhält und welche Einnahmen der Betreiber erzielt. Wann erfolgt endlich die großflächige Ausweitung auf Bezirke außerhalb des S-Bahnringes (verbindliche Vorgabe des Mobilitätsgesetzes)?

Welche Überlegungen zur Ausweitung des Angebots außerhalb des S-Bahn-Rings bestehen? Welche Planungen verfolgt der Senat für die Zeit nach Auslaufen des Vertrages?

Frage Nr. 92b, FDP-Fraktion

Welche Laufzeit hat der aktuelle Vertrag zum Aufbau eines Leihfahrradsystems in Berlin?

Wie erklärt sich die Verpflichtungsermächtigung von 4,5 Mio. € vor dem Hintergrund des Titelsatzes in 2021?

Welche Verpflichtungen insbesondere zur zu versorgenden Fläche, Anzahl der Räder und Stationen sieht der Vertrag vor? Welche Regelungen zu Erstattungen wurden vereinbart, sollten die Verpflichtungen nicht eingehalten werden?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) legt dar, der Vertrag mit Nextbike sei 2016 mit einer Laufzeit von fünf Jahren und einer Verlängerungsoption von drei Jahren geschlossen worden. Der Betreiber erhalte den Zuschuss noch für die Laufzeit bis Ende 2021 und ggf. noch einmal drei Jahre länger. Dafür werde Vorsorge getroffen. Die Einnahmen aus Nutzungsentgelten, Erwerb von Systemzugängen und Sponsoringverträgen würden in erster Linie zur weiteren Verdichtung und Ausweitung des Fahrradverleihsystems genutzt. Nextbike sei im April Testsieger bei der Stiftung Warentest geworden. Der Vertrag von 2016 regle das aktuelle Bediengebiet. Kerngebiet sei innerhalb des S-Bahnringes. Eine Ausweitung auf Teile außerhalb des S-Bahnringes erfolge schon jetzt im Rahmen der Möglichkeiten des Vertrages. Ein flächendeckendes Angebot wäre evtl. für eine Neuausschreibung nach 2021 zu regeln. Der Vertrag verpflichte die Firma zum Betrieb von 5 500 Leihfahrrädern und zur Errichtung von 725 Standplätzen für Leihstationen mit jeweils 10 bis 20 Rädern. Nextbike habe die 725 Standorte identifiziert und Anträge bei den Bezirken eingereicht. Etwa 280 bis 300 Standorte seien bereits genehmigt worden, davon lägen etwa 30 bis 40 in den äußeren Bezirken. Der Auftragnehmer habe seine Leistungen erbracht, auch wenn der Vertrag erst mit Genehmigung durch die Bezirke vollständig umgesetzt werden könne. Erstattungsbeträge für Verletzungen von Vertraulichkeitsvereinbarungen, beim Mindestlohn, bei zugesicherten Terminen und Fristen und beim Rückbau am Ende der Vertragslaufzeit seien festgelegt.

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, bis wann über eine Vertragsverlängerung zu entscheiden sei.

Henner Schmidt (FDP) schließt die Frage an, was passiere, wenn die vorgesehene Anzahl von Stationen nicht erreicht werde, weil nicht alle genehmigt würden.

Danny Freymark (CDU) äußert Bedauern, dass die Außenbezirke bis 2023 wahrscheinlich keine Priorität genossen. Auf welche Zahl wolle der Senat in den Außenbezirken kommen, und was könnte bis 2023 noch für eine flächendeckende Verteilung getan werden?

Daniel Buchholz (SPD) befürwortet die Expansion in die Außenbezirke. Die Genehmigungsverfahren in den Bezirken dauerten teilweise viel zu lange. Trotz erheblicher öffentlicher Investitionen stehe Berlin bei der Umsetzung schlecht da. Warum werde vor dem Bau von Stationen nicht verstärkt auf temporäre Haltemöglichkeiten gesetzt?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) führt aus, die Sondernutzung müsse in den Bezirken beantragt werden. Er würde schnellere Verfahren in den Bezirken begrüßen, allerdings gebe es in der wachsenden Stadt auch Flächenkonkurrenzen. Er widerspreche dem Eindruck, dass der Senat den Außenbezirken keine Priorität einräume. Der Vertrag gehe über den Innenstadtbereich hinaus. Genehmigungen fänden in den äußeren Bezirken nicht so schnell und umfangreich statt. Eine konkrete Zahl sei nicht vorgegeben. Das Mobilitätsgesetz habe das Ziel, die Außenbezirke in allen Bereichen der Mobilität besser anzuschließen. Insofern werde man überlegen, wie man dies bei den Mietfahrrädern besser hinbekomme. Das Thema sollte im Laufe des nächsten Jahres intern so weit diskutiert sein, dass man in weitere Verhandlungen oder notfalls in eine Neuausschreibung gehen könne, was im Moment offen sei. Weitere Ansprüche, falls 2021 oder drei Jahre später nicht alles da sei, sehe er nicht, weil Nextbike alles abgearbeitet habe, was im Vertrag verlangt worden sei.

Danny Freymark (CDU) bittet um einen schriftlichen Bericht, der auch folgende Fragen beantworte: Welchen Zeitplan gebe es hinsichtlich der einzelnen Fahrradstationen bzw. Standorte zum Ausleihen von Fahrrädern? Inwieweit sei man – auch angesichts der Verpflichtungsermächtigung – an den Ansatz von 1,5 Mio. Euro gebunden? Sei dies ein vertraglicher Bestandteil oder könne der Betrag auch niedriger sein, wenn die Außenbezirke nicht berücksichtigt seien, bzw. höher, um sicherzustellen, dass sie berücksichtigt würden?

Harald Laatsch (AfD) wünscht darüber hinaus Ausführungen, was der Senat konkret unternehme, damit sich das Thema in den Außenbezirken durchsetze.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68357 – Förderung des Wirtschaftsverkehrs

Frage Nr. 93, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte zum Stand Förderprogramm Lastenräder berichten, welche Fördermittel wurden in den Vorjahren für die Beschaffung von Lastenrädern ausgegeben?

Wie viele Anträge über welche Fördersumme wurden gestellt? Wie viele mit welcher Fördersumme wurden abgelehnt und wie viele bewilligt? Wie viele Anträge und Bewilligungen mit welchen Fördersummen erfolgten durch natürliche und wie viele durch juristische Personen? Wie viele von Privaten und wie viele für gewerbliche Nutzung? (bitte nach Fördersumme und Unternehmensgröße aufschlüsseln) Wie viele gewerblich, beziehungsweise privat genutzte Lastenräder konnten bisher finanziert werden?

Warum erfolgt eine anteilige Förderung von Lastenrädern auch für die private Nutzung? Wie wird die gemeinschaftliche Nutzung bei Privaten sichergestellt und kontrolliert? Wie lange darf das Lastenrad nicht weiterverkauft werden?

Wodurch ist angesichts der niedrigeren Ist-Zahlen der zusätzliche Bedarf nachgewiesen?

Vorsitzender Oliver Friederici teilt mit, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68365 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg GmbH

Frage Nr. 94, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Aufgabenerweiterungen fanden statt?

André Darmochwal (SenUVK) verweist darauf, dass der VBB wegen Ablaufs der Betriebsgenehmigung des Europa-Hochhauses ausziehen müsse und bei einem neuen Mietvertrag mit höheren Kosten zu rechnen sei. Auch die Umzugskosten würden relativ hoch sein. Die Implementierung von Services in Bezug auf barrierefreie Auskünfte in die VBB-Fahrrinfodienste sei als Aufgabe hinzugekommen.

Oliver Friederici (CDU) begrüßt, dass der Senat anerkenne, dass für den VBB mehr Geld ausgegeben werde, nachdem ein früherer Finanzsenator den Betrag habe halbieren wollen.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Harald Moritz (GRÜNE) beantragt Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 72005 – Umbau und Kapazitätserweiterung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB)

Frage Nr. 95a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Welche Maßnahmen wurden bisher und werden 2020 und 2021 umgesetzt?

Frage Nr. 95b, Fraktion der CDU

Ein detaillierter Bericht wird erbeten. Wie leiten sich die erhebliche Erhöhung der Gesamtkosten her? Aus welchen Gründen erfolgt eine Konzentration auf den bestehenden ZOB und keine Planung für einen zweiten Omnibusbahnhof?

Vorsitzender Oliver Friederici teilt mit, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 72016 – Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr
in Verbindung mit

Titel 52108 – Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

**Titel 68228 – Zuschüsse zur Koordinierung, Vorbereitung und Umsetzung von
Radverkehrsprojekten**

Titel 68229 – Zuschuss an die VELO GmbH

**Titel 89116 – Zuschüsse an die VELO GmbH zur Durchführung von investiven
Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radwegeinfrastruktur**

Frage Nr. 96a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, einschließlich der deckungsfähigen Titel (52108, 52609, 68228, 68229, 89116), Bitte um Bericht

Woraus ergibt sich der der höhere Ansatz in 2020 im Vergleich zu 2019?

Woraus erklärt sich der geringere Ansatz 2021 zu 2020?

Wie viele eingegangene Verpflichtungen in 2018 und 2019?

Könnten hierfür auch SIWANA-Mittel genutzt werden?

Bitte um Bericht zu vorgesehenen Maßnahmen.

Wo sind Fahrradabstellanlagen geplant? Wann sollen sie realisiert werden?

Welche Mittelansätze sind für Fertigstellung Havel- und der noch nicht fertiggestellten Teilabschnitte des Spreeradwegs auf Berliner Gebiet vorgesehen? Welche für weitere Fernradwege? Welche Zeitfristen sind für die Beantragung der GWR-

Fördermittel einzuhalten? Wie hoch wird die Kofinanzierung durch das Land Berlin je Radwegvorhaben jeweils sein? Sind die Ansätze jeweils auskömmlich, um die schnellstmögliche Fertigstellung des Spreeradweges gemäß Beschluss 18/0841 sicher zu stellen? Adressieren die Ansätze notwendige personelle Kapazitäten in bezirklichen Straßen- und Grünflächenämtern zur Aufstellung bzw. Vergabe von Planungsleistungen sowie Engpässe bei der BPU-Prüfbehörde und der Verkehrslenkung Berlin, siehe Drs. 18/11573? Sind in den Ansätzen zur Fertigstellung des Spreeradwegs auf Charlottenburger und Spandauer Gebiet auch Brückenneubauten enthalten?

Welche Mittelansätze sind für den Radwegneubau Heerstraße vorgesehen?

Frage Nr. 96b, Fraktion der CDU

Welche konkreten Planungen liegen den erhöhten Ansätzen zugrunde? Es wird ein detaillierter Bericht erbeten.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Titel 72018 – Verbesserung der Umsteigebeziehungen im ÖPNV

Frage Nr. 97, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche konkreten baulichen Veränderungen beinhaltet der Titel?

Warum betragen das IST 2018 und das IST 06/2019 jeweils 0 Euro?

Welche Projekte sind für 2020/2021 geplant und wie werden die Orte ermittelt? Wie wird die Ausschöpfung des Titels künftig sichergestellt?

Vorsitzender Oliver Friederici teilt mit, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 72019 – Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen

Frage Nr. 98, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Wie viele Bushaltestellen lassen sich mit dem Ansatz 2020 und 2021 barrierefrei ausbauen?

Ist mit den vorgesehenen Ansätzen 2020 und 2021 die barrierefreie Umgestaltung der 6.500 Berliner Bushaltestellen möglich?

Aus welchem Titel wurde bisher die Ausrüstung mit Kasseler Borden finanziert?

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 72020 – Verbesserung der Infrastruktur für den Fußverkehr

Frage Nr. 99, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Welche konkreten investiven Maßnahmen sind im Einzelnen vorgesehen?

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 81211 – Einführung und Weiterentwicklung eines Qualitäts- und Managementsystems für den Straßenverkehr in Berlin

Frage Nr. 100a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was sind umweltorientierte Hotspots? Bitte um Erläuterungen zu den Vorhaben und Bericht zu den bisherigen Ergebnissen und Auswirkungen aus IQmobility.

Frage Nr. 100b, FDP-Fraktion

Wir bitten um einen Bericht zu IQmobility (methodischer Ansatz, Ziele, Projektplan). Was sind „umweltorientierte HotSpots“ (Beispiele?)?

Michael Beer (SenUVK) berichtet, mit dem Projekt „IQmobility“ könnten Verkehrs- und Umweltdaten so verknüpft werden, dass man bei der Verkehrssteuerung über LSA darauf reagieren könne. Dies habe in der Leipziger Straße zum Erfolg geführt. Ein Folgeprojekt sei in der Invalidenstraße umgesetzt worden. Über Zuflussdosierung und Alternativroutensteuerung solle der Hotspot mit hohen Umweltbelastungen entlastet werden, indem Verkehrsstauungen vermieden würden. Dafür sei eine Menge an Technik notwendig. Man müsse die Menge und Zusammensetzung des Verkehrs betrachten und mit den Umweltwerten abgleichen.

Henner Schmidt (FDP) erkundigt sich, welche weiteren Hotspots angegangen würden.

Michael Beer (SenUVK) antwortet, weitere Standorte würden auf Grundlage des Luftreinhalteplans ausgewählt. Man sei noch nicht auf eine konkrete Maßnahme fixiert.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 81212 – Aufbau eines gemeinsamen Verkehrsinformations- und -steuerungssystems für die Region Berlin/Brandenburg

Frage Nr. 101, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Teilplanungsunterlagen liegen seit 2010 vor. Warum erfolgt der Systemsaufbau erst jetzt bzw. wird erst jetzt fortgesetzt?

Michael Beer (SenUVK) führt aus, das Steuerungssystem in der Region gebe es schon seit geraumer Zeit. Man stehe mit den Kollegen in Brandenburg in intensivem Austausch. Im Rahmen der Verkehrsmanagementzentrale, der Verkehrsinformationszentrale seien viele Dinge gemeinsam abgebildet. Für den Südostraum, insbesondere mit Blick auf den BER, sei seit 2012 entsprechende Vorsorge getroffen. Darüber hinaus solle rund um Berlin Zu- und Abfluss über mehr Verkehrsinformationen abgedeckt werden. Zurzeit sei man beim Aufbau.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 81214 – Umsetzung eines Konzeptes zur Verkehrsorganisation des Reisebusverkehrs

Frage Nr. 102a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Vorstellung des Konzeptes. Für wann ist die Umsetzung geplant? Warum wurde die letzten beiden Jahre nichts gemacht?

Frage Nr. 102b, Fraktion der CDU

Was ist der konkrete Inhalt des Konzeptes? Aus welchen Gründen ist eine Konzeption erforderlich? Durch wen erfolgt die Erstellung des Konzeptes?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) schildert, angesichts der Parksituation an der Museumsinsel und am Humboldtforum sei ein Konzept erforderlich gewesen, um den Reisebusverkehr in der Innenstadt zu kanalisieren. Dieses sei weitgehend erstellt und mit den Repräsentanten von Museumsinsel und Humboldtforum abgestimmt. Die Reisebusse sollten auf der Nordseite der Rathausstraße im öffentlichen Straßenland neu anzuweisende Haltestände zum Ein- und Aussteigen anfahren und dann voraussichtlich in der Straße des 17. Juni und/oder Altonaer Straße parken. SenUVK sei mit dem Bezirk Mitte in der Abstimmung. Zu klären sei noch, wie mit Taxiständen und Behindertenparkplätzen umgegangen werde. Mit einer finalen Vereinbarung rechne er in den nächsten Wochen. Aufgrund personeller Engpässe in den zuständigen Ämtern habe die Umsetzung des Reisebuskonzeptes in der Vergangenheit kaum bewegt werden können, aber glücklicherweise sei man da inzwischen weiter.

Oliver Friederici (CDU) fragt, inwieweit die Reisebusunternehmen mit der Erstellung des Konzeptes befasst seien, wie sie sich einbrächten oder ob dies gar nicht geplant sei.

Dr. Michael Efler (LINKE) schließt die Frage an, ob Vorgaben für die Reisebusunternehmen im Rahmen der Konzepterstellung geprüft würden, z. B. Emissionsniveau, Antriebsart.

Kristian Ronneburg (LINKE) erkundigt sich, ob zutreffe, dass Reisebusunternehmen beim Senat bereits einen Katalog für feste Haltestellen eingereicht hätten, der noch geprüft werde.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) antwortet, die Reisebusunternehmen seien noch nicht eingebunden. Zunächst wolle man das Konzept fertigstellen, das die Situation der parkenden Fahrzeuge und der zu Fuß Gehenden erleichtern solle.

Hartmut Reupke (SenUVK) ergänzt, mit auswärtigen Reisebusunternehmen könne man das Konzept nicht absprechen, dies müsse über die Anrainer von Museumsinsel und Humboldtforum geschehen, weil sie den Kontakt zu den Besuchern hätten. Über die bestehenden Vorgaben hinaus könne man keine weiteren Vorgaben machen. Die Stadtrundfahrtunternehmen hätten zusammen mit der IHK Vorstellungen entwickelt, bei der Konkretisierung brächen sie jedoch immer wieder weg, weil sie viele Freiheiten haben wollten. SenUVK sei nicht bereit, dies zu unterstützen. Deshalb gebe es im Moment keine Vereinbarung.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 81216 – Zusammenführung und Aufbau der Integrierten Verkehrsleit- und Informations-Zentrale (IVLIZ)

Frage Nr. 103, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gibt es inzwischen ein Konzept oder soll das erst noch erstellt werden?

Michael Beer (SenUVK) berichtet, im Hinblick auf die vielen Verkehrszentralen solle ein integrierter Ansatz verfolgt werden. Wichtig sei, die Datengrundlagen zu harmonisieren und für alle Beteiligten verfügbar zu machen. Die räumliche Zusammenführung sei nachrangig. In der nächsten Phase solle die Zusammenführung aller Verkehrsdaten realisiert werden.

Harald Moritz (GRÜNE) fragt, weshalb dafür ein eigener Titel eingerichtet werde und ob die Zusammenführung 2021 abgeschlossen sei.

Michael Beer (SenUVK) antwortet, da man mit dem Ansatz der räumlichen Zusammenführung gestartet sei, habe man einen eigenen Investitionsansatz gewählt. Angesichts der Überschneidungen könne man die Titel perspektivisch zusammenführen.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 81217 – Aufbau und Betrieb eines berlinweiten Veranstaltungskalenders

Frage Nr. 104a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Begründung der Höhe des Ansatzes und der VE sowie Darlegung des Konzeptes.

Welchen Mehrwert hat dieser Veranstaltungskalender im Vergleich zur aktuellen Handhabung?

Frage Nr. 104b, AfD-Fraktion

Details? Was soll hier entstehen? Warum so teuer?

Michael Beer (SenUVK) schildert, es gebe häufig konkurrierende Flächenanforderungen von Veranstaltungen, sodass man besser koordinieren müsse. Die Koordination laufe Moment bei den Bezirken; viele Veranstaltungen kämen kurzfristig. Die Belegung von Flächen müsse frühzeitig identifiziert werden. Viele Beteiligte seien daran interessiert, einen kompletten Überblick zu erlangen und ihre Planungen auf die Veranstaltungen auszurichten. Deshalb sei verabredet, mit den Veranstaltern und Bezirksämtern eine gemeinsame Plattform zu bilden, auf der diese Informationen hinterlegt würden.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 81218 – Aufbau und Betrieb eines digitalen Testfelds für automatisiertes und vernetztes Fahren

Frage Nr. 105a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Bericht zum Konzept und zur Zeitplanung.

Was beinhaltet die Entwicklung eines digitalen Testfeldes im Einzelnen?

Frage Nr. 105b, Fraktion der CDU

Welche konkreten Sachstand hat das Projekt derzeit und welche Planungen bestehen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021?

Michael Beer (SenUVK) legt dar, das größte digitale Testfeld befinde sich nördlich vom Kurt-Schumacher-Platz, wo im Rahmen eines Projektes mit dem BMVI Bausteine zum automatisierten Fahren erprobt würden. Es seien Informationsstellen aufgebaut worden, die Informationen aus den LSA zu den Ampelphasen zur Verfügung stellten. Informationen der Fahrzeuge würden über Roadside-Units in die Zentralen überspielt. Man habe eine Vielzahl ergänzender Informationen aus dem fließenden Verkehr. Mehr Informationen gebe es auf der Testfeldseite testfeld-berlin.de. Ein weiteres Testfeld sei am Tegeler Hafen, wo man ein au-

tomatisiertes Fahrzeug auf die Straße gebracht habe. Es gebe weitere Erprobungsfelder, wo unterschiedliche Ansätze erprobt würden.

Marion Platta (LINKE) fragt, ob es sich um landeseigene Fahrzeuge oder Fahrzeuge von Vertragspartnern handele.

Michael Beer (SenUVK) antwortet, am Kurt-Schumacher-Platz seien es Fahrzeuge von Forschungspartnern. Es gebe ein Fahrzeug des Landes Berlin, ein Fahrzeug vom Bezirksamt Reinickendorf sowie Fahrzeuge der BVG. Am Tegeler Hafen sei ein Fahrzeug unterwegs, das die BVG gemietet habe.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet um einen schriftlichen Bericht mit allen Details, die vollzogen würden und geplant seien.

Oliver Friederici (CDU) fragt, ob es vier oder fünf Testgebiete gebe.

Michael Beer (SenUVK) erläutert, vom Land Berlin würden zwei Testgebiete am Kurt-Schumacher-Platz und am Tegeler Hafen betrieben. Darüber hinaus gebe es eine Reihe von Forschungsprojekten, z. B. Testfelder in Mitte, Kaulsdorf und Adlershof.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass über alle Testfelder schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 81219 – Aufbau und Betrieb einer barrierefreien Leit- und Informations-App

Frage Nr. 106a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Warum Null Euro Mittelabfluss in den letzten beiden Jahren? Welche Änderungen wurden an dem Konzept vorgenommen?

Unterschied zu im Titel 54010 Punkt 20 veranschlagter VBB-App? Unterschied zu Jelbi-App? Welchen Mehrwert hat diese App zu bereits bestehenden Apps (BVG, Jelbi, VBB)? In wie weit wird bei dieser App mit dem Aufbau der Mobilitätsplattform der BVG und des VBB kooperiert und diese integriert?

Frage Nr. 106b, FDP-Fraktion

Wie begründet sich der Bedarf für eine solche App, insbesondere angesichts anderer Anbieter im Markt (einschließlich der BVG)? Welche Funktionalitäten soll die App umfassen?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) legt dar, der Senat plane eine verkehrsmittelübergreifende Mobilitätsalternative, die anbieterunabhängig und verkehrsmittelneutral Informationen für Endnutzer darstelle. Anfangs hätten Personalressourcen gefehlt; die habe man jetzt aufgebaut. Es gebe bereits intensive Absprachen und Vorplanungen mit dem VBB und der BVG. Die VBB-App sei ein spezifisches Produkt zur Erhöhung der sicheren Mobilität durch

selbstständige Orientierung von Blinden und Sehbehinderten durch Sprachbegleitung. Die Jelbi-App sei auf den jeweiligen Mobilitätshub begrenzt und habe nur bestimmte Anbieter. Die geplante App solle umfassender sein und werde auch Informationen zur Verkehrslage, zu Störungen, zur Gefahrensituation und zu Baustellen enthalten sowie Mietwagenanbieter einbinden. Zu größeren Veranstaltungen werde es nutzergruppenspezifische Verkehrsinformationen geben. Die Gelder werde man in diesem Jahr entsprechend abfließen lassen können.

Henner Schmidt (FDP) fragt, wie der Staatssekretär Anbieter, die sich bei der BVG weigerten, auf die Plattform bekommen wolle und wie die notwendige Masse an Nutzern erreicht werden könne.

Harald Laatsch (AfD) schließt die Frage an, über welche Kompetenzen der Senat verfüge, dass er sich in der Lage glaube, eine solche App zu installieren.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet um Auskunft, ob Verträge mit Dritten abgeschlossen worden seien, wenn ja, welche und mit wem, und ob es Vereinbarungen über den Verbleib von Daten gebe.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) schildert, DriveNow, car2go u. a. seien nicht Teil der Mobilitätshubs der BVG, sodass man bei entsprechender Nachfrage der Nutzenden davon ausgehe, dass sich auch solche Firmen an der App beteiligten.

Michael Beer (SenUVK) ergänzt, Ziel sei eine gute Vernetzung und Bereitstellung der verschiedenen Informationen, was über Jelbi hinausgehe. Mit der Vielzahl und Qualität der Informationen könnten auch zusätzliche Nutzer gewonnen werden. Verträge mit Dritten gebe es zurzeit noch nicht.

Hartmut Reupke (SenUVK) versichert, dass man kompetente Mitarbeiter/-innen für diese Aufgabe akquiriert habe.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 81220 – Maßnahmen zur Umsetzung von Verkehrslösungen im straßengebundenen Verkehr (Masterplan Verkehrstelematik)

Frage Nr. 107, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um detaillierten Bericht zu Konzept, geplanten Maßnahmen mit jeweiligen Kostenansätzen sowie um Übersendung des Masterplans „Mobilität 4.0 – IVS Strategie Berlin“.

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet um einen schriftlichen Bericht.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend und stellt den Titel zur zweiten Lesung zurück.

Titel 81221 – Verkehrliche Maßnahmen zur lufthygienischen Verbesserung

Frage Nr. 108, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte Bericht zur Mittelverwendung der Vorjahre und detaillierte Aufschlüsselung der Maßnahmenplanung für 20 und 21. Inwieweit sind Mittel von 1 Mio € auskömmlich für die Vielzahl an Streckenabschnitten nach Urteil VG? Sind Maßnahmen der Parkraumbewirtschaftung hier mit erfasst und wenn nein, wo sind diese sonst im HH Plan vorgesehen und in welcher Höhe?

Bitte um Bericht wie die geplante Summe konkret zustande kommt.

Bitte um Bericht über die Erkenntnisse zur lufthygienischen Verbesserung durch Verkehrsverstetigung und Tempo 30.

Michael Beer (SenUVK) bestätigt, dass der Titelansatz auskömmlich sei. Für fünf Teststrecken habe man bisher rund 800 000 Euro ausgegeben. Nach dem Luftreinhalteplan gehe es um weitere Strecken, die allerdings kürzer seien, sodass man dort weniger Maßnahmen treffen müsse. Für die Umprogrammierung der LSA würden rund 500 000 Euro angesetzt, für die Anschaffung und den Betrieb von technischer Infrastruktur rund 300 000 Euro, für Messfahrten und Fahrprofile rund 150 000 Euro sowie für Luftmessbusdaten rund 50 000 Euro.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

Frage Nr. 109, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht:

Bitte um Bericht: Wie viele Dialogdisplays können und sollen für diesen Betrag angeschafft werden? Warum ist nichts ausgegeben worden? Wie viele wurden 2018/19 angeschafft? Wer nutzt diese? Für welche Bezirke / Einsatzorte sind die weiteren Dialog-Displays vorgesehen? Kosten pro Dialog-Display? Werden diese weiterhin den Bezirken übergeben?

Hartmut Reupke (SenUVK) führt aus, Dialogdisplays könnten von den Bezirken zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Straßennetz aufgestellt werden. Diese seien in der Vergangenheit umfassend finanziert worden. 2018 habe es eine Neuausschreibung gegeben. Bei der Vorbereitung sei deutlich geworden, dass man sich intensiver mit den Betriebskosten und der Wartung der Geräte auseinandersetzen müsse. Deshalb habe es 2018 keine Ausgaben gegeben. Die Ausschreibung habe ergeben, dass man ca. 5 000 Euro pro Dialogdisplay benötige, sodass man zehn Dialogdisplays pro Jahr anschaffen und je nach Anforderung aus den Bezir-

ken zur Aufstellung weitergeben könne. Wartung und Instandhaltung blieben weiter bei den Bezirken.

Harald Moritz (GRÜNE) spricht an, dass für die Luftreinhaltestrecken auch Dialogdisplays aufgestellt worden seien. 2018 seien offenbar keine angeschafft worden. Wie viele Bezirke hätten im letzten Haushalt Dialogdisplays bestellt? Habe die Nachfrage erfüllt werden können, oder gebe es über die 50 000 Euro hinaus weitere Wünsche?

Hartmut Reupke (SenUVK) antwortet, 2018 seien angesichts der Ausschreibung keine bestellt worden. Die Dialogdisplays an den Luftreinhaltestrecken seien von den Bezirken aufgestellt worden. In der Vergangenheit habe es Probleme mit der Finanzierung der Wartung gegeben. Deshalb seien bisher nicht mehr Bestellungen erfolgt, als man habe realisieren können. Ob dies künftig so sein werde, wenn das Thema Wartung geklärt sei, müsse man sehen.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 88101 – Anteil Berlins an der Vorbereitung und Durchführung von Verkehrswegebaumaßnahmen des Bundes

Frage Nr. 110, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie weit sind die Planungen zur Ortsumgehung Ahrensfelde?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) berichtet, die Verwaltungsvereinbarung zwischen SenUVK und MIL sei in diesem Monat ans BMVI zur Zustimmung gegangen. Ziel sei, das Planfeststellungsverfahren nach Zustimmung Mitte 2020 weiterzuführen. Der Baubeginn sei vom Verlauf des Planfeststellungsverfahrens und der Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses abhängig. Der Anteil Berlins in Höhe von 6 Mio. Euro sei als VE veranschlagt.

Kristian Ronneburg (LINKE) geht davon aus, dass Berlin und Brandenburg erst einmal ihre Hausaufgaben gemacht hätten und nun auf den Bund warteten.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) bestätigt dies.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für die Straßenregenentwässerung

Frage Nr. 111, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht:

Anforderung eines allgemeinen Berichts zur Mittelverwendung in 18 u 19 und geplante Mittelverwendung.

Bitte um detaillierte Aufschlüsselung der Maßnahmen für das Trenn- und das Mischsystem?

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 89102 – Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs

Frage Nr. 112a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wodurch erklärt sich der geringere Ansatz in 2021 im Vergleich zum deutlich höheren Ansatz in 2020?

Zu 1.S-Bahn:

Bitte den Punkt i2030 bezüglich der einzelnen Maßnahmen genau aufschlüsseln

Gesamtkosten der S21 DHH 18-19: 164 Mio€, vs. DHH 265 Mio – Bitte Unterschied erklären

Bericht zu S-Bahnhöfen, Zugänge und Ausgänge -konkrete Planungen

Zu 2. U-Bahn:

Bitte um Beschreibung des Punktes „Netzqualifizierung U-Bahn“.

Bericht zu U-Bahnhöfen – Stand barrierefreier Ausbau

Zu 3. Straßenbahn: Bitte um Beschreibung des Punktes „Netzqualifizierung Straßenbahn“.

Bitte um detaillierten Stand der Planungen und weiteren Zeitplanung der Straßenbahnprojekte. Wieviel Personalstellen stehen für die Planung zur Verfügung?

zu 4. Sonstige Maßnahmen:

„Busbeschleunigung“: Die Summe der einzelnen Kosten b) c) d) e) stimmt nicht mit den Gesamtkosten unter a) überein. Wie kommt das?

Wie viele Busbeschleunigungsmaßnahmen lassen sich mit 500.000 Euro umsetzen? Wie viele wurden in den letzten 2 Jahren umgesetzt? Wie viele sind gegenwärtig in Arbeit? Wie viele sind beabsichtigt, in den nächsten zwei Jahren umzusetzen? Bitte um Erläuterung geplanter Maßnahmen.

E-Busladeinfrastruktur: Welcher Ausbau soll erfolgen und wie ist der weitere Ausbau geplant? Was wird konkret mit der Invest-Summe von 308 Mio. Euro finanziert?

Frage Nr. 112b, Fraktion der CDU

zurückstellen

Frage Nr. 112c, AfD-Fraktion

Pkt. 4 Sonstige Maßnahmen: Busbeschleunigung und E-Busladeinfrastruktur. Detaillierter Bericht, insbes. zur E-Busladeinfrastruktur

Frage Nr. 112d, FDP-Fraktion

Zu 1. S-Bahn:

Wird der Bau des Bahnhofs Perleberger Brücke in diesem Doppelhaushalt begonnen oder vorbereitet? Wenn nein, warum nicht?

Zu 2. U-Bahn:

Welche Grundinstandsetzungen im West- und Ostnetz sind jeweils geplant?

Was konkret ist unter „Netzqualifizierung“ geplant?

Welche Mittel sind für Machbarkeitsstudien und Planungsleistungen veranschlagt für

a) Verlängerung der U1 am östlichen und westlichen Ende,

b) der U8 ins Märkische Viertel sowie

c) der U7 am südlichen Ende nach Schönefeld/ BER und am nördlichen Ende zum Flughafen Tegel?

zu 3. Straßenbahn:

Wann steht die Trassenführung für die Verlängerung der M10 zum Herrmannplatz fest?

Welche Studien liegen der Entscheidung für den Bau einer Straßenbahn im Blankenburger Pflasterweg zugrunde? Inwieweit wird diese den ÖPNV-Bedarf des Neubaugebietes Blankenburger Süden decken können?

Wie ist der Stand der Planung der Strecke Mierendorfplatz – Flughafen Tegel?

Zu 4. sonstige Maßnahmen:

Welche konkreten Maßnahmen sind bei der E-Busladeinfrastruktur geplant? Welche Standorte wurden ausgewählt? Welche Technik wird eingesetzt?

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 89110 – Vorbereitung und Durchführung von Brückenbaumaßnahmen der Deutschen Bahn AG und der Wasserstraßenverwaltung

Frage Nr. 113, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht:

Anforderung eines allgemeinen Berichts zur Mittelverwendung in 18 u 19 und die geplante Mittelverwendung. Sind hier Mittel für Brückenbau im Zuge Wiederaufbau Siemensbahn enthalten?

Vorsitzender Oliver Friederici teilt mit, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 89112 – Anteil Berlins am zweigleisigen Ausbau der Stettiner Bahn zwischen Angermünde und Stettin

Frage Nr. 114, Fraktion der CDU

Aus welchen Gründen erfolgen Zahlungen durch das Land Berlin für einen ausschließlich in Brandenburg gelegenen Schienenweg? Welche Prognosen existieren diesbezüglich im Sinne einer Kosten/Nutzen-Rechnung? Welche konkreten wirtschaftlichen Vorteile prognostiziert das Land Berlin in welchem Zeitfenster?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) betont, Berlin und Brandenburg verstünden sich bei verschiedenen Bahnprojekten in der Metropolenregion als Partner. Dieser Schienenweg sei auch Bestandteil der transeuropäischen Verkehrsnetze. Deshalb wolle man Vorsorge für Leistungen treffen, bei denen man davon ausgehe, dass sie von der EU zu 100 Prozent erstattet würden. Zusammen mit den polnischen Partnern arbeite man gerade an einem Antrag für die EU-Kommission, um entsprechende Gelder einzuwerben. Das BMVI führe zusammen mit der DB Netz grundsätzlich immer eine Nutzen-Kosten-Rechnung durch, die über eins liegen müsse, damit Zuschüsse fließen könnten. Bei den Verkehrsprognosen sei man optimistisch; andere Grenzregionen hätten sich durch die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu wirtschaftlich pulsierenden Regionen entwickelt. Er verweise auf den geplanten Flughafen und das Hafensystem Stettin-Swinemünde, das sich zum Haupthafen von Berlin entwickle. Basis sei die Oderpartnerschaft 2006. Mit Fertigstellung der Maßnahme ab 2026 erwarte er einen Einstundentakt mit 80/90 Minuten, nach Ausbau des südlichen Abschnitts 70/75 Minuten.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 89113 – Zuschuss für die Beschaffung von Elektrobussen zur Stärkung der schadstoffarmen und klimaschützenden Mobilität

Frage Nr. 115a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

47,5 Mio. Verpflichtungsermächtigung ab 2022

Was beinhaltet diese Summe konkret?

Wie viele Elektrobusse welcher Bauart sollen mit Hilfe des Zuschusses von 47,5 Mio Euro beschafft werden.

Welche Reichweiten und Passagierkapazitäten sollen diese haben?

Wo sind die Mittel für die weitere Untersuchung der möglicher alternativer zukünftiger Antriebstechnologien (Nahverkehrsplan) vorgesehen?

Frage Nr. 115b, Fraktion der CDU

Welche konkreten Planungen bestehen? Welche Anzahl von Fahrzeugen soll in welchem Zeithorizont erworben werden? Welche Fahrzeugtypen stehen zur Auswahl? Es wird ein detaillierter Bericht erbeten.

Frage Nr. 115c, AfD-Fraktion

Bericht. Details

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet um einen schriftlichen Bericht.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend und stellt den Titel zur zweiten Lesung zurück.

**Titel 89114 – Zuschüsse an die BVG für Ersatzinvestitionen des ÖPNV
(Verkehrsvertrag)**

Frage Nr. 116a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Ersatzinvestitionen sind konkret gemeint?

Frage Nr. 116b, Fraktion der CDU

Um welche konkreten Investitionen handelt es sich? Es wird ein detaillierter Bericht erbeten.

Frage Nr. 116c, AfD-Fraktion

Bericht. Details

Hartmut Reupke (SenUVK) teilt mit, dass es noch keine Details zu berichten gebe. Mitte 2020 werde ein neuer Verkehrsvertrag mit der BVG abgeschlossen. Man wolle die Verpflichtung der BVG, das bestehende Netz mit einer hohen Qualität aufrechtzuerhalten und ausreichende Ersatzinvestitionen vorzunehmen. Vorsorglich seien VE und ein Ansatz für 2021 angemeldet worden.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

[Unterbrechung der Sitzung von 14.46 bis 14.56 Uhr]

Titel 89115 – Zuschuss zum Bau von Radschnellwegen

Frage Nr. 117a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Hier: 25 % Kofinanzierung für den Bau von Radschnellwegen vorgesehen in Höhe von 0,4 Mio € jeweils in den Jahren 20 und 21.

Bitte um Bericht, welche Maßnahmen hier konkret kofinanziert werden sollen und ob und wie sichergestellt ist, dass die Maßnahmen zeitlich rechtzeitig erfolgen, so dass die Bundesmittel genutzt werden können?

Frage Nr. 117b, AfD-Fraktion

Bericht. Was soll wo gebaut werden?

Vorsitzender Oliver Friederici teilt mit, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

**Titel 89116 – Zuschüsse an die VELO GmbH zur Durchführung von investiven
Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radwegeinfrastruktur**
in Verbindung mit

Titel 52108 – Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

**Titel 68228 – Zuschüsse zur Koordinierung, Vorbereitung und Umsetzung von
Radverkehrsprojekten**

Titel 68229 – Zuschuss an die VELO GmbH

Titel 72016 – Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr

Frage Nr. 118a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, einschließlich der deckungsfähigen Titel (52108, 52609, 68228, 68229, 72106), Bitte um Bericht

Bitte die Höhe der VE begründen.

Bitte berichten, ob und in welcher Höhe hier Ansätze für Fertigstellung Spreeradweg enthalten sind. Andere Fahrrad-Fernwege? Ebenso bitte berichten, ob hier Mittel für den Radwegneubau Heerstraße vorgesehen sind?

Frage Nr. 118b, Fraktion der CDU

Wie genau leiten sich die Zuschusszahlungen her? Welche konkreten Aufgaben sind bisher an die VELO GmbH übertragen worden? Welche Aufgaben sollen in den

Haushaltsjahren 2020 bis 2023 an die VELO GmbH übertragen zu werden? Wie genau leiten sich die Ansätze und VE her? Es wird ein detaillierter Bericht erbeten.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Titel 89211 – Zuschuss für Investitionen zur barrierefreien Querung der Spree am Spreetunnel (Friedrichshagen)

Frage Nr. 119a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Frage Nr. 119b, AfD-Fraktion

Was ist hier geplant? Details?

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Kapitel 0732 – Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg

Frage Nr. 120, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gesamtes Kapitel anhalten

Der **Ausschuss** stellt das Kapitel zur zweiten Lesung zurück.

Titel 11153 – Gebühren nach Bundesrecht

Frage Nr. 121, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wodurch erklären sich die Ansätze 2020 und 2021?

Warum ist der Ansatz 2021 im Vergleich zu 2020 geringer?

Vorsitzender Oliver Friederici teilt mit, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Tiefbau -

Übergreifend

Frage Nr. 122, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Darstellung der Entwicklung und Planung der Personalkapazitäten für Tiefbau-Baumaßnahmen, insbesondere Brücken

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass hierzu schriftlich berichtet und das Thema zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Brommybrücke

Frage Nr. 123, FDP-Fraktion

Wird im Doppelhaushalt 2020/2021 auch der Neubau der Brommybrücke vorbereitet oder begonnen? Wenn ja, in welchen Titeln sind die Maßnahmen dazu veranschlagt? Wenn nein, warum wird diese Baumaßnahme nicht eingeleitet?

Lutz Adam (SenUVK) berichtet, der Neubau eines Brommystegs anstelle der ehemaligen Brommybrücke sei ein langfristiges Planungsziel. Angesichts hoher Priorität anderer Brückenbauprojekte sei die Errichtung des Brommystegs weder in der Planung noch Bestandteil der I-Planung.

Henner Schmidt (FDP) erkundigt sich nach den zeitlichen Vorstellungen.

Lutz Adam (SenUVK) antwortet, derzeit habe man keine Vorstellung. Dies sei von der Entwicklung des Zustandes einzelner Brücken abhängig, die ggf. priorisiert werden müssten.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und das Thema zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie

Frage Nr. 124, FDP-Fraktion

Wie wird die Finanzierung der bis 2021 zu realisierenden Umsetzung bereits fertig gestellter Gewässerentwicklungskonzepte (GEK) für Wuhle, Panke, Tegeler Fließ und Erpe sichergestellt?

Katrin Vietzke (SenUVK) legt dar, für den Ausbau der Panke in Mitte und Pankow seien in den Titeln 72331 und 72332 Ansätze vorgesehen. Für die Panke laufe derzeit das Planfeststellungsverfahren; der Beschluss stehe aus. Für die Erpe, die Wuhle und das Tegeler Fließ seien die Vorarbeiten noch nicht so weit abgeschlossen, dass Haushaltsansätze für diese Maßnahmen im Doppelhaushalt 2020/21 vorgesehen seien.

Marion Platta (LINKE) erinnert daran, dass die Koalition zur Einhaltung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie einen übergreifenden Bericht gefordert habe. Die Antwort, dass noch nichts vorgesehen sei, verwundere, denn die Zeit dränge. Wenn man viele Flüsse habe, müsste man etwas schneller arbeiten.

Lutz Adam (SenUVK) bemerkt, der übergreifende Bericht komme von der Abteilung II. Bei der Panke stehe man unmittelbar vor dem Start umfangreicher Maßnahmen. Der Planfeststellungsbeschluss für die Panke werde im September 2019 erwartet, sodass man dann mit den Maßnahmen beginnen könne.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und das Thema zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 23102 – Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund

Frage Nr. 125, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Erläuterung / Auflistung von konkreten Projekten und Summen der Erstattung.

Lutz Adam (SenUVK) berichtet, hier würden Einnahmen aufgrund des BABG veranschlagt. Seit der Gesetzesänderung 2018 würden 6 Prozent der Bauausgaben für Bundesautobahnen und 5 Prozent der Baukosten für Bundesstraßen erstattet. Nach dem 1. Januar 2021 würden die Länder eigentlich keine Einnahmen mehr erzielen, weil sie durch die Autobahn GmbH auch keine Bauausgaben hätten, es gebe aber eine gewisse Nachlaufzeit. Die wesentlichen Baumaßnahmen seien zurzeit die BAB 100, 16. Bauabschnitt, BAB 114, B 109 und B 96 Süd.

Harald Moritz (GRÜNE) bittet um eine Auflistung der Projekte und Summen.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 42831 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zweckbindung/Ausgleichsabgabe)

Frage Nr. 126, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Wie ist die Höhe dieser Mittel begründet?

Lutz Adam (SenUVK) führt aus, es handele sich um Personalausgaben für Bundesmaßnahmen, die anschließend vom Bund erstattet würden. Der Titel korrespondiere mit Titel 23104. Der Übergang zur Autobahn GmbH sei berücksichtigt worden. Wechsele das Personal zur Autobahn GmbH, fielen Ausgaben und Einnahmen geringer aus. Bleibe das Personal beim

Land Berlin und werde für die Tätigkeit bei der Bundesautobahn gestellt, würden Einnahme- und Ausgabetitel voll erfüllt.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben

Frage Nr. 127, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte Bericht zu Punkt d) Sauerstoffanreicherungs- /Belüftungsanlagen: Ist ein konstanter Ansatz von 28.000 € ausreichend in Anbetracht heißer Sommer und Klimaänderungen? Bitte zur Mittelverwendung in 18 und 19 berichten, war es hier auskömmlich?

Berichten bitte auch zu h) elektrische Leuchten: Steigt der Stromverbrauch weiter durch Umrüstung von Gasleuchten? In welchem Umfang? Wird Ökostrom bezogen und wenn nein, warum nicht?

Katrin Vietzke (SenUVK) führt aus, es handele sich um Bewirtschaftungsausgaben u. a. für die Sauerstoffanreicherungsanlage im Tegeler See. Der Ansatz von 28 000 Euro sei 2018/19 auskömmlich gewesen. Durch die Gasleuchtenumrüstung werde der Stromverbrauch steigen, zeitgleich würden energieineffiziente Elektroleuchten durch LED-Leuchten ersetzt, sodass sich dies die Waage halte und insgesamt kein Anstieg der Stromkosten zu verzeichnen sei. Ökostrom werde über die Energiewirtschaftsstelle des Landes Berlin bezogen.

Harald Moritz (GRÜNE) äußert die Erwartung, dass der Stromverbrauch und die Stromkosten eigentlich sinken müssten.

Katrin Vietzke (SenUVK) teilt mit, dass der Stromverbrauch durch die Gasleuchtenumrüstung ansteige und durch die LED-Umrüstung sinke, sodass sich dies die Waage halte.

Lutz Adam (SenUVK) ergänzt, dass der Ansatz von 16,5 Mio Euro 2020 auf 16,3 Mio Euro 2021 sinke. Infolge der Gasleuchtenumrüstung habe man mehr LED-Leuchten, aber auch Stromeinsparungen. Zudem sei eine Kostensteigerung beim Strom zu berücksichtigen.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52102 – Unterhaltung von Brücken, Tunnel- und Ingenieurbauwerken im Zuge von Straßen und Wegen

Frage Nr. 128a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Wodurch erklärt sich der gleichbleibende Haushaltsansatz in 2019, 2020, 2021? Welche Projekte im Bereich <500.000 € sind noch vorgesehen (ggf. schriftliche Projektliste)? Welche Projekte sind darüber hinaus noch vorgesehen?

Werden nach aktueller Kenntnis die vorgesehenen Projekte im Zeitplan abgewickelt werden können?

Frage Nr. 128b, Fraktion der CDU

Es wird ein detaillierter Bericht erbeten. Welche konkreten Planungen liegen den Ansätzen zugrunde? Welche Instandhaltungsarbeiten sind in welchem Zeitraum vorgesehen? Woraus resultiert die Erhöhung der Ansätze?

Frage Nr. 128c, FDP-Fraktion

Wie begründet sich, dass trotz des bekannt schlechten Zustandes vieler Brückenbauwerke der Ansatz gegenüber 2019 nicht erhöht wird?

Titel 52103 – Unterhaltung baulicher Anlagen des Wasserstraßenbaus und der Wasserwirtschaft

Frage Nr. 128d, Fraktion der CDU

Es wird ein detaillierter Bericht zu den geplanten Maßnahmen erbeten.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass zu Frage Nr. 128 a bis d schriftlich berichtet werde und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Titel 52105 – Unterhaltung von wasserwirtschaftlichen Anlagen in Gebieten Berlins mit hohen Grundwasserständen

Frage Nr. 129a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte zur Mittelverwendung (geplant und 2018/19) berichten, in welchen Bezirken sind Anlagen zur Senkung des Grundwassers in Betrieb bzw. vorgesehen und ändern sich die Kostenansätze bzw. Planung wg. erhöhtem Wasserverbrauch in Berlin durch Hitzesommer und wachsende Stadt? Welche Maßnahmen sind 2020 und 2021 geplant?

Warum so geringe Ausschöpfung? Wie wird der Titel bewirtschaftet?

Frage Nr. 129b, Fraktion der CDU

Es wird ein detaillierter Bericht zu den geplanten Maßnahmen erbeten.

Katrin Vietzke (SenUVK) berichtet, betrieben würden die Grundwasserregulierungsanlage in Rudow, die Seewasserregulierungsanlage im Habermannsee und diverse Drainagen im öf-

fentlichen Straßenland in den Bezirken Pankow, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf. Weitere Anlagen seien derzeit in Berlin nicht vorgesehen. Die Kostenansätze würden sich weder witterungsbedingt noch durch die wachsende Stadt ändern, da fachlich kein Zusammenhang bestehe. Die Drainagebetreuung sei den BWB aufgrund geringer personeller Kapazitäten bei SenUVK übertragen worden, die aber auch Probleme hätten, die geplanten Maßnahmen umzusetzen. So erkläre sich die relativ geringe Ausschöpfung 2018/19. Die Umsetzung der noch ausstehenden 7 km Drainageleitungen bzw. der Ersatzbau sei 2020/21 vorgesehen für Ziegelstraße, Georgenstraße, Mühlenstraße, Blumenbachweg, Boskoopweg, Sterckmannweg, Blenheimstraße, Manksweg und Pekrunstraße.

Marion Platta (LINKE) fragt, wie viel Personal für diese Aufgaben benötigt würde.

Katrin Vietzke (SenUVK) verweist auf die vertragliche Vereinbarung mit den BWB. Insofern handele es sich um ein Kapazitätsproblem bei den BWB. Gleichwohl gehe sie davon aus, dass es möglich sein müsste, die 7 km Drainage 2020/21 zu erneuern.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52106 – Sanierung Rummelsburger See

Frage Nr. 130a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zu genehmigter Planung, Maßnahmen und Zeitrahmen für Realisierung

Frage Nr. 130b, AfD-Fraktion

Bericht zum aktuellen Sachstand und zeitliche Planung.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52117 – Ufersanierung

Frage Nr. 131, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte berichten, welche Maßnahmen vorgesehen sind und welche in 18/19 durchgeführt wurden, wurden die Mittel ausgeschöpft?

Bitte Ansatz erläutern und unterteilen in Aufgabe Renaturierung und Röhrichschutz – benennen von konkreten Orten.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54027 – Entwurfs- und Bauleitungskosten

Frage Nr. 132a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht:

Bitte um schriftlichen Bericht zu geplanten Einzelmaßnahmen. Welche größeren konkreten Maßnahmen sind wann vorgesehen? Welche Mittel sind zur Umsetzung des Beschlusses AH gem. Drs. 18/1966 vom 6.6.19 vorgesehen, insbesondere für Untersuchungen zur Überdeckung von Abschnitten Berliner Autobahn- und Schienenabschnitte bzw. in welchem HH-Titel sind diese ansonsten vorgesehen (Diesen bitte anhalten)? Wenn sie nicht vorgesehen sind, warum nicht? Insbesondere gilt diese Frage der unverzüglich zu beginnenden Masterplanung im Zuge der Planungen für Neu- und Ersatzbauten an der Stadtautobahn (BAB 100) in Charlottenburg vor Festlegung auf eine Vorzugsvariante inkl. der Verlegung der Autobahnauf- und -abfahrten „Kaiserdamm“ an die Kaiserdammbrücke.

Warum werden die Verpflichtungsermächtigungen über 2021 hinaus vorgenommen? Gehen Sie nicht davon aus, dass die Autobahn GmbH des Bundes bis 2021 arbeitsfähig ist?

Frage Nr. 132b, Fraktion der CDU

Inwieweit wird das Land Berlin auch künftig Bundesstraßen in Auftragsverwaltung verwalten? Wird die Verwaltung an den Bund übertragen? Welche Kosten fallen für das Land Berlin bezüglich der Bundesstraßen an?

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54031 – Beseitigung von Bodenverunreinigungen

Frage Nr. 133, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Um welche Grundstücke handelt es sich?

Lutz Adam (SenUVK) schildert, die Hauptverwaltung sei nur für Bodenverunreinigungen von gesamtstädtischer Bedeutung nach dem ASOG, ansonsten die Bezirke zuständig. Insofern handele es sich an der Stelle nur um drei große Maßnahmen: Sanierung des Ernst-Thälmann-Parks, wo aufgrund von Benzolbelastungen eine große Grundwasserschädigung drohe, Sanierung der Regenbogenfabrik Lausitzer Straße, um einen Grundwasserschaden abzuwenden, sowie Sanierung des Rohrlaketeichs/-beckens in Treptow-Köpenick.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54040 – Bauvorbereitungsmittel

Frage Nr. 134, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wodurch erklärt sich der geringere Ansatz 2019 im Vergleich zum höheren Ansatz 2020?

Wodurch erklärt sich der geringere Ansatz 2021 im Vergleich zum höheren Ansatz 2020?

Lutz Adam (SenUVK) legt dar, angesichts erfolgter Personalverstärkung könnten mehr Maßnahmen in Angriff genommen werden, was zu der Ansatzsteigerung führe. Aufgrund der laufenden Zusammenstellung der Baumaßnahmen müssten für 2021 eigentlich 2,5 Mio. Euro angesetzt werden. Der korrespondierende Einnahmetitel sei 26109.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54049 – Leistungen für die öffentliche Beleuchtung

Titel 72014 – Neubau von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen

Titel 72015 – Ersatz und Umbau von Gasstraßenbeleuchtungsanlagen

in Verbindung mit

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben – (1.h)

Frage Nr. 135, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Berichte

Ist der neue Betreibervertrag ab 1.10.18 abgeschlossen und mit welchem Betreiber? Warum sind steigende Ansätze für den Betrieb, Wartung u Instandsetzung ggü. 2019 in 54049 erforderlich (Energiekosten sind in einem anderen Titel, an diesen liegt es also nicht, zumal diese sinken sollten), steigt die Anzahl der Leuchten insgesamt? Sind die Probleme mit dauerleuchtenden Gasleuchten inzwischen gelöst und wenn nein, warum können nicht Ersatzteile aus wg. Umrüstung abgebauten Gasleuchten eingesetzt werden? Welche Gas-Mehrkosten und negative CO2-Effekte sind durch dauerleuchtende Laternen verursacht worden? Sind für die Folgejahre vermehrte Gaskosten angesetzt worden?

Zu 72014 (Neubau von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen): Worauf ist der steigende Mittelansatz genau zurückzuführen?

Zu 72015: (Ersatz und Umbau von Gasstraßenbeleuchtungsanlagen): Bitte zum Umstellungsvorgang berichten (Anzahl umgerüsteter Anlagen in 18 u 19, Planungen für 20 u 21)

Wie viele Lampen werden 2020/21 von wie viel insgesamt umgerüstet? Wäre eine Beschleunigung machbar, wenn mehr Geld eingesetzt wird?

Wo ist finanziell die Übernahme der Zuständigkeit für die Beleuchtung von Grünanlagen von den Bezirksämtern veranschlagt?

Warum liegt das Ist 2018 von Titel 72015 bei null?

Welche Entwicklung der Energiekosten ist bei der öffentlichen Beleuchtung zu erwarten? Welche Gründe haben zur Anhebung der Vergütung um 3 Mio. Euro geführt?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Frage Nr. 136, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zu den einzelnen Personal- und Sachausgaben.

Lutz Adam (SenUVK) verweist auf den Hauptansatz für das Belüftungsschiff „Rudolf Kloos“, das aufgrund der Starkregenereignisse und der dadurch bedingten Einleitungen in Gewässer wesentlich stärker im Einsatz und einem stärkeren Verschleiß unterworfen sei. Zwei kleinere Ausgaben beträfen Gebühren für den Bilgenentwässerungsverband – 30 000 Euro –, dem alle Bundesländer beigetreten seien und der Regularien für Bilgenwasser entwickelt habe, sowie jährliche Personalausgaben für die Unterstützung durch BVG-Mitarbeiter.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 72001 – Maßnahmen des Straßenbaus im Zentralen Bereich und im Bereich des Potsdamer/Leipziger Platzes

Frage Nr. 137, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zu den einzelnen Bauvorhaben.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 72002 – Maßnahmen im Zusammenhang mit Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen und des Straßenbaus außerhalb des zentralen Bereichs

Frage Nr. 138, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Bericht zu den einzelnen Bauvorhaben.

Frage zu UK175, Neubau Straßenverbindung Karow:

Wie ist der aktuelle Stand des Planfeststellungsverfahrens für dieses Vorhaben?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 72003 – Neubau einer Straßenverbindung An der Wuhlheide bis Märkische Allee (Weiterbau der TVO - Tangentialverbindung Ost)

Frage Nr. 139a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zum aktuellen Sachstand.

Frage Nr. 139b, AfD-Fraktion

Aktueller Sachstandsbericht. Verlässlichkeit der zeitlichen Planung?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) berichtet, bis vor Kurzem habe man gut im Zeitplan gelegen. Es habe Bürgerbeteiligung und Beteiligung der Umweltfachbehörden gegeben. Die Hinweise und Empfehlungen seien eingearbeitet worden. Die Vorzugsvariante müsse nicht geändert werden. Der erste Teil der Vorplanungsunterlagen sei zum 12. April zur Prüfung eingereicht, der zweite Teil der Vorplanungsunterlagen für Ingenieurbauwerke erarbeitet worden. Beim dritten Teil sei das Problem aufgetreten, dass die DB die vier notwendigen Eisenbahnüberführungen nicht mehr wie vorgesehen erarbeiten könne, da sie ihre eigenen Leute und Kapazitäten für die eigenen Sanierungs- und Erneuerungsbedarfe bei Brücken brauche; es gebe auch bei i2030 und in anderen Bereichen noch einiges zu tun. SenUVK habe Versuche unternommen, die Bahn umzustimmen, was aber erfolglos geblieben sei, sodass sein Haus die Ausschreibungen jetzt selbst vornehme, obwohl kein geeignetes Fachpersonal für diesen Bereich vorhanden sei, doch die DB Netz habe zumindest Unterstützung zugesagt. Die Vertragsunterlagen für die Leistungsbeschreibung würden jetzt erarbeitet, sodass das europaweite Vergabeverfahren voraussichtlich im vierten Quartal 2019 beginnen könne, was zu einer erheblichen Zeitverzögerung von mindestens 18 Monaten führen werde. Das Planfeststellungsverfahren könne formell erst 2021/22 eingeleitet werden. Dem Hauptausschuss werde regelmäßig über den Sachstand berichtet.

Frank Scholtysek (AfD) bittet um einen schriftlichen Bericht.

Lutz Adam (SenUVK) macht geltend, dass SenUVK dem Hauptausschuss halbjährlich berichte. Er verweise auf die rote Nr. 0434D vom 7. August 2019.

Frank Scholtyssek (AfD) verzichtet auf einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 72003 – Neubau einer Straßenverbindung An der Wuhlheide bis Märkische Allee (Weiterbau der TVO - Tangentialverbindung Ost)
bis

Titel 72849 – Neubau der Uferbefestigung der Spree-Oder-Wasserstraße (SOW) von Schleuse Charlottenburg (km 6,5) bis Humboldthafen

Frage Nr. 140, AfD-Fraktion

Einige der Titel (z. B. 72222, 72704 etc.) enthalten Hinweise auf mögliche baupreisindexbedingte Kostensteigerungen. Warum ist dies nicht bei allen Titeln (z. B. 72770, 72776, 72849 etc.) berücksichtigt?

Lutz Adam (SenUVK) teilt mit, dass in den Haushaltsunterlagen, abgesehen von sehr alten Maßnahmen, die so gut wie abgeschlossen seien, immer Baupreisindizes angegeben würden. Es gebe Maßnahmen, wo man bis zum Herbst noch eine geprüfte BPU haben wolle. Insofern sei vorgesehen, im endgültigen Abdruck des Haushaltsplans Informationen zum Baupreisindex redaktionell aufzunehmen.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Titel 72015 – Ersatz und Umbau von Gasstraßenbeleuchtungsanlagen

Frage Nr. 141, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie viele Anlagen müssen ersetzt und umgebaut werden? Wie ist der aktuelle Sachstand?

Durch welche Maßnahmen wird eine Verausgabung der Mittel sichergestellt? (Bereits Mittel hierfür über die Klimagelder)

Katrin Vietzke (SenUVK) berichtet, es gehe um die punktuelle Erneuerung verschlissener Gasleuchten in den Erhaltungsbereichen. 2018 habe man keine Ausgaben gehabt, da die Leistungen für 2018 bereits 2017 vorgezogen worden seien. 2019 würden wiederum 100 000 Euro verausgabt, je nachdem, wo Instandsetzungen oder Austausche erforderlich seien.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Titel 72200 – Maßnahmen des Grün- und Freiraumsystems im Stadtquartier Heidestraße (Brücken, Hafenbecken)

Frage Nr. 142, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zum aktuellen Stand der Baumaßnahme.

Arne Huhn (SenUVK) erläutert, es handele sich um die Brücke am Stadtplatz, den künftigen Golda-Meir-Steg. Der Entwurf der Brücke sei im Rahmen eines Realisierungswettbewerbs 2014 ermittelt worden. Seit 2018 werde im Rahmen mehrerer Ausschreibungsverfahren versucht, einen nach geltenden Vergabevorschriften geeigneten Bieter und ein wirtschaftliches Angebot zu finden. In einer beschränkten Ausschreibung habe man zwei Angebote bekommen, die deutlich über der Kostenberechnung gelegen hätten. Nach Verhandlungen habe man das Vergabeverfahren aufgehoben und Anfang 2019 eine europaweite Ausschreibung durchgeführt. Auch hier habe man nur zwei Angebote deutlich über der Kostenberechnung von 2,7 Mio. Euro bekommen. SenUVK befinde sich in der Abstimmung mit SenWiEnBe und SenFin und sei dabei, die Unterlagen für die Ergänzungsunterlage aufzustellen. Wenn die Zusagen vorlägen, könne die Maßnahme im Oktober 2019 begonnen und bis Ende des Jahres baulich abgeschlossen werden. Bis 2021/22 werde die Maßnahme wirtschaftlich abgeschlossen.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 72221 – Neubau einer Straßenbrücke über die Spree im Zuge der geplanten Süd-Ost-Verbindung einschließlich Stützwänden (Treptow-Köpenick)

Frage Nr. 143, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Der **Ausschuss** stellt den Titel zur zweiten Lesung zurück.

Titel 72243 – Neubau der Nord- und Südseite der Brücke Am Bahndamm über die Wuhle in Treptow-Köpenick

Frage Nr. 144, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Der **Ausschuss** stellt den Titel zur zweiten Lesung zurück.

Titel 72314 – Ausbau der Südpanke von Chausseestraße bis Habersaathstraße

Frage Nr. 145, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Der **Ausschuss** stellt den Titel zur zweiten Lesung zurück.

**Titel 72770 – Neubau des Verkehrsknotens Landsberger Allee/Märkische Allee mit
3 Straßenbrücken und zugehörigen Rampen- und Verbindungsfahrbahnen
sowie Instandsetzung des Fußgängertunnels**

Frage Nr. 146a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Frage Nr. 146b, FDP-Fraktion

Wir bitten um eine detailliertere Erläuterung der Maßnahme einschließlich des Zeitplans.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 72770 – Neubau der Zimmermannstraßenbrücke über die Wuhle

Frage Nr. 147, FDP-Fraktion

Wir bitten um eine Erläuterung der Maßnahme, insbesondere des Ist-Wertes für 2018.

Arne Huhn (SenUVK) berichtet, Maßnahme sei grundsätzlich abgeschlossen. 2018 habe man noch kaufmännische Abwicklungen gehabt. Die Ansätze 2020/21 betreffen vor allem die Gewährleistungsverfolgung, die dann abgeschlossen werde.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

**Titel 72849 – Neubau der Uferbefestigung der Spree-Oder-Wasserstraße (SOW)
von Schleuse Charlottenburg (km 6,5) bis Humboldthafen (km 14,5)**

Frage Nr. 148, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Berichte

Bitte berichten: wie ist der Planungsstand und werden in die Planungen auch mögliche Koordination und Synergien mit den Planungen bzw. Baumaßnahmen zur Fertigstellung Spreeradweg berücksichtigt?

Katrin Vietzke (SenUVK) schildert, die Uferwände der SOW zwischen Schleuse Charlottenburg und Humboldthafen seien beidseitig zu erneuern. Derzeit würden die Bestandswände auf Standsicherheit, Dauerhaftigkeit und Gebrauchstauglichkeit geprüft, die ökologischen Potenziale am Ufer untersucht und denkmalgeschützte Bereiche identifiziert. Mitte 2019 sei die Objekt- und Tragwerksplanung für die Erneuerung oder Instandsetzung beauftragt worden. Gleichzeitig liefen die umweltfachliche Bewertung und diverse Abstimmungen mit anderweitigen Nutzungen, u. a. mit dem Spreeradweg, der in den Erneuerungsbereichen in die Planungsidee einbezogen werden solle.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Übergreifend

Frage Nr. 149, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie viele Ausbildungsplätze und Plätze für duales Studium stellen jeweils die in Kapitel 0750 veranschlagten landeseigenen Unternehmen und deren Töchter?

Klaus Wichert (SenUVK) führt aus, betroffen seien im Wesentlichen die Grün Berlin GmbH und ihre Töchter. Es gebe derzeit zwei Ausbildungsplätze im dualen Studium, von denen derzeit nur einer besetzt sei, da es nicht genügend Nachfrage gegeben habe. Es handele sich um eine Gärtnerlehre mit Bachelorabschluss an der Beuth-Hochschule. Der Bedarf an solchen Absolventen sei hoch. Deshalb wolle SenUVK dafür mehr Werbung machen.

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, ob die infraVelo GmbH eigene Plätze habe.

Klaus Wichert (SenUVK) verneint dies.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und das Thema zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 11193 – Ausgleichsabgabe nach dem Naturschutzrecht

Frage Nr. 150, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Berichte

Bitte um Begründung des gleichbleibenden Ansatzes vor dem Hintergrund wachsender Stadt und Neubauvorhaben. Warum wird der Ansatz im Vergleich zum Ist (wur-

de berichtet zu Berichtsträgen zum HH-Entwurf 2018/19, danach in 2014 u 15 sowie 16 sehr viel höher als hier angenommen).

Klaus Wichert (SenUVK) schildert, SenUVK plane keine Eingriffe in Natur und Landschaft und tue alles, um diese Eingriffe möglichst gering zu halten und nach Möglichkeit einen Naturalausgleich zu erreichen. In welchem Umfang dieser erfolge, sei jedoch nicht planbar. Der Ansatz entspreche den Erfahrungen der vergangenen Jahre. Was die wachsende Stadt angehe, finde sich sehr viel im bauleitplanerischen Ausgleichsverfahren wieder.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52118 – Ausgaben für das Berliner Stadtgrün zur Bewältigung von Klimaereignissen

Frage Nr. 151, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Berichte

Ansatz nur je 1.000 Euro.

Bitte um Bericht zum extrem niedrigen Ansatz/Merkposten. Mit welchen Ausgaben wird unter Inanspruchnahme der angesetzten Deckungsberechtigung mit Titeln der Hauptgruppen 5, 6, 7 und 8 des Einzelplans 07 gerechnet, soweit sich dies aufgrund der nicht Vorhersehbarkeit der notwendigen Sofortmaßnahmen ausführen lässt? Welche Sofortmaßnahmen wurden in 2018 u 19 im Zuge der Hitzesommer durchgeführt und welche Kosten fielen hierfür in welchen Titeln an?

Bericht zu den Erfahrungen der vergangenen Jahre und Erläuterung wie sichergestellt wird, dass bei dem Deckungsvermerk notwendige hoheitliche Aufgaben im Natur- und Landschaftsschutz nicht darunter leiden und so neue „Löcher“ aufgerissen werden?

Klaus Wichert (SenUVK) teilt mit, es handele sich um einen vorsorglichen Merkposten, der im Notfall gefüllt werden müsse, denn es könne extreme Wetterereignisse geben, deren Kosten die Bezirke nicht tragen könnten. Diese könnten sehr unterschiedlich anfallen, sodass es nicht sinnvoll sei, Mittel in den Bezirken vorbeugend zu veranschlagen. Es bestehe auch die Hoffnung, dass dies im Rahmen der normalen Haushaltsbewirtschaftung durch die Bezirke geleistet werden könne. Zur Beseitigung der Sturmschäden von 2017 – Fällungen, Sicherungsmaßnahmen, Schadensbegutachtungen, Nachpflanzungen – nenne er 2,5 Mio. Euro für 2018 und 1,1 Mio. Euro für 2019. Angesichts der Hitzesommer seien 1 Mio. Euro 2018 und 1,3 Mio. Euro 2019 aufgewendet worden, wobei man sich entschieden habe, den Sommer nicht erst abzuwarten, sondern entsprechende Vorsorge zu treffen, denn es sei zu erwarten gewesen, dass die Bäume unabhängig von den Witterungsereignissen Schädigungen hätten.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) fragt, ob die Ergebnisse der Sturmschäden von 2017 vorlägen und wie die Erfahrungen mit der BSR bei der Bewässerung der Bäume ausgefallen seien.

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet um Auskunft, aus welchen Töpfen die Ausgaben der letzten beiden Jahre finanziert worden seien.

Klaus Wichert (SenUVK) bestätigt, dass die Ergebnisse zu den Schadensereignissen aus den Bezirken vorlägen, wobei die Schädigungen in den Bezirken unterschiedlich ausgefallen seien. Mit BSR und BWB habe es gute Gespräche gegeben, obwohl die Wässerung von Bäumen nicht ihre Kernaufgabe sei. 2018 habe es aufgrund mangelnder Erfahrung Anlaufschwierigkeiten gegeben, was sich deutlich qualifiziert habe. SenUVK habe eine Rahmenvereinbarung mit der BSR geschlossen, weil das Equipment der BWB nicht geeignet sei. Gleiches gelte für Feuerwehr und THW, sodass SenUVK ihnen aus Sorge um die Bäume nicht näher getreten sei. Die Wässerung sei aus BEK-Mitteln finanziert worden, weil der Schutz der Bäume auch der CO₂-Bindung diene. Die Sturmschäden seien zulasten anderer Positionen finanziert worden.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52140 – Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Frage Nr. 152a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Nach 1,45 Mio in 19 nur noch 1,06 bzw. 1,055 Mio € vorgesehen. Bitte Bericht zum Stand der Unterschutzstellung von Lichterfelde Süd und den im Haushalt 20/21 eingestellten Mitteln? Falls diese nicht in diesem Titel eingestellt werden, in welchem dann und wenn sie noch nicht eingestellt werden können, wann wird mit der Unterschutzstellung gerechnet? Welche Beweidungsprojekte gibt es, wo sollen weitere eingerichtet werden?

Bericht zum Stand der Sicherung und Pflege der NSG und FFH-Gebiete einschließlich Management und Monitoring mit Berichtspflichten gegen über Bund und EU. Im Bericht ist die Personalsituation und weitere Voraussetzungen, wie z. B. Kopplung mit Dienstleistungen Land/Bezirke darzulegen. Siehe auch 0750/54010

Frage Nr. 152b, FDP-Fraktion

Was bedeutet die Verlagerung der Koordinierungsstelle Flora/Fauna für die Wahrnehmung der behördlichen Aufgaben? Können diese durch einen externen Dienstleister überhaupt wahrgenommen werden?

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52602 – Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen

Frage Nr. 153, AfD-Fraktion

Darstellung der Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Klimaschutzrates, wie setzen sich die 10.000 Euro zusammen?

Beate Züchner (SenUVK) stellt dar, die Aufwandsentschädigung betrage 150 Euro je Mitglied und Sitzung. Als Anwesenheitsnachweis diene die Anwesenheitsliste, die SenUVK führe. Das Sitzungsgeld werde jeweils zum Ende des Kalenderjahres nach Anwesenheit ausbezahlt. In Teilen verzichteten die Mitglieder. Derzeit habe der Klimaschutzrat zehn Mitglieder. Man kalkuliere mit vier Sitzungen pro Jahr, also 6 000 Euro pro Jahr. Die Differenz von 4 000 Euro diene der Vorsorge für eventuelle Sondersitzungen, weil sich abzeichne, dass der Klimaschutzrat bei der Evaluierung und Fortschreibung des BEK stärker eingebunden werde.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

Frage Nr. 154a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Hier u.a. Konzepte für Charta Stadtgrün, Ansatz je 170.000 € nach 160.000 in 2019

Welche Untersuchungen sind geplant?

Was ist die konkrete Planung für diese angedachten Untersuchungen (Orte und Zielsetzung, Aufteilung nach Themenschwerpunkten der Charta, mindestens Freiraumentwicklung und grüne Infrastruktur)?

Frage Nr. 154b, FDP-Fraktion

Bitte entsprechend der einzelnen in der Erläuterung genannten Themenbereiche detaillieren.

Klaus Wichert (SenUVK) schildert, an der Charta für das Berliner Stadtgrün werde intensiv gearbeitet. Ein wichtiges Anliegen sei, dass das Grün in der wachsenden Stadt ausreichend Beachtung finde. Stadtentwicklung müsse auch Grünentwicklung sein. Graue Infrastruktur solle mit grünen Funktionen überlagert werden, auch in Bestandsquartieren mit Unterversorgung. Gestalt und Nutzungsqualitäten sollten gesteigert werden. Wichtig sei die integrierte Planung bei den Stadtquartieren, die derzeit entwickelt würden. SenUVK werde die Schwerpunkträume dafür qualifizieren. In allen abgefragten Bereichen sei eine entsprechende Zusatzqualifikation möglich und erforderlich.

Marion Platta (LINKE) fragt, ob sie es richtig verstanden habe, dass heute noch keine konkreten Orte genannt werden könnten, wo die Untersuchung stattfinden solle.

Klaus Wichert (SenUVK) bestätigt dies. Man habe den Ansatz schon 2018 gehabt und gehofft, dass dies etwas genauer im Rahmen der Charta qualifiziert werden könne, wo Stadtentwicklung in besonders herausragender Weise stattfinde, was sich nicht herauskristallisiert habe. SenUVK hoffe, dass dies im Rahmen der Untersuchung in den nächsten zwei Jahren konkretisiert werde.

Henner Schmidt (FDP) erkundigt sich nach einer groben Aufteilung nach den Stichworten Freiraum, Stadtgrün, Wohnquartiere.

Klaus Wichert (SenUVK) verneint eine Konkretisierung der Bereiche. Wenn man die Studie vergebe, solle diese auf alle Teilbereiche „einzahlen“, sowohl Freiraumkonzeption als auch Förderung der Infrastruktur der wachsenden Stadt.

Marion Platta (LINKE) fragt, ob es eine Studie oder drei verschiedene geben werde.

Klaus Wichert (SenUVK) antwortet, dies solle sich ergänzen. Momentan wisse man noch nicht, welche Auftragnehmer man finde und ob es mehrere sein müssten, die verschiedene Komplexe beantworteten. Er gehe davon aus, dass es eine zusammenhängende Studie sein solle, zu der aber unterschiedliche Auftragnehmer unterschiedliche Beiträge lieferten.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Frage Nr. 155, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Wieso sind für Nr. 1 („*Informationen Klimaschutzpolitik und Klimaanpassung*“) nach 2019 = 15.000 Euro nur 11.000 Euro vorgesehen, insbesondere im Hinblick auf Erreichung Berliner Klimaziele?

Welche Veröffentlichung zu Nr. 2. *Wettbewerb Klimaschutz und Bildung* sind vorgesehen?

Beate Züchner (SenUVK) macht geltend, dass SenUVK in diesem Jahr eine umfangreiche Broschüre zum Klimaschutz im Land Berlin herausgegeben habe. Zudem habe man ein digitales Informations- und Monitoringsystem, wo vielfältige Informationen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung bereits verfügbar seien. Mit dem Ansatz von 11 000 Euro sollten themenspezifische Informationen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung finanziert werden, weil man dort einen externen Dienstleister benötige, ggf. fielen auch Veröffentlichungen im Zusammenhang mit Förderprogrammen an. Für den Wettbewerb Klimaschutz und Bildung habe man als Vorsorge einen geringen Ansatz vorgesehen, weil der Wettbewerb stärker in die

Breite gebracht werden müsse und mit Printmedien stärker unterstützt werden solle, konkrete Projekte stünden hier aber noch nicht an.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 53121 – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen

Frage Nr. 156a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte ausschlüsseln: Wieviel von den 450.000 € sind jeweils für

- Beteiligung der Öffentlichkeit an der Landschaftsplanung gemäß §§ 9 und 10 Bln NatSchG
- Beteiligung der Öffentlichkeit an den Unterschutzstellungen gemäß § 21 Bln NatSchG
- Kommunikationskonzepte Grüne Infrastruktur
- Geschäftsstelle für Umsetzung des Beteiligungsmodells auf dem Tempelhofer Feld
- Neu einzurichtende Geschäftsstelle Öffentlichkeit für die Umsetzung der Maßnahmen für die Grüne Infrastruktur
- Wertschätzungskampagne für das Berliner Stadtgrün

eingepplant?

Bitte berichten zu konkreten Planungen der Mittelverwendung und rückblickend für 18 u 19 verwendete Mittel? Welche Anteile entfallen jeweils auf Charta Stadtgrün? Welches Konzept gibt es zur neu einzurichtenden Geschäftsstelle Öffentlichkeitsarbeit?

Welches Konzept steht hinter der Wertschätzungskampagne verbunden mit der VE?

Welche Aufgabenstellung gibt es für eine „Wertschätzungskampagne für das Berliner Stadtgrün“, und wie erfolgt/erfolgte die Vergabe zur Erarbeitung eines Kommunikationskonzeptes? Was bleibt aus dem Titel für die Beteiligung der Öffentlichkeit nach NatSchG Bln?

Frage Nr. 156b, AfD-Fraktion

Wie erklärt sich eine nahezu Verdopplung des Ansatzes von 250.000 auf 485.000 im Zusammenhang mit dem Bevölkerungszuwachs und dem dringenden Wohnungsbedarf?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 157a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bericht mit weiteren Erläuterungen zu 1., 4., 8., 9., 12., 14., 16., 17, 20, 22, 23. einschließlich der Ergebnisse aus den Vorjahren bei Wiederholung der Aufträge.

Noch zu 1. Wie ist der Stand der Ausweisungen von Schutzgebieten, die im Lapro als künftige Schutzgebiete im Anhang A der Begründung aufgelistet sind, und was ist 2021 mit dem HH-Ansatz erreichbar?

Bitte auch berichten zu *Nr. 8. Umsetzung der EU-Verordnung zu invasiven Arten* (konstanter Ansatz wie 2019 = 130.000 Euro): wurden die Mittel in 18 u 19 ausgeschöpft und wenn ja, für welche Projekte bzw. Vorhaben. Welche Vorhaben sind 2020 u 21 geplant?

Bitte berichten zu *Nr. 12. Arbeiten zu den Schwerpunkten der Landschaftsplanung im Rahmen der Stadtentwicklung*, insbesondere zu Verstetigung der Strategischen Umweltprüfung (SUP): was wurde in den Vorjahren konkret umgesetzt, was ist für 20 u 21 geplant, warum steigt der Ansatz von 190.000 in 2019 auf je 280.000 € in 20 u 21?

Bitte weitere konkrete Erläuterungen zu:

4. Um welche Landschaftsbaumaßnahmen handelt es sich?

8. Umsetzung der EU-Verordnung zu **invasiven Arten** (2019: 130.000 €). Was wurde 2019 damit finanziert?) Im Titel 67101 sind jeweils weitere 120.000 € für biologisch invasive Tier- und Pflanzenarten vorgesehen: Was ist geplant?

9. Welche Maßnahmen sind unter 9) geplant?

Um welche stadtpolitisch herausragenden Projekte der Freiraumplanung handelt es sich und wie viel Mittel sollen dort einfließen?

Ist eine Umsetzung des Model Space Projektes (nachhaltige Kulturveranstaltungen auf öffentlichen Grünflächen) damit hinterlegbar?

Warum wird 11) verdoppelt?

12: Bitte aufschlüsseln: Wieviel Mittel sollen jeweils fließen in:

- Entwicklung und Fortschreibung Landschaftsprogramm

- Landschaftsplanerische Fachbeiträge zu Bebauungsplänen
- Beiträge zur Koordinierungsplanung i.R. Handlungsprogram Beschleunigung Wohnungsbau?
- Absicherung Biotopverbundsystem
- Weiterentwicklung 20 grüne Hauptwege

Bitte erläutern Sie den Zeitplan für Nr. 14 (Friedhofsentwicklungsplan).

Wofür sollen die Mittel von Nr. 16 und Nr. 17 verausgabt werden?

23. Welchen Inhalt sollen die Dienstleistungen zur Umsetzung der Vorbildfunktion der EWG Berlin haben?

Frage Nr. 157b, Fraktion der CDU

Ein detaillierter Bericht zu den einzelnen zu erbringenden Dienstleistungen wird erbeten.

Frage Nr. 157c, FDP-Fraktion

Zu Nr. 8: Was genau ist zur Bekämpfung invasiver Arten geplant? Welche invasiven Arten stehen im Vordergrund (Tierarten, Pflanzenarten)?

Zu Nr. 16 und 19: Bitte um genauere Erläuterung der Maßnahmen.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54101 – Klimaschutz als Bildungsinhalt

Frage Nr. 158a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Ansatz steigt insges. von 185.000€ in 19 auf je 225.000 €.

Bitte um Bericht, warum der Ansatz für den Wettbewerb Berliner Klimaschulen, der 2015 noch bei 66.000 Euro lag und dann für 16 u 17 auf je 30.000 Euro sank, nun weiterhin mit 33.000 Euro ab 2019 nur wenig erhöht liegt? Wie stellte sich der Bedarf in den Vorjahren dar? Ist die Finanzierung des wichtigen Bildungsinstruments auskömmlich?

Welche Projekte wurden finanziert und wie ist die Zusammenarbeit mit der Bildungsverwaltung?

Frage Nr. 158b, AfD-Fraktion

Bitte die geplanten Maßnahmen in Kitas und Schulen darstellen.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54103 – Energiespar-Marketing

Frage Nr. 159a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Ansatz steigt von 290.000 Euro in 19 auf je 306.000 €

Bitte Bericht zu Mittelverwendung in 18 u 19: Wurden die Mittel ausgeschöpft und für welche Vorhaben? Wie viele Energiesparpartnerschaften wurden abgeschlossen, wenn es erneut keine war, warum nicht?

Zu 1.: Worin besteht die Neuausrichtung?

Frage Nr. 159b, AfD-Fraktion

Maßnahmen bitte darstellen, wie verhalten sich die Aufwendungen zur eingesparten Energie? Gibt es hierzu eine Erfolgskontrolle?

Beate Züchner (SenUVK) führt aus, der Ansatz sei höher, weil dies aufgrund von Ausschreibungen, Preisanpassungen und einer höheren Qualität des ImpulsE-Programms erforderlich sei. 2018 sei der Ansatz ausgeschöpft worden und habe verstärkt werden müssen. 2019 sei er bereits mit dem ImpulsE-Programm ausgeschöpft. Das Programm umfasse ein breites Spektrum relevanter Energie- und Klimaschutzthemen und erreiche eine breite Zielgruppe. Sie verweise auf diverse Veranstaltungen bei den Berliner Energietagen. Das Programm umfasse regelmäßige Newsletter, Zeitschriften, eine Website mit einer umfangreichen Projektdatenbank, Veranstaltungen wie ClubE und die Aktionswoche „Berlin spart Energie“. Das Programm solle dem Vergaberecht entsprechend neu ausgeschrieben werden. Bei der Neuausrichtung orientiere man sich an aktuellen klimaschutzpolitischen Notwendigkeiten.

Das Modell der Energiesparpartnerschaften werde aktuell aufgrund fehlenden Interesses der gebäudeverwaltenden Stellen nicht nachgefragt. Aktuell habe man auch keine, erwarte aber eine Änderung 2020/21. Der formulierte Ansatz gelte der Vorsorge.

Dr. Michael Efler (LINKE) erkundigt sich nach der Neuausrichtung des Programms.

Beate Züchner (SenUVK) schildert, die Bausteine sollten themenspezifisch stärker zusammengefasst und neu ausgeschrieben werden, um einen neuen Input im Rahmen der Ausschreibung zu bekommen, dies aber unter Beibehaltung der jetzigen Qualität.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft

Titel 68282 – Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft

Frage Nr. 160a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Hier u.a. Partizipations- und Kommunikationsstrategie Charta Stadtgrün

Ansatz sinkt von 13,95 Mio € in 19 auf 9,07 Mio in 20 u 21, dafür aber neuer Titel 68282 in Kap. 0750 in Höhe von je 4,88 Mio Euro mit Zuschüssen Kooperationspartner

Bitte um Bericht über die hier angesetzten Mittel und die Verwendung in den Vorjahren in den beiden Titeln?

Welche „*Lückenschlüsse 20 Grüne Hauptwege*“ konnten aus den Haushaltsmitteln 2018/19 umgesetzt werden? Sind hierfür auch Mittel im aktuellen Haushaltsentwurf vorgesehen?

Welche Mittel wurden für die Stadtbaumkampagne im Rahmen des Programms „*Schöne Stadt*“ in 18/19 eingesetzt? Welche Mittel konnten durch Spenden erworben werden? Wie lange werden künftig Neuanpflanzungen noch betreut, wird diese Zeitspanne wg. der Hitzesommer verlängert? Welche Mittel sind dafür vorgesehen?

Bitte berichten zur Mittelverwendung 2018 und 19 für das im Haushalt 2018/19 durch Beschluss Drs. 18/0700 neu eingeführte „*Aktionsprogramm 1.000 Dächer*“ sowie beabsichtigte Mittelverwendung 20 u 21? Sind die Mittel 2018/19 ausgeschöpft worden und wenn nicht, warum nicht?

Bitte berichten zu dem mit Beschluss Drs. 18/0700 im Haushalt für 18 u 19 neu eingeführten „*Aktionsprogramm Trinkwasserbrunnen*“, das nach 2,5 Mio in 19 mit 2 Mio Euro fortgesetzt wird? Wurden die Mittel in 18 und 19 ausgeschöpft? Sind in diesem Titel auch Mittel für den Unterhalt der Brunnen angesetzt und wenn ja, zu welchem Anteil und wenn nein, warum nicht, da der früher verwendete Titel 68569 ja sogar hieß: „Aufstellung und Betrieb von Trinkwasserbrunnen und Wasserspendern“? Wie viele Trinkwasserbrunnen sollen aus dem Ansatz jeweils in 2020 bzw. 21 aufgestellt werden?

Erläuterungen zum Handbuch gute Pflege?

Wie viele Brunnen konnten im Jahr 2019 eingeweiht werden?

Wie hoch sind die Kosten pro Brunnen?

Mit welchen zusätzlichen Personalmitteln wird eine Bewirtschaftung sichergestellt?

Bitte erläutern Sie die Aufwüchse und Senkungen bei den einzelnen Programmen in diesem Titel. Wieso wird beispielsweise weniger für das Aktionsprogramm „Urbane Stadt“ veranschlagt und gleichzeitig mehr für das Programm „Schöne Stadt“ und „produktive Landschaft“? Wieso werden manche Mittel umgeschichtet in den Titel 68282 (neu) und manche Mittel verbleiben in diesem Titel.

Bitte schlüsseln Sie die geplante Mittelverwendung bei Nr. 6 (titelübergreifend mit Titel 68282) auf.

Wieviel Mittel sind im Aktionsprogramm „Schöne Stadt“ für Maßnahmen für Stadtbäume vorgesehen und was ist geplant?

Welche Maßnahmen sind im Rahmen der Grünvernetzung vorgesehen? Zuschuss für die Förderung des Naturschutzes und der Erholungsnutzung auf Friedhöfen. 2019: 2 Mio. €.

Welche Friedhöfe waren diese und was genau wurde 2019 davon finanziert?

Bitte um Bericht zum Aktionsprogramm schöne Stadt und wer sind die Projektpartner?

Bitte um Bericht zur Begründung der Kürzungen bei 2., 6. und 8. sowie Erläuterung der geplanten Projekte bei EU- und Bundmitfinanzierungen und zur „guten Pflege“ (was und wie wird/wurde beantragt).

Wie können die konfessionellen Friedhöfe besser für die Freiraumentwicklung genutzt/gesichert/gefördert werden?

Zu 6: Was ist die Abgrenzung zu den Maßnahmen im Dienstleistungstitel 54010 und zum Titel 68282?

Frage Nr. 160b, Fraktion der CDU

Es wird eine detaillierte Darstellung der Inhalte der geplanten Aktionsprogramme erbeten

Frage Nr. 160c, AfD-Fraktion

Bitte Punkt 7 „Pilotprojekte Handbuch gute Pflege“ erläutern, was kostet bei der Erstellung und dem Vertrieb eines Handbuchs jährlich 1,3 Millionen Euro?

Frage Nr. 160d, FDP-Fraktion

Wir bitten um eine Darstellung des aktuellen Standes zu 3. (Aktionsprogramm Produktive Landschaft, bestehende, weiter geförderte Maßnahmen, evtl. neu hinzukommende Maßnahmen).

Wie ist der Stand der Stadtbaumkampagne (bitte darin auch: wurden eingegangene Spenden bisher noch nicht ausgegeben? Wenn ja, in welcher Höhe)?

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54108 – Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Berliner Baumbestandes

Frage Nr. 161a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Bericht warum sinkender Ansatz, gerade unter Berücksichtigung Klimawandel und Hitzesommer 2018 und 19? Sind Nachpflanzungen nicht in erheblichem Umfang erforderlich?

Bericht zur Absenkung des Ansatzes gegen über 2019 und Begründung der Höhe und dem Festhalten an einem „Sonderprogramm“ für die Bezirke bei steigenden Aufgaben bei der Pflege. Darlegung: Welche Möglichkeiten bietet der EP 2707 für die Aufstockung des notwendigen Personals für dieses Aufgabenpaket in den Bezirken?

Frage Nr. 161b, Fraktion der CDU

Es wird eine detaillierte Darstellung der Maßnahmen erbeten. Woraus resultiert der im Vergleich zum Haushaltsjahr 2019 verringerte Ansatz?

Frage Nr. 161c, AfD-Fraktion

Warum Reduzierung des Ansatzes? Fehlen ggf. Kapazitäten um die Maßnahmen umzusetzen?

Frage Nr. 161d, FDP-Fraktion

Bitte um Aufgliederung des Ansatzes in die genannten Kategorien Pflegemaßnahmen, Nachpflanzungen, Sanierung von Baumstandorten.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) legt dar, für 2018/19 seien ursprünglich jeweils 3 Mio. Euro als Sondermittel etatisiert gewesen. Vor dem Hintergrund der Extremwetterlagen habe man diese Mittel auch gebraucht. Im Rahmen des Nachtragshaushalts seien noch einmal 2 Mio. Euro hinzugekommen, die man weitestgehend verausgabt habe. Die ursprünglichen 3 Mio. Euro sollten fortgeschrieben werden, damit SenUVK die Möglichkeit habe, auf spezifische Bedarfe der Bezirke zu reagieren. Der Finanzbedarf sei weiterhin hoch, Ziel müsse aber sein, dass eine bessere personelle Ausstattung der bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter durch Erhöhung der Mittel vor Ort erreicht werde. Diese Frage werde derzeit im parlamentarischen Raum diskutiert. Die bezirkliche Baumpflege pro Baum sei mit etwa 48 Euro etatisiert, es werde aber deutlich mehr gebraucht, um die Pflege und Neuanpflanzungen zu gewährleisten. Deshalb habe man darauf verzichtet, das Sonderprogramm weiter aufzustocken.

Nachpflanzungen würden erst in erheblichem Umfang erfolgen können, wenn die Pflege des Bestehenden und Neuanpflanzungen nachhaltig gesichert seien. Die Aufstockung des bezirklichen Personals könne nicht über das Kapitel 2707 erreicht werden, weil dort keine Personalmittel für die Bezirke vorgesehen werden könnten.

Henner Schmidt (FDP) fragt, ob das Budget fast ausschließlich für Pflegemaßnahmen verwendet werde.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) antwortet, es sei im Wesentlichen für Pflege und in gewissem Umfang für Neupflanzungen vorgesehen, aber nicht für Ersatzpflanzungen im breiten Stil.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) stellt die Frage, welche Pläne SenUVK habe, um die Bezirke in diesem Bereich zu stärken.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) erläutert, SenUVK unterstütze die Bezirke im Rahmen der Möglichkeiten. Dazu diene auch dieser Titel. Mittel zur auftragsweisen Bewirtschaftung würden gerne genommen, aber meistens mit dem Hinweis, dass es Schwierigkeiten geben könne, weil sich die Verausgabung der Mittel nicht in der KLR niederschlage. Insgesamt richte sich die Frage eher an den Haushaltsgesetzgeber. Der Bedarf sei hoch und der Mittelabfluss sehr gut.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Frage Nr. 162a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu 2: Bitte um Auskunft zur voraussichtlichen Dauer der Unterbringung der Wildtierstation in Containern und Information zum Stand des geplanten Neubaus. Ist eine andere Zwischenlösung in Aussicht und wenn ja, wann und welche Mittel wären nötig?

Zu 8.: Wofür sind die eingestellten Mittel konkret geplant? Wie korrespondieren die hier veranschlagten Mittel mit jenen im Einzelplan 6?

Frage Nr. 162b, Fraktion der CDU

Es wird ein detaillierter Bericht zu den einzelnen Ausgaben erbeten.

Frage Nr. 162c, FDP-Fraktion

Zu Nr. 7 und 8: Wir bitten um eine kurze Erläuterung.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH
Titel 68614 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung
Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen
Titel 89374 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen

Frage Nr. 163a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Alle Titel im Zusammenhang Grün Berlin anhalten, Bitte um Berichte

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH (hier Bewirtschaftung der entgeltpflichtigen Parkanlagen Britzer Garten, Gärten der Welt und

Natur-Park Schöneberger Südgelände und Sach- und Personalkosten und Zuschüsse für Unterhaltung Spreepark u.a.)

Bitte Bericht: warum steigt der Zuschuss für Betrieb Gärten der Welt so stark an (Verdopplung von 2019 auf 2020)?

Titel 68614 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung

Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen (hier: Planungs- und Bauaufgaben für die Projektförderung, u.a. Ausbau Naturpark Schöneberger Südgelände)

Titel 89374 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen (hier: Planungs- und Bauaufgaben für die Projektförderung) „Verbesserung der grünen Infrastruktur“, hier u.a. Landschaftspark Gatow aus Mitteln des Bundes wg. städtebaul. Vertrag.

Bitte um Bericht zum Landschaftspark Gatow zum Status der Investition, wie viele der Mittel sind ausgegeben und wofür, was ist 2020 und 21 geplant?

Zu Titel 68203: Bitte um einen Bericht mit Begründung der jeweiligen Mittel. Warum so starker Anstieg?

Bitte um Nachreichung des Wirtschaftsplans.

Bericht zum nachhaltigen Mobilitätskonzept für den Spreepark.

Wie weit sind die Verabredungen zwischen Grün Berlin und der Leitner AG zur Übernahme der Seilbahn? Warum fand bislang keine Verständigung mit der BVG zum Seilbahnbetrieb statt?

Titel 68614 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung

Frage Nr. 163b, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen

Frage Nr. 163c, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten.

Bitte um Bericht zu allen Maßnahmen und den geplanten Beteiligungsprozessen.

Zu 3: Bitte erläutern: Genese und Hintergrund der Aufgabe des ursprünglichen MFE-Konzepts; Was ist mit Überarbeitung der Parkbereiche auf Hellersdorfer Seite gemeint?

Titel 89374 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen

Frage Nr. 163d, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Erläuterungen zum Punkt 13: Nachhaltiges Mobilitätskonzept Spreepark. Was ist vorgesehen, wie ist der aktuelle Stand der Planung und Umsetzung?

Bitte um Bericht zu allen Maßnahmen und den geplanten Beteiligungsprozessen.

Außerdem

Zu 7.: Welcher Inhalt wird mit dem touristischen Wegeleitsystem verfolgt? Welche Festlegungen hat der Runde Tisch Tourismus getroffen? Wie sind das touristische und die bezirklichen Wegeleitsysteme abgestimmt? Wann wird voraussichtlich die erste Projektphase abgeschlossen sein? Wann gibt es erste Evaluationsergebnisse?

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH

Frage Nr. 163e, Fraktion der CDU

Es wird eine detaillierte Darstellung der Mehraufwendungen erbeten, die den Ansatzerhöhungen zugrunde liegen.

Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen

Frage Nr. 163f, Fraktion der CDU

Bitte um konkrete Darstellung der unter 4.b) genannten Maßnahmen. Um welche Ausrichtungsänderungen, die auf gender-diversity Gesichtspunkten beruhen, handelt es sich konkret?

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH

Frage Nr. 163g, AfD-Fraktion

Bitte die neuen Punkte bei den übrigen Maßnahmen außerhalb der originären Aufgaben der Grün Berlin GmbH erläutern, wie Betrieb Seilbahn und Nachnutzung Freiflächen Tegel.

Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen

Frage Nr. 163h, AfD-Fraktion

Maßnahme Britzer Garten: was ist unter einer „gendergerechten Qualifizierung“ des Parks und unter „gender-diversity“ zu verstehen, welche Maßnahmen sind im Britzer Garten in dieser Hinsicht geplant?

Frage Nr. 163i, FDP-Fraktion

Wir bitten um eine Erläuterung zu 2.b) Indoorangebot Gärten der Welt. Was für ein Angebot für welche Zielgruppen ist konkret geplant?

Wir bitten um einen aktuellen Bericht zu 5. Entwicklung des Spreeparks. Was sieht das Gesamtkonzept für das Gelände im Detail vor? Welche konkreten Maßnahmen werden aus den aktuellen Mitteln finanziert? Wie soll sich der Spreepark entwickeln bzw. welche Vision zur künftigen Funktion und Gestaltung des Spreeparks liegt den Maßnahmen zugrunde?

Titel 89374 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen

Frage Nr. 163j, FDP-Fraktion

Bitte um Begründung zu 2. Neubau von Freiflächen am Kulturforum – angesichts der Unklarheiten bezüglich des Baus des Museums der Moderne, insbesondere zu dessen Finanzierung auf Bundesebene: wie wird sichergestellt, dass die Freiflächen passfähig zur Gestaltung des Museums der Moderne und zur Gesamtkonzeption des Kulturforums sind?

Bitte um Erläuterung zu 13. Nachhaltiges Mobilitätskonzept Spreepark: welche Vision zur künftigen Funktion und Gestaltung des Spreeparks liegt den Maßnahmen zugrunde?

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass zu den unter Nr. 163 aufgeführten Fragen schriftlich berichtet werde und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Titel 68282 – Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft

Georg Kössler (GRÜNE) beantragt, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 68303 – Zuschüsse für Veranstaltungen

Frage Nr. 164, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Der **Ausschuss** stellt den Titel zur zweiten Lesung zurück.

Titel 68501 – Zuschüsse an die Stiftung Naturschutz

Frage Nr. 165a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht:

Ansatz steigt von 1,45 Mio Euro in 19 auf je 3,9 Mio €.

Mittel für Tag der Stadtnatur waren um je 100.000 für 18 und 19 auf 200.000 € erhöht worden, siehe Drs. 18/0700.

Bitte um Bericht Mittelverwendung, insbesondere für Tag der Stadtnatur, Naturerfahrungsräume und Anti-Müll-Initiativen in 2018 und 19. Sind die Mittel ausgeschöpft worden, waren sie auskömmlich? Warum sind in 2020 und 21 für die Anti-Müll-Initiativen keine Mittel angesetzt, bzw. sind diese an anderem Ort im Haushaltsplanentwurf vorgesehen? Mit Beschluss des AH (siehe Drs. 18/0700) waren für die „Anti-Müll-Initiativen vor Ort“ neu Mittel vorgesehen worden, welche Begründung gibt es für die Streichung der Mittel in diesem Entwurf?

Stehen der Stiftung Naturschutz weiterhin Mittel aus dem Förderfonds Trennstadt Berlin zur Verfügung (Im Bericht zu den Berichtsanträgen Haushaltsentwurf 2018/19 wurden entsprechende Gespräche zwischen BSR und Stiftung in Aussicht gestellt).

Entwurf Wirtschaftsplan Stiftung Naturschutz nachreichen und Aufwuchs Koordinierungsstelle Flora/Fauna erklären

Wieso werden die Mittel für die „Anti-Müll-Initiativen vor Ort“ gestrichen? Gab es einen Fördertopf für Naturschutzprojekte, der von der Stiftung verwaltet wurde? Wenn ja, wo werden die Mittel dafür im Haushalt 20/21 veranschlagt. Wie sollen Ehrenamtliche im Bereich des Naturschutzes gefördert werden?

Bericht zur Personalentwicklung bei steigenden Aufgaben. Begründung zum Wegfall der „Anti-Müll-Initiativen“.

Frage Nr. 165b, Fraktion der CDU

Es wird eine detaillierte Begründung der Ansatzerhöhungen (insbesondere gestiegene Kosten) erbeten, ebenso eine detaillierte Darstellung der Projekte „Naturbegleiter/Innen (ehem. „Naturerfahrung to go“)“ und „StadtNaturRanger/Innen“.

Ergänzung in der Sitzung: Aus welchen Gründen ist das auf Wunsch der Senatsverwaltung entwickelte und im August 2019 eröffnete Projekt „Nemo – Naturerleben mobil“ nicht für Zuschüsse vorgesehen?

Frage Nr. 165c, FDP-Fraktion

Titel bitte anhalten

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Frage Nr. 166a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Hier Zuschüsse u.a. für Freilandlabor Britz, Marzahn, Umweltbildungszentrum Wuhlheide etc. Gesamtansatz sinkt von 3,2 Mio in 2019 auf 2,8 bzw. 2,9 in 2020 u 21. Hier sind einige Positionen durch ÄÄ lt Drs. 18/0700 zum HH-Entwurf 18/19 erhöht worden, u.a. Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz.

Bitte um Bericht, ob hier ggf. erwogen werden kann, Mittel für Naturwacht Berlin e.V. Marienfelde aufzunehmen, um für Pflege und Entwicklung der StadtNatur-Flächen des geplanten Natur- und Landschaftsparks Marienfelde durch die Naturschutzstation Marienfelde eine Verstetigung der Förderung vorzunehmen oder welcher Haushaltstitel ggf. in Frage kommt? Bisher erhält die Naturwacht keine institutionelle Förderung, sondern lediglich einzelne Projektmittel, die Ende 2019 auslaufen. Spricht aus Sicht der Verwaltung etwas gegen eine Verstetigung der Mittel?

Zu 2.: Reichen die Mittel angesichts zunehmender Aufgaben im Beteiligungsprozess aus?

Zu 9: Warum sinkt die Finanzierung weiterer Umweltbildungseinrichtungen so stark? Welches Konzept wird 2020/2021 verfolgt und welche sonstigen Einrichtungen werden finanziert?

Frage Nr. 166b, AfD-Fraktion

Welche „weiteren Umweltbildungseinrichtungen“ sollen künftig gefördert werden? Bitte Maßnahmen und Träger benennen.

Frage Nr. 166c, FDP-Fraktion

Titel bitte anhalten

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 68579 – Mitgliedsbeiträge

Frage Nr. 167, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Mit welchen Aktivitäten ist 10) unterlegt? Wann tritt Berlin der Powering Past Coal Alliance bei?

Zu 10: Welche Aktivitäten wurden im Rahmen des Klimabündnisses unternommen?

Punkt 12: Um welches Netzwerk handelt es sich?

Beate Züchner (SenUVK) teilt mit, Nr. 10 beinhalte die Mitgliedschaftsgebühr von 15 000 Euro für das Klimabündnis, weitere Aktivitäten seien davon nicht berührt. Berlin sei Gründungsmitglied des Klimabündnisses seit den Neunzigerjahren. Die Angebote würden verhalten genutzt, weil man eher im internationalen Raum aktiv sei. Gleichwohl beteilige man sich an verschiedenen Kampagnen des Klimabündnisses, z. B. der Stadtradelkampagne. Das Klimabündnis habe ein Tool zur Treibhausgasbilanzierung entwickelt, das Mitglieder zu einem reduzierten Preis nutzen könnten, aktuell vom Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Darüber hinaus beteiligten sich SenUVK an Arbeitstreffen, z. B. der AG Energieversorgung, und SenFin an einem Fachdialog zum kommunalen Divestment und Re-Investment. Der Beitritt zur Powering Past Coal Alliance sei eine politische Entscheidung. Der Fachbereich empfehle, dort nicht beizutreten, weil Atomstrom und CCS nicht ausgeschlossen und die Zielstellungen heterogen seien, verfolge aber weiter die Aktivitäten der Allianz. Bei Nr. 12 handele es sich um ICLEI. Angesichts hoher Mitgliedschaftsgebühren der CNCA und starker Überschneidungen mit C40 habe man den Austritt bei der CNCA verfolgt.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

**Titel 70115 – Herstellung einer naturnahen Parkanlage im Umfeld des Zentralen
Festplatzes am Kurt-Schumacher-Damm**

Frage Nr. 168, AfD-Fraktion

Was sind die Gründe für Verzögerungen bei dieser als „Maßnahme mit dringendem Handlungsbedarf“ eingestuften Umwandlung des ehemaligen Kiesumschlagplatzes in eine naturnahe Parkanlage?

Klaus Wichert (SenUVK) berichtet, dass der von der Senatsverwaltung erarbeitete B-Plan 2012 festgesetzt worden sei. Nachdem das Gebiet nicht mehr Gebiet von außergewöhnlicher stadtpolitischer Bedeutung sei, liege die Zuständigkeit beim Bezirk. Warum die Maßnahme bisher nicht realisiert worden sei, entziehe sich seiner Kenntnis.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 89341 – Zuschüsse für Investitionen des Kleingartenwesens

Frage Nr. 169, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Wie wurden diese Ansätze ermittelt? Sind sie auskömmlich und sollen mit diesen Mitteln Ersatzparzellen erworben werden? Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit dem Kleingartenverband? Welche Mittel sind dafür vorgesehen, die Kleingärten dabei zu unterstützen mehr Gemeinschaftsflächen zu entwickeln?

Welche Regelungen existieren für die Verausgabung dieses Titels?

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) betont, dass Kleingartenanlagen in den nächsten Jahren nicht für Wohnungsbau in Anspruch genommen würden, wohl aber für soziale Infrastruktur. Dafür würden 429 Parzellen und 13,8 Hektar Fläche sowie etwa 420 Parzellen für Verkehrsprojekte aufgegeben. Aufgrund von Erfahrungswerten habe man rund 5 000 Euro für eine Parzellenteilung, rund 10 000 Euro für die Neuanlage einer Parzelle, rund 150 000 Euro für die Sanierung und Umstrukturierung bestehender Kleingartenanlagen eingeplant und sei davon ausgegangen, dass 100 Parzellen geteilt, ca. zehn Parzellen durch Erweiterung bestehender Anlagen neu angelegt und bezuschusst würden. Außerdem habe man 100 000 Euro für die Anlage einer Ersatzanlage an der Seestraße eingestellt. 2021 würden 500 000 Euro für Parzellenteilung, 150 000 Euro für die Sanierung und 300 000 Euro für die Errichtung einer Ersatzanlage angesetzt. SenUVK halte die Ansätze für auskömmlich, allerdings seien 5 000 Euro für eine Parzellenteilung nicht auskömmlich, da baufällige oder übergroße Lauben beräumt werden müssten. Jedoch müssten weniger Kleingartenanlagen kompensiert und nicht 100 Teilungen vorgenommen werden. Es sollten keine Grundstückskäufe getätigt werden. Diese Frage werde sich erst ab 2022 stellen. Die Zusammenarbeit mit dem Kleingartenverband sei sehr gut. Man bemühe sich gemeinsam, gute Lösungen zu finden. Die Förderung von ökologischen Gemeinschaftsprojekten wie Schul-, Kita-, Lehr- und Gemeinschaftsgärten erfolge in Titel 67101.

Daniel Buchholz (SPD) fragt, ob es darüber hinaus Mittel zur zukunftsfähigen Umgestaltung von Kleingartenkolonien bzw. zur grundsätzlichen Neuorganisation gebe, bspw. wegen übergroßer Parzellen, übergroßer Lauben und historischer Lasten, oder der Haushaltsgesetzgeber die bisherigen Ansätze hierfür aufstocken sollte.

Marion Platta (LINKE) schließt die Frage an, ob die Regelung zur Teilung von Parzellen mit einer Größe von 75m² für eine Parzelle noch Bestandteil des entsprechenden Konzepts des

Senats sei, obwohl viele Kleingärtner sagten, dass die drei Vorgaben Gemüse, Obst und Erholung unter einer Größe von 200 m² nicht umsetzbar seien. Treffe wirklich zu, dass der Senat keine zusätzlichen Flächen ankaufen werde?

Frank Scholtysek (AfD) bittet um einen detaillierten schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass zu den schriftlich und mündlich gestellten Fragen schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

MG 01 BEK 2030

Frage Nr. 170a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Maßnahmengruppe mit allen verbundenen Titeln anhalten. Bitte um Bericht

Welche konkreten BEK-Maßnahmen sollen finanziert werden? Bitte um Einsicht in die Erläuterungen.

Welche Personen/Unternehmen wurden unterstützt? Warum ist der Ansatz niedriger? Welche Maßnahmen wurden gefördert?

- 54121 Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030), S. 244
- 68120 Zuschüsse an natürliche Personen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030), S. 244
- 68236 Zuschüsse an öffentliche Unternehmen zur Umsetzung des BEK, S. 245
- 68301 Zuschüsse an private Unternehmen zur Umsetzung des BEK, S. 245
- 68478 Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen zur Umsetzung des BEK, S. 246
- 68527 Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen zur Umsetzung des BEK, S. 246
- 89136 Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen im Rahmen des BEK, S. 247
- 89236 Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen im Rahmen des BEK, S. 247
- 89336 Zuschüsse an natürliche Personen und gemeinnützige Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des BEK S. 248
- 89436 Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des BEK, S. 248

Bitte um Bericht: Besteht wie im BEK (Drs. 18/0423 S. 10) vorgegeben volle Deckungsfähigkeit der Haushaltstitel, werden nicht verbrauchte Mittel zusätzlich in das jeweils kommende Haushaltsjahr übertragen?

In welchem Umfang wurden die für 2018 und 2019 in den einzelnen Titeln angesetzten Mittel ausgeschöpft (bitte nach Handlungsfeldern geteilt berichten), wo sind ggf. nicht verbrauchte Mittel zusätzlich für 2020 und 21 angesetzt?

Welche Maßnahmen sind konkret im Handlungsfeld Klimaanpassung in den versch. Titeln vorgesehen? Sind hier auch Mittel für z.B. Sommerdienst für Bäume, Begrünung von Bushaltestellen, verstärktes Gießen der Grünanlagen etc. vorstellbar oder bereits aufgenommen?

Frage Nr. 170b, Fraktion der CDU

Welche konkreten Maßnahmen sind geplant?

Auf welcher Grundlage basieren die Ansätze?

Frage Nr. 170c, AfD-Fraktion

68236, 68301, 68478, 68527, 89136, 89236, 89336, 89436

Generell bitte zu den vorstehenden Titeln die geplanten Maßnahmen und Investitionen darstellen. Wie soll das prozentuale Verhältnis zwischen Planungs- und, ggf. anteiligen, Projektdurchführungskosten oder Investitionskosten sein?

Wie erklärt sich, dass für 2018 lediglich 5% der geplanten Summe verausgabt wurde, von diesen 5% wiederum 92% für nichtinvestive Maßnahmen und nur 8%, also 0,4% des gesamten Haushaltsansatzes für konkrete Projekte? Wie will man ab 2020 vermeiden, dass weiterhin ein derartiges Missverhältnis besteht, und ein weiterhin so schleppender Mittelabfluß erfolgt? Bitte die zukünftige Strategie zur Umsetzung des BEK 2030 erläutern.

Frage Nr. 170d, FDP-Fraktion

Wir bitten um eine Gegenüberstellung der Ansätze und Ist-Werte zu allen Titeln nach Handlungsfeldern im BEK in 2018 und zum aktuellen Stand 2019.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass hierzu schriftlich berichtet und MG 01 zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

MG 02

Titel 82162 – Vorkaufsrechte und Ankauf von Grundstücken im Rahmen von wohnungspolitischen Maßnahmen

Frage Nr. 171, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zum Ansatz der VEs. Warum sind keine Maßnahmen in 2020/2021 geplant? Wie ist der Stand zum Gesamtstädtischen Ausgleichskonzept im Bereich Erhalt der naturschutzfachlichen Qualität? MG 02

Klaus Wichert (SenUVK) teilt mit, die Umsetzung werde vorbereitet. Man habe entsprechende Mittel über ein Ökokonto angemeldet. Es seien auch Mittel für die entsprechenden planerischen Vorbereitungen und Umsetzungen mit Maßnahmenträgern im Haushalt etatisiert. Man habe die Möglichkeit, im Rahmen der Vorreservierung von SIWANA Maßnahmen umzusetzen. Wenn man so weit sei, gebe es auch eine VE für 2022/23, sodass man eine gewisse Kontinuität in der Umsetzung habe. Es handele sich um Maßnahmen, die dann auch wieder aus der bauleitplanerischen Umsetzung refinanziert werden könnten. Es sei ein Vorlauf, damit man sinnvolle, zusammenhängende Maßnahmen umsetzen könne. Man habe eine gesamtstädtische Konzeption und sei momentan sehr stark im Nordosten unterwegs: Berliner Barnim, Biotopverbund Wuhletal, Berliner Kleingewässer.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Kapitel 0751 – Berliner Forsten

Titel 11978 – Abführung von Überschüssen

Frage Nr. 172, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte Bericht über den Status der Sanierungsarbeiten der Gebäude der Revierförsterei Gatow (einschließlich Lehrbienenstand), wie im Haushalt 2016/17 als verbindliche Erläuterung vorgegeben? Wann ist mit der Eröffnung zu rechnen? Sind die Bauten endlich abgeschlossen oder wann ist damit zu rechnen? Wie viele der spezifisch vorgesehenen Mittel aus den Haushaltsjahren 2016 und 2017 sind noch nicht ausgegeben worden? Sind diese auskömmlich?

Elmar Lakenberg (Berliner Forsten) verweist auf den korrespondierenden Ausgabetitel 67101. Altlasten und alte Schuppen seien abgerissen, was 14 000 Euro gekostet habe. Dies sei aus dem normalen Haushaltstopf genommen worden. Jetzt sei ein Architekt aus Brandenburg beauftragt. Man habe Mühe gehabt, einen zu finden. Die Kostenschätzung liege für die kleinste Variante bei 400 000 Euro, sodass man Mittel aus dem laufenden Haushalt zuschießen und andere Projekte schieben müsse. Wenn man per Ausschreibung Firmen finde und die Baugenehmigung zügig komme, werde man Ende 2021 fertig sein.

Daniel Buchholz (SPD) hält entgegen, dass die Maßnahme bereits 2016 habe begonnen werden sollen, insofern erlebe man jetzt eine Kostenexplosion von 180 000 auf 400 000 Euro, die ihn konsterniere. Ihn verwundere, dass es keine Architekten für kleine Forstgebäude geben solle. Der Auftrag des Haushaltsgesetzgebers sei ernst gemeint gewesen. Es habe sich um eine verbindliche Erläuterung gehandelt, nicht nur um eine Option, die wiederholt missachtet worden sei, was für ihn nicht nachvollziehbar sei. Er finde, dass dies eine Missachtung des Parlaments sei, und bitte um einen schriftlichen Bericht.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) weist zurück, dass es sich um eine bewusste Missachtung des Parlaments gehandelt habe. Der Bericht werde aufzeigen, warum es nicht möglich gewesen sei, dem Gewünschten in dem entsprechenden Zeitrahmen nachzukommen.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu sowie zur Frage Nr. 178 schriftlich berichtet werde und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Titel 51423 – Saat- und Pflanzgut, Düngemittel

Frage Nr. 173, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Bericht: sind steigende Ansätze erforderlich, um Wiederaufforstung nach Stürmen, Dürreschäden und Waldbrand im Grunewald zu sichern? Wurden die Mittel in 18 und 19 ausgeschöpft? Sind sie angesichts der aktuellen Wetter-Extreme auskömmlich?

Elmar Lakenberg (Berliner Forsten) teilt mit, der Ansatz sei bereits erhöht worden, da er in den Vorjahren ausgeschöpft worden sei. Hier geht es nur um Pflanzenkosten, keine Arbeitsleistung. Die Arbeiten würden mit eigenem Personal oder Schulklassen gemacht. Angesichts der Dramatik in diesem Jahr sei der Ansatz eher knapp kalkuliert. Im Rahmen des Mischwaldprogramms werde in erheblich größerem Umfang gepflanzt. Dort sei eine Ersatzpflanzung in Höhe von 150 000 Euro für die abgestorbenen Jungbäume aus dem Vorjahr erfolgt.

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 51803 – Mieten für Maschinen und Geräte

Frage Nr. 174, AfD-Fraktion

In welchem Umfang sind bargeldlose Zahlungsmöglichkeiten in den Forstämtern erforderlich? Warum kostet ein solches Gerät für Bargeldloszahlung, der Erhöhung des Haushaltsansatzes folgend, 1.500 Euro Jahresmiete?

Elmar Lakenberg (Berliner Forsten) legt dar, man habe zehn EC-Geräte im Bestand und wolle weitere, wo Förstereien stark frequentiert würden. Enthalten seien auch Kostensteigerungen von anderen Geräten, z. B. Kopierern. Der Stückpreis pro Gerät brutto pro Jahr betrage 384 Euro, nicht 1 500 Euro.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52124 – Unterhaltung der Forsten

Frage Nr. 175a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Bericht zur Mittelverwendung 18 u 19, wurden die Mittel ausgeschöpft und wofür wurden sie konkret eingesetzt? Welche Mehrkosten sind in den vergangenen Jahren durch den Eichenprozessionsspinner entstanden, welche werden erwartet? Mit welchen Mehrkosten für Waldbrandvorsorge ist zu rechnen nach den Erfahrungen der Hitzesommer? Welche Waldspielplätze sind bereits wann überholt oder erneuert worden, für welche bestehen Planungen in 20 u 21?

Ist der Ansatz angesichts der steigenden Waldbrandgefahr auskömmlich?

Bitte Ausgaben für die Hege und Pflege des Wildes und für den Jagdbetrieb einschließlich der Entschädigung für den Jagdaufwand aufschlüsseln.

Frage Nr. 175b, Fraktion der CDU

Es wird eine detaillierte Aufstellung der geplanten Maßnahmen erbeten sowie eine Aufstellung der Ausgaben in den Haushaltsjahren 2016, 2017 und 2018.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 176, FDP-Fraktion

Nachfrage zu Nr. 9, Stadtjagd: Wie viele Stadtjäger sind derzeit verfügbar?

Elmar Lakenberg (Berliner Forsten) sagt, aktuell seien 34 Stadtjäger im Einsatz.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54109 – Mischwaldprogramm

Frage Nr. 177a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte berichten zur Mittelverwendung 18 u 19, wurden die Mittel ausgeschöpft, welche Maßnahmen sind konkret für 20 u 21 geplant? Sind Mittel für Wiederaufforstungen nach Sturm-, Dürre- und Waldbrandgeschehen vorgesehen?

Bitte erläutern Sie, wie die Mittel dieses Titels in den letzten zwei Jahren verausgabt wurden. Welche Flächen wurden bereits „umgebaut“, welche stehen noch aus?

Ist der Titel auskömmlich?

Frage Nr. 177b, Fraktion der CDU

Es wird eine detaillierte Darstellung des Programms, der geplanten Maßnahmen und deren voraussichtlicher Auswirkungen sowie der jeweils entstehenden Kosten erbeten.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) stellt einen schriftlichen Bericht in Aussicht.

Vorsitzender Oliver Friederici knüpft an, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Frage Nr. 178, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht.

Ist das Forsthaus der Revierförsterei Gatow einschließlich Lehrbienenstand wie im vorletzten Haushalt beschlossen gebaut worden, wenn nein, warum nicht? Wurden die verbindlichen Erläuterungen des Haushaltsgesetzgebers vollständig umgesetzt? Wenn nein, warum nicht?

Siehe Frage Nr. 172.

Titel 68458 – Zuschüsse an Organisationen für die Waldschularbeit

Frage Nr. 179, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht.

Bitte um Bericht zur Mittelverwendung und Auslastung der Waldschulen?

Sind die Mittel auskömmlich? Bitte um Aufschlüsselung der Mittel. Werden neue Aktionsräume ausgewiesen? Wenn ja, wo und wie viele? Bitte erläutern Sie die Aufwüchse in diesem Titel.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 81179 – Fahrzeuge

Frage Nr. 180, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Der **Ausschuss** stellt den Titel zur zweiten Lesung zurück.

Kapitel 0752 – Pflanzenschutzamt

Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen

Frage Nr. 181, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Der **Ausschuss** stellt den Titel zur zweiten Lesung zurück.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 182a, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht:

Bitte um Bericht zur Mittelverwendung in 18 und 19, insbesondere zu Aufgaben der Koordination und Bekämpfung der Ambrosia-Pflanze, für die in Kapitel 0750, Titel 54010 mit HH-Beschluss für DH 18/19 (Drs. 18/0700) je 150.000 Euro vorgesehen waren. Wurden diese ausgeschöpft, wenn nein, warum nicht und mit welchen Ausgaben ist in den Folgejahren zu rechnen? Welche Erfolge bei der Ambrosia-Bekämpfung sind zu verzeichnen? Welche Maßnahmen wären zusätzlich erforderlich?

Frage Nr. 182b, FDP-Fraktion

Wie hoch waren 2019 und 2018 die Ausgaben für die Ambrosiabekämpfung? Ist der Ansatz angesichts der jahrelang ausgesetzten Ambrosiabekämpfung ausreichend, um zumindest eine weitere Ausbreitung der Ambrosia in Berlin zuverlässig zu verhindern?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Kapitel 0770 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – Verkehrslenkung -

Übergreifend

Frage Nr. 183a, Fraktion der CDU

Zurückstellen des kompletten Kapitels 0770

Frage Nr. 183b, FDP-Fraktion

In welchem Titel/welchen Titeln stehen die Mittel für die Baustellenkoordinierung?
Wie soll diese in der künftigen Struktur der Verkehrslenkung organisiert werden?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) führt aus, Baustellenkoordinierung sei nicht allein Thema der Verkehrslenkung und solle im Verbund mit anderen Verwaltungen und in Kooperation mit der Bauwirtschaft gelöst werden. Derzeit bereite man eine Leistungsbeschreibung für eine Ausschreibung vor, um einen externen Dienstleister zur Unterstützung der Zielstellung zu binden. Dementsprechend könne zur Organisation in der VLB erst nach Vorliegen der Zielerstellung berichtet werden. Mit dem Nachtragshaushalt 2019 seien zur Unterstützung des Transformationsprozesses 750 000 Euro im Kapitel 0700 Titel 54010 zur Verfügung gestellt worden, aus denen auch die Untersuchung zur Baustellenkoordinierung habe finanziert werden sollen. Dies werde man angesichts der formalrechtlichen Verfahrensvorgaben 2019 nicht mehr kassenwirksam umsetzen können, was sich erst nach der Haushaltsanmeldung ergeben habe, sodass die Finanzierung nicht im Entwurf des Doppelhaushalts gesichert sei. Darauf werde auch in der Hauptausschussvorlage rote Nr. 0058K hingewiesen.

Henner Schmidt (FDP) fragt, ob der Zeithorizont der Ausschreibung in der Vorlage enthalten sei.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) verneint dies.

Hans-Jörg Jaehne (VLB) schildert, man sei gerade dabei, die Ausschreibungsunterlagen vorzubereiten, und brauche den Haushalt, damit man für nächstes Jahr Geld habe. Anfang 2020 wolle man dies sofort vergeben. Wie sich dies gestalte, müsse man abwarten.

Vorsitzender Oliver Friederici stellt fest, dass der Bericht damit gegeben sei und das Kapitel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 51802 – Mieten für Fahrzeuge

Frage Nr. 184, AfD-Fraktion

Wie berechnen sich die Leasingraten für die 3 E-Fahrzeuge im Vergleich zu modernen, abgasarmen Benzinern oder Gas-/Biogasfahrzeugen? Wurde ein Vergleich der Wirtschaftlichkeit durchgeführt?

Hans-Jörg Jaehne (VLB) berichtet, der damalige Staatssekretär habe entschieden, E-Mobilität zu fördern. Man habe dann eine Ausschreibung für Hybrid- und E-Fahrzeuge und eine

Markterkundung vorgenommen. Es habe fünf Angebote gegeben, die man nach Lebenszykluskosten bewertet habe. Insofern sei die Entscheidung „fast zwanghaft“ gewesen.

Frank Scholtysek (AfD) geht davon aus, dass die Kosten für die E-Fahrzeuge um einiges höher seien. Deshalb bitte er um eine Gegenüberstellung der Zahlen.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Titel 52121 – Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

Frage Nr. 185, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie viele und welche Maßnahmen konnten in 18/19 umgesetzt werden? Wie viele Maßnahmen wird man voraussichtlich mit dem neuen Ansatz umsetzen können und inwiefern entsprechen die veranschlagten Mittel inkl. der Mittel bei den Bezirken den Zielzahlen des MobG?

Welche Unfallschwerpunkte gemäß §21, Abs. 3 Mobilitätsgesetz sind in 2018 und 2019 entschärft worden? Welche sind in 2020 und 2021 vorgesehen?

Bitte um einen Bericht zur Tätigkeit der Unfallkommission? Reicht die personelle Ausstattung der Unfallkommission aus?

Welche konkreten Maßnahmen sind in 2020 und 2021 geplant?

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 186, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Vorsitzender Oliver Friederici erinnert daran, dass das Kapitel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 54022 – Leistungen für Lichtsignalanlagen

Frage Nr. 187, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Welche Vorteile erhofft sich das Land Berlin von einem Generalübernehmervertrag für die Wartung der Lichtsignalanlagen? Mit welchem Ziel wird die Software der Lichtsignalanlagen in der Verkehrsregelungszentrale verändert? Soll damit eine zentrale Steuerung der Programme von Lichtsignalanlagen ermöglicht werden?

Welche Ampelanlagen sollen 2020 und 2021 neu gebaut werden? Welche Lichtsignalanlagen werden mit Blindenleitrichtungen ausgestattet?

Was beinhaltet eine Lichtsignalanlage mit Blindenleiteinrichtung konkret?

Wie viele Lichtsignalanlagen können mit den veranschlagten Mitteln mit Blindenleiteinrichtungen ausgerüstet werden?

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Frage Nr. 188, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht:

Ansatz ist 0,6 Mio nach 0,55 für die Jahre 18 u 19

Bitte um Bericht zur Mittelverwendung 18 und 19 und geplante Maßnahmen der kommenden Jahre. Welche Projekte bzw. Träger, die die Maßnahmen zur Verkehrserziehung und -aufklärung anbieten wurden bzw. werden gefördert und welche der Projekte haben sich bereits langfristig etabliert? Ist die Förderung ausreichend oder musste der Titel während der Laufzeit erneut mit Mitteln aus dem Titel 52512 verstärkt werden? Welche Mittel werden für Jugendverkehrsschulen bereitgestellt bzw. für deren Sanierung?

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

Titel 72017 – Neu- und Umbau von Lichtsignalanlagen zur ÖPNV-Beschleunigung

Frage Nr. 189, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Auflistung der vorgesehenen Maßnahmen.

Wie viele LSA wurden bisher und müssen künftig entsprechend ausgerüstet bzw. umgestellt werden?

Was beinhaltet eine blindengerechte Ausstattung von LSA im Vergleich zu Titel 54022 (LSA mit Blindenleiteinrichtung)?

Wie viele der in Bearbeitung befindlichen Maßnahmen (Stand Okt. 2018 = 63 Maßnahmen) konnten denn mittlerweile abgeschlossen werden?

Wie viele LSA können mit den veranschlagten Mitteln für die Beschleunigung erneuert werden?

Was bedeutet? „Auslaufende Maßnahmen zur Straßenbahn- und Busbeschleunigung werden zu Ende geführt.“ Heißt das tatsächlich, dass die Beschleunigungsmaßnahmen auslaufen??? Warum?

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet werde.

**Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke
Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke - Umwelt, Verkehr und Klimaschutz -**

Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke

Frage Nr. 190, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Ist der Einnahmeansatz realistisch?

Hartmut Reupke (SenUVK) berichtet, der Ansatz sei relativ gering, weil man bei der Haushaltsanmeldung noch keine Erfahrungen mit der Maut im innerstädtischen Bereich gehabt habe. Der Bund habe erstmals für das zweite Quartal 2018 Einnahmen, knapp 1,4 Mio. Euro, überwiesen. Für 2020 und 2021 rechne man jährlich mit ca. 3 Mio. Euro. Diese Mittel würden eins zu eins an die Bezirke zur Aufrechterhaltung der Straßeninfrastruktur weitergegeben. Dies werde im Laufe der weiteren Haushaltsberatungen angepasst.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Frage Nr. 191, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Je 1,2 Mio € für Reparatur- und Instandsetzungsmaßnahmen der Brunnen, die die BWB bewirtschaftet. Bitte zur geplanten Mittelverwendung berichten: sind hier auch Betriebskosten für Trinkwasserbrunnen enthalten?

Antonia Deinert (SenUVK) berichtet, der Titel sei neu geschaffen. Hintergrund sei die Zentralisierung der Mittel für die Bewirtschaftung im Titel 52132. Der neue Titel bilde das Pendant für den baulichen Unterhalt. Er sei nur für Ausgaben der Bezirke, in denen die alten Brunnenverträge ausgelaufen seien und die mittlerweile die BWB beauftragt hätten. Die beiden Titel beträfen öffentliche Brunnenanlagen; Trinkwasserbrunnen seien hier ausgeklammert und würden im Kapitel 0750 Titel 54106, 68282 behandelt.

Vorsitzender Oliver Friederici erklärt, dass der Bericht damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52130 – Unterhaltung des Straßenlandes - Sonderprogramm Straßensanierung

Frage Nr. 192, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Welche konkreten Maßnahmen sind in diesem Sonderprogramm vorgesehen?

Vorsitzender Oliver Friederici konstatiert, dass hierzu schriftlich berichtet und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 52132 – Unterhaltung der Brunnenanlagen

Frage Nr. 193, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten

Der **Ausschuss** stellt den Titel zur zweiten Lesung zurück.

Titel 52190 – Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens aus zweckgebundenen Einnahmen

Harald Moritz (GRÜNE) beantragt, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft

Frage Nr. 194, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Bitte um Bericht: Sind hier Mittel zur Straßenbaum- und Grünflächenbewässerung enthalten, wenn nein, wo dann? Wie verteilen sich die Mittel auf die Bezirke? Wie viele ParkmanagerInnen sind in den einzelnen Bezirken vorgesehen, wie viele gibt es bereits?

Klaus Wichert (SenUVK) erklärt, dass Mittel zur Straßenbaum- und Grünflächenbewässerung hier nicht enthalten seien. Teilweise würden BEK-Mittel herangezogen. Im Übrigen sei dies Gegenstand der bezirklichen Grünflächenpflege. Die Bezirke müssten so ausgestattet werden, dass sie die Bäume wässern könnten. SenUVK habe sich bemüht, die Mittel zur Nachpflanzung, Pflege, Verbesserung und Sanierung von Baumstandorten gleichmäßig auf die Bezirke zu verteilen. 2 Mio. Euro würden in den Haushaltsjahren bei der Stiftung Naturschutz für Stadtnaturranger etatisiert. Mit den 4 Mio. Euro seien dann für das Pilotprojekt Parkmanager Mittel vorhanden. Die Bezirke hätten dies unterschiedlich umgesetzt. SenUVK begleite und evaluiere dies, um zu sehen, welches Modell besonderen Erfolg verspreche.

Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg und Lichtenberg befänden sich noch in der Ausschreibung. In Mitte gebe es 18 Parkdienstkräfte, in Friedrichshain-Kreuzberg einen Parkmanager sowie sechs Parkläufer/-innen, zehn Parkläufer/-innen an Wochenenden, in Pankow zwei Parkdienstkräfte, zwei in Abendzeiten, in Spandau zwei Parkläufer/-innen perspektivisch mit weiterer Verstärkung, in Steglitz-Zehlendorf einen Parkmanager sowie zwei Parkläufer/-innen werktags, vier Parkläufer/-innen an Wochenenden, in Reinickendorf zwei Parkmanager und sechs Parkläufer/-innen, in Neukölln und Marzahn-Hellersdorf jeweils – –

Vorsitzender Oliver Friederici wirft ein, dass hierzu angesichts der Kleinteiligkeit schriftlich berichtet werden solle und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 195, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Titel anhalten, Bitte um Bericht

Sind bereits konkrete Projekte vorgesehen?

Machbarkeitsstudien in den Bezirken

Welche Konzepte, welche Bezirke

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK) führt aus, der Titel sei neu eingerichtet worden und solle die Bezirke bei der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung im Rahmen der Fortschreibung des Luftreinhalteplans unterstützen. Der zweite Bereich drehe sich rund um Verkehrsberuhigung, autofreie Kieze, innovative Mobilität und unterstütze die Zielstellung des Landes, Wohngebiete stärker stadt-, umwelt- und klimaverträglich auszugestalten, auch durch Finanzierung von Machbarkeitsstudien für Bezirke. Es gebe begleitende Verkehrsuntersuchungen. Zwei konkrete Projekte – Reuterkiez/Neukölln, Wrangelkiez/Friedrichshain-Kreuzberg – seien beantragt bzw. mit einer Voranfrage versehen. Er rechne auch mit Anträgen anderer Bezirke. Was in diesem Jahr abfließe, werde noch aus anderen Bereichen finanziert.

Vorsitzender Oliver Friederici hält fest, dass der Bericht zu Frage Nr. 195 damit gegeben sei und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Der **Ausschuss** erwartet die angeforderten schriftlichen Berichte bis zum 9. September 2019 und vertagt TOP 1 auf den 19. September 2019.

Vorsitzender Oliver Friederici weist darauf hin, dass Änderungsanträge der Fraktionen bis zum 16. September 2019 beim Ausschussbüro eingereicht werden sollten.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.